

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3.50 M., monatlich 1.10 M.,
 einschließlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Illustration 10 Pfg. Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Post-
 eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisklasse. Unter Streifenband für
 Deutschland und Österreich. Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkeltet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gebundene) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellengebote und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 21. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zur Naturgeschichte des Reichsverbandes.

Die Ersatzwahl in Darmstadt.

28. 4. 06.

Herrn Rechtsanwalt Dr. Seiner, Hochwohlgeboren,
Darmstadt,
Georgstr. 4.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Sie werden sich denken können, daß wir Ihr Schreiben vom gestrigen Tage nur mit einem heiteren und einem nassen Auge gelesen haben. Pessimismus liegt weder Exzellenz v. Liebert noch mir, wenn wir beide von pessimistischen Anwandlungen befallen wären, würden wir wahrscheinlich beide es nicht übernommen haben, an der Spitze des Reichsverbandes den Kampf gegen die roten Genossen zu übernehmen. Aber auf der anderen Seite sind wir läßt erzwingende Politiker, die sich dessen bewußt sind, daß hart im Nenne sich die Soldaten stoßen. Wenn wir nicht von vornherein die Hoffnung gehabt haben dürften, daß wir bei der Wahl in Darmstadt den Roten eine empfindliche Niederlage beibringen könnten, würde ich meinerseits niemals meine Ansicht für eine nachhaltige Tätigkeit des Reichsverbandes dort in die Wagschale geworfen haben, und auch jetzt bin ich noch davon überzeugt, daß es unter günstigen Umständen möglich wäre, in der Stichwahl unserem Herrn Dr. Stein zum Siege zu verhelfen. Sie sehen also, daß mir — und ein gleiches darf ich auch von Exzellenz von Liebert behaupten — jeglicher Pessimismus und jede Klammerei vollständig fern liegt.

Auf der anderen Seite jedoch lesen wir, daß die „Frankfurter Zeitung“, deren Einfluß, wie überall in Süddeutschland, auch in Darmstadt unter den Anhängern des Herrn Kroll nicht unerheblich ist, offen dafür eintritt, daß die Wähler Krolls bei der Stichwahl ihre Stimme dem Sozialdemokraten geben. Weiter teilt die „Nationalliberale Korrespondenz“ auf Grund guter Informationen mit, daß die Deutsche Volkspartei nur unter der Bedingung für den nationalsozialen Kandidaten Kroll eingetreten ist, daß die anderen freisinnigen Gruppen im Falle einer Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten für letzteren stimmen, und wer eine Rede des Herrn Kroll gehört, wer weiter die gehässigen Angriffe in seinem Wahlblättchen gegen Herrn Dr. Stein und den Reichsverband gelesen hat, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß der größte Teil der Wähler Krolls, auch wenn Kroll selbst eine andere Parole ausgeben sollte, Mann für Mann für den Sozialdemokraten ihre Stimme abgeben werden.

Trotzdem würden alle diese Erwägungen für mich kein Anlaß gewesen sein, Herrn Kreisbaur und Herrn Reinhardt (Prätorianer des Reichsverbandes). Die Redaktion des „Vorw.“ schon jetzt abzugeben, da ich immer und auch in diesem Falle auf dem Standpunkt gefestigt und auch jederzeit diesen durch die Tat beweisen habe, daß keine Sache aussichtslos ist, wenn nur tüchtig gearbeitet wird. Und mein Grundsatz ist schon immer das jetzt so viel zitierte Wort Carlyle's gewesen: „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ Wenn ich gleichwohl nach Rücksprache mit Exzellenz von Liebert die Anordnungen zur Rückkehr der beiden Herren ergeben ließ, so geschah das, weil ich der festen Ueberzeugung gewesen bin, — und diese Ueberzeugung habe ich auch jetzt noch nach Ihrem Briefe — daß die jetzt zu leistende Arbeit für die Stichwahl sehr wohl von Herrn Komoll und Herrn Jäschke mit Unterstützung unserer Darmstädter Ortsgruppe und der übrigen freiwilligen Mitarbeiter geleistet werden kann und daß die Bearbeitung des Kreises von vier Beamten des Reichsverbandes jetzt vor der Stichwahl eine ungeheure Verschwendung von Kraft und Zeit ist. Gleichwohl haben wir heute, wie Ihnen bekannt geworden sein wird, unsere erste Anordnung zurückgezogen und bestimmt, daß die Herren Kreisbaur und Reinhardt noch bis zum 3. Mai abends dort bleiben dürfen, da am 4., dem Tage der Wahl, doch keine Agitation mehr zu leisten ist. Stätte ich freilich gewußt, daß wir die beiden Herren noch bis zur Stichwahl in Darmstadt lassen müßten, dann würde ich jedenfalls Herrn Jäschke nicht noch nach Darmstadt geschickt, sondern hierbehalten haben.

Ich gehe Ihnen gern zu, daß Ihr Brief vom gestrigen Tage ungemein geschickt abgefaßt ist. Exzellenz von Liebert und ich waren uns sofort klar, daß nach dieser Darstellung der Verhältnisse wir gar nicht anders konnten, als die beiden Herren Reinhardt und Kreisbaur nach in Darmstadt zu belassen; denn nach Ihrer Darstellung würde jeder Mißerfolg auf das Konto des Reichsverbandes geschrieben werden und eine solche Verantwortung konnten weder Exzellenz v. Liebert noch ich tragen. (Man hat sie aber tragen in ü f f e n ! Redaktion.) Nachdem wir aber den dortigen Herren entgegengekommen sind, liegt die Sache so, daß wir unsererseits jede Verantwortung für einen Mißerfolg bei der Stichwahl ablehnen müssen; denn wir beabsichtigen, daß, wenn trotz des Hochdrucks unserer neuen Arbeit vor der Stichwahl der Sozialdemokrat gewählt werden wird — eine Möglichkeit, die immerhin doch nicht ausgeschlossen ist — daß dann auf der ganzen Linie unserer Gegner, vom „Vorwärts“ angefangen, eine große Jubelstürme über die Unfähigkeit und Unmöglichkeit des Reichsverbandes angestimmt werden wird. Der Schaden, der dadurch für den Reichsverband entstehen wird, wird nach meinem Empfinden sehr viel größer sein, als der Schaden, den der Reichsverband erst im Wahlkreise Darmstadt gehabt hätte, wenn wir unsere beiden Herren jetzt zurückgezogen hätten, und darum hätte ich, wenn es nach mir allein gegangen wäre, die Verantwortung für die Zurückziehung der beiden Herren sehr gern getragen, in Anbetracht dessen, daß ein un-

glücklicher Ausgang der Stichwahl dann nicht mehr auf das Konto des Reichsverbandes hätte geschrieben werden können, und ich fürchte, daß die Zukunft der von mir empfohlenen Taktik recht geben wird. (Ist bekanntlich geschehen, wie wir mit Vergnügen zugeben. Redaktion.)

Diese Erwägungen unterbreite ich nur Ihnen persönlich, als dem derzeitigen Vorsitzenden unserer Ortsgruppe und als Antwort auf Ihr ausführliches Schreiben vom gestrigen Tage. Andererseits bitte ich Sie, auch alle diejenigen, die nimmehr an der Wahlarbeit sich beteiligen, mit zuberückhaltlicher Hoffnungsfreudigkeit über den glücklichen Ausgang der Stichwahl zu erfüllen. Vielleicht kann zu einem glücklichen Ausgang der Wahl eine Ratzig im heutigen „Vorwärts“ (Nummer 98 vom 28. April 1906) dienen, in der es in einer Betrachtung über die Wahl in Darmstadt folgendermaßen heißt:

„Die immer erneute Feststellung der Tatsache, daß es in Wirklichkeit nur eine reaktionäre Masse gibt, ist uns viel wertvoller als ein Reichstagsmandat, das nicht aus eigener Kraft erobert würde.“

Diese Bemerkung des „Vorwärts“ beweist zweierlei: einmal, daß auch er mit einer Niederlage der Sozialdemokraten in der Stichwahl rechnet, und zum zweiten, daß die Sozialdemokratie offiziell auf eine Unterstützung durch die Wähler des Herrn Kroll verzichtet. Vielleicht kann diese Bemerkung des „Vorwärts“ in einem Flugblatte nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. (Wie dummysch! Red.) Die betreffende Nummer des „Vorwärts“ füge ich zur Sicherheit im Original bei.

Indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß der 4. Mai trotz allem und allem sowohl der nationalen Kandidatur einen glänzenden Sieg bringt, wie auch der Sache des Reichsverbandes, sowohl im allgemeinen, wie in Darmstadt im besonderen zu dauerndem Segen gereichen werde, verbleibe ich

mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung und mit freudeutlichem Gruß

Ihr ganz ergebener

Anlage: „Vorwärts“ Nr. 98.

Großgerau, 9. 4. 06.

Hochzuverehrender Herr Doktor!

Durch die Versammlung der Kroll'schen Sonnabend, den 7. 4. cr. schien für den Reichsverband eine Niederlage herbeigeführt zu werden, wie sie wohl noch nicht dagewesen sein dürfte. In sechs Debattenreden gingen gute Redner, auch Dr. Breitscheid-Berlin unter Krolls Führung, vom Reichsverband aus, gipfelten in ihren Beschimpfungen im Reichsverband und schlossen sämtlich ihre Ausführungen mit einer Warnung vor demselben. Zum Beginn der Versammlung stellte Kroll fest, daß zwei Herren vom Reichsverband anwesend seien (also Reinhardt und ich), was von der Versammlung mit Rufen wie „Feigling“, „Spiegel“ beantwortet wurde.

Kroll begab nun die Masse auf, daß sich die Leute vom Reichsverband als Belämpfer der Sozialdemokratie in diesem Wahlkampfe nur als seine Gegner aufstellten, sowohl in Versammlungen, als auch in der Presse unter dem Namen „Civis“.

Daß nun Herr Kroll nochmals auf Reinhardts Rede in Darmstadt näher einging, diese ausschaltete und wie auch Dr. Breitscheid-Berlin über den Reichsverband schimpfte, konnte noch als sachlicher Angriff ertragen werden. Als aber ein Diskussionsredner über uns zwei Anwesende vom Reichsverband wegen unseres Schweigens loslegte, uns lächerlich machte, weil wir die geistige Ueberlegenheit unserer anwesenden Referenten anerkennen müßten, forderte mich ein Vertrauensmann im Namen der anwesenden Nationalliberalen auf, doch zu antworten. Ich schwieg aber noch, zumal der Versammlungsleiter immer nur die Gegner Krolls aufforderte, sich zum Worte zu melden. Als solcher konnte ich mich nicht melden.

Blötzlich ging mir der Spatz zu weit. Der auch Ihnen bekannte Kullmann (derselbe wie in Darmstadt), sowie auch Pfarrer Kroll wurden direkt persönlich. Kullmann sagte nach meinem Stenogramm wörtlich: „Herr Komoll sitzt gemütlich in Darmstadt, ihm fällt es gar nicht ein, weder in eine rote, noch in irgend eine andere Versammlung zu gehen.“ Herr Kroll nahm das Wort sofort wieder auf und setzte hinzu: „Wie ich sehe, ist der Herr Civis jetzt verduftet, wagt sich also nicht zum Worte.“ (Das wäre Herr Reinhardt.) Weiter wies man auf mich „Feigling“, der noch fige und stenographiere, damit Dr. Veder Stoff habe, wenn Kroll in den Reichstag kommen sollte. Das war mir zu stark. Ich konnte weder auf mir noch auf dem Reichsverbande Holz haben lassen und erwiderte.

Zunächst machte ich allen Anwesenden die Aufgabe des Reichsverbandes im Kampfe gegen die Sozialdemokratie klar und betonte unsere neutrale Stellung jeder bürgerlichen Partei gegenüber. Dann nahm ich Herrn Reinhardt in Schutz. Ich wies nach, daß er in seiner Stellungnahme in Darmstadt Herrn Kroll gegenüber von seinem persönlichen politischen Standpunkte aus gesprochen habe, wodurch er allerdings seiner Aufgabe, gegen die Sozialdemokratie zu wirken, nicht nachgekommen sei. Ich drückte dabei die Ueberzeugung aus, daß Herr „Civis“, wie er nun einmal den ganzen Abend genannt und bekannt war, seine Unvorsichtigkeit sicherlich auch bedauere. Besonders betone ich, wie es mich angenehm berührte, in einer spezifisch bürgerlichen Versammlung, in der sich kein Sozi zum Worte gemeldet habe, erklären zu dürfen, daß der Reichsverband keinesfalls, wie ausgesprochen worden war, Herrn Kroll bekämpfe, sondern Hand in Hand mit seiner Partei ebenso zielbewußt wie mit der Steinigen nur gegen die Sozialdemokratie Stellung nehme. Wie eine Veröhnung klang das vollständige Bravo, als ich mich setzte!

Sowohl Herr Kroll als auch Dr. Breitscheid brühten der Versammlung ihre Freude über diese Erklärung aus. Herr Dr. Breitscheid sagte in der Versammlung zu mir gewendet wörtlich: „Ich habe nach diesen Ausführungen große Sympathie mit dem Manne und bedauere offen, daß wir heute abend zu hart mit den Herren des Reichsverbandes ins Gericht gegangen sind, was ich zu entschuldigen bitte. Freilich muß ich mein Mißdehnen ausdrücken, daß diese Herren mit ihrer persönlichen politischen Ueberzeugung politisch lastriert sind (verzeihen Sie das harte Wort), daß sie in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie die gewaltigen Klüften vergessen, die zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien bestehen, in denen sich eine Sammelgenossenschaft nicht denken läßt.“

Herr Reinhardt war, wie sich dann herausstellte, noch anwesend und war mit mir unzufrieden, obgleich er von mir wie vom Gegner rehabilitiert stand.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Hugo Kreisbaur.

Herr v. Liebert machte zu diesem Briefe die Bemerkung: „Saubere Geschichte, und dafür soll ich jeden Tag 200 M. bewilligen und zahlen.“

Aus dieser Ratzig geht hervor, daß der Reichsverband seinen Prätorianern täglich 50 M. Diäten zahlte, mehr als das Vierfache dessen, was die Sozialdemokratie ihren Agitatoren zahlt.

Den Reichsverband hat die Darmstädter Wahl über 5000 M. gekostet.

Zur Ersatzwahl in Hagen.

21. April 06.

An die Geschäftsstelle der nationalliberalen Partei,
a. D. des Herrn Dr. Otto Hugo
Hagen i. W.
Bisstr. 2.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Nach Rückkehr von einer längeren Reise, die mich u. a. auch nach Köln führte, finde ich den Briefwechsel vor, der inzwischen zwischen uns und Ihrer Geschäftsstelle in Sachen der Wahl in Hagen gepflogen worden ist. Ich habe inzwischen mehrfach Gelegenheit gehabt, wegen der Wahl in Hagen und in Alena-Ferloh mit genannten Kennern der Verhältnisse in diesen beiden Wahlkreisen Fühlung zu nehmen. Von einer Seite ist die Anregung an uns ergangen, ob nicht der Reichsverband es vermitteln könnte, daß die Freisinnigen mit den Nationalliberalen in beiden Kreisen einen Pakt dahin schließen, daß beide zusammengehen und in dem einen Wahlkreise ein nationalliberaler, in dem anderen ein freisinniger Kandidat aufgestellt wird. Es ist von vornherein allerdings nicht anzunehmen, daß der Freisinn auf einen solchen Pakt eingehen wird, da er damit freiwillig auf ein bisher von ihm behauptetes und immerhin für sicher gehaltenes Mandat verzichten würde.

Aber die Not zwingt zu manchen Dingen, auf die wir uns sonst nicht einlassen würden. Wir würden naturgemäß ein solches Bündnis mit großer Freude begrüßen, weil wir dann in der Lage wären, in beiden Kreisen ganz offiziell eine Tätigkeit zu entfalten. Wie die Verhältnisse jetzt in beiden Wahlkreisen liegen, können wir uns nach unserem Programm naturgemäß nicht für eine Partei festlegen, sondern wir müßten, sobald wir irgendwie öffentlich tätig sind, unsere Unterstützung zunächst auch den übrigen bürgerlichen Parteien anbieten. Ich bitte Sie daher, mit der Leitung Ihrer Partei möglichst bald Fühlung nehmen und uns mitteilen zu wollen, ob Sie es für zweckmäßig halten, wenn der Reichsverband in diesem Sinne an die freisinnige Partei herantreten würde. Jedenfalls können wir als ehrlicher Mäcker ein solches Amt weit eher übernehmen als Ihre Parteileitung, da in letzterem Falle der Freisinn immer den Verdacht hegen würde, daß die Nationalliberalen mit einem solchen Anerbieten besondere parteipolitische Zwecke verfolgen.

Sollten Sie nach dem bisherigen Verlauf der Dinge im Wahlkreise ein solches Vorgehen des Reichsverbandes für zwecklos halten, so würde, wie gesagt, die Frage für uns erheblich schwieriger werden, in welcher Weise wir für Ihren Kandidaten eintreten könnten. Ich möchte fast der Meinung sein, daß eine solche Tätigkeit hinter den Kulissen viel besser weniger durch Redner, die wir Ihnen stellen, ausgeübt werden könnte, als dadurch, daß wir Ihnen einen unserer Beamten überlassen, der weiter nichts zu tun hätte, als auf Grund seiner großen Erfahrungen bei den letzten Reichstagsersatzwahlen und seiner genauen Kenntnis der sozialdemokratischen Agitation Ihnen mit Rat und Tat bei der Durchführung der Wahltechnik und des Schlepperdienstes an die Hand ginge. Nach allen unseren Erfahrungen ist eine solche Kleinarbeit viel wichtiger, als die allerhöchsten Reden. Freilich wissen wir nicht, inwieweit Ihre Organisation im Wahlkreise diese Wahltechnik bereits durchgeführt hat. Jedenfalls haben wir noch in der jüngsten Zeit bei den Wahlvorbereitungen zu der am 25. April stattfindenden Ersatzwahl in Darmstadt die Beobachtung machen müssen, daß die dortigen bürgerlichen Parteien, vor allem aber die nationalliberale Partei, die den gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten stellt, keine blasse Abnung davon hatte, wie man eine Wahl durch Organisation der Vertrauensmänner, der Verteilung der Flugblätter, der Kontrolle der Wahllisten, der persönlichen Bearbeitung derjenigen, die nicht gewählt haben, in Arbeit nimmt. Unsere Beamten sind also gerade nach dieser Richtung hin ganz besonders geschult und könnten Ihnen vielleicht manchen Dienst leisten.

Mit vorzüglicher Hochachtung und deutschem Gruß!
Die Geschäftsstelle.

Wie versucht wird, einen Landrat für den Reichsverband einzufangen.

Grimmen, den 23. April 1904.

Herr Hochwohlgeboren

Herrn Landrat Freiherrn von Malshahn
Grimmen.

Hochgeehrter Herr Landrat!

Die christlichen Bauhandwerker sind in einem großen Gesamtverbande organisiert, der seinen Sitz in Berlin hat. Der Leiter dieses Gesamtverbandes ist zurzeit ein Herr Joseph Wiedeberg, Berlin O., Nollendorferstr. 44. Unsere Nachforschungen haben folgenden ergeben: Der christliche Bauhandwerkerverband hat in Grimmen selbst christlich organisierte Berufscollegen nicht. Das dort bestehende Maurergewerk bezeichnet der Leiter des christlichen Bauhandwerkerverbandes unseren Vertretern gegenüber als eine alte Funktionäre ohne besondere wirtschaftlichen Bestrebungen und ohne besondere Bedeutung. Wenn sich die Mitglieder dieses Maurergewerks bedrückt fühlten, so wäre, so meinte Herr Wiedeberg, ihnen nur dadurch zu helfen, daß sie aus ihrer beralleten Vereinigung eine Zahlstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes machten. Zu diesem Zwecke genüge eine von sämtlichen christlichen Maurern in Grimmen unterzeichnete Beitrittsklärung, die an Herrn Wiedeberg einzuliefern wäre.

Ich persönlich kann nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen, die ich mit den christlichen Gewerkschaften gemacht habe, Ihnen nicht den Rat erteilen, darauf hinzuwirken, daß das dortige Maurergewerk in eine christliche Gewerkschaft des Gesamtverbandes umgewandelt werde. Von Seiten der christlichen Gewerkschaften wird, genau ebenso wie von den sozialdemokratischen, der Klassenkampf gepredigt und in ihren Forderungen sind die christlich organisierten Arbeiter durchaus nicht allzu sehr verschieden von den sozialdemokratischen. Und das ist begreiflich, denn die christlichen Gewerkschaftler können nur dann auf einen Zuwachs von Mitgliedern aus den Reihen der bisher sozialdemokratisch organisierten Genossen rechnen, wenn sie mindestens ebenbürtige, ja noch weitgehendere Forderungen stellen, als die Sozialdemokratie selbst. Bei der urteillosen Masse wird derjenige, der am meisten verspricht, auch immer die meisten Anhänger finden und darum ist es ja gerade der Sozialdemokratie so leicht gemacht, die betörte Menge für sich einzufangen. Infolgedessen werden die christlichen Gewerkschaften, ob sie dies wollen oder nicht, sich mit der Zeit durch die Macht der Verhältnisse gezwungen sehen, auch ihrerseits womöglich die Forderungen der Sozialdemokratie noch zu übertrumpfen. Aus allen diesen Erwägungen habe ich niemals mir von der christlichen Arbeiterbewegung große Erfolge versprochen und mich ihr gegenüber immer äußerst skeptisch verhalten. Die Erfahrung, die wir insbesondere mit der Leitung der christlichen Bauhandwerker in Berlin gemacht haben, bestätigt diese Ansicht von neuem und nötigt uns dazu, den christlichen Gewerkschaften gegenüber auch in diesem besonderen Falle äußerst vorsichtig zu sein.

Der Vertreter des christlichen Verbandes stellte nämlich die Forderung, daß der Antrag auf Umwandlung des Grimmenen Maurergewerks in eine christliche Gewerkschaft keinesfalls als Eingebung des Reichsverbandes hingestellt werden dürfte, da im anderen Falle angeblich eine schwere Schädigung der christlichen Arbeiterbewegung eintreten würde und zwar, weil der Reichsverband nach der Meinung des Herrn Wiedeberg in der ganzen Arbeiterwelt als eine Schöpfung der ärgsten Reaktion verschrien sei und lediglich bezwecke, die bestehenden Rechte der Arbeiter zu erdroffeln und den Arbeitern jedes Recht auf Bewegungsfreiheit zu nehmen. Und einen solchen Unsinn spricht ein Mann, der als Leiter einer großen christlichen Gewerkschaft doch auch mit den politischen Vorgängen vertraut sein müßte. (Er scheint nur allzu vertraut damit zu sein! Redaktion.) Wer eine derartige törichte Ansicht über den Reichsverband hat, beweist nur, daß er vom Reichsverband absolut nichts weiß und trotzdem sich nicht scheut, unsinnige Behauptungen und Verleumdungen über unsere Tätigkeit und unsere Ziele auszusprechen. Wer eine so abgrundtiefe politische Unkenntnis an den Tag legt, wie dies Herr Wiedeberg mit seinen Behauptungen über den Reichsverband getan hat, ist m. E. wenig geeignet zur Leitung einer Gewerkschaftsbewegung, die doch angeblich national wirken will; und darum bin ich der Meinung, daß wir es ablehnen müssen, mit solchen unklaren Köpfen und politischen Eigenbrödlern irgendwie in nähere Beziehungen zu treten. Das ist wenigstens meine persönliche Ansicht, die ich aber selbstverständlich Ihnen, hochberehrter Herr Landrat, durchaus nicht aufdrängen will. Sie werden ja nach den mitgeteilten Tatsachen selbst beurteilen können, ob auf Grund der Verhältnisse in Grimmen es sich empfiehlt, daß die dortigen Arbeitgeber mit dem christlichen Bauhandwerkerverbande in Berlin in Verbindung treten.

Mit vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich
Ihr sehr ergebener

Sehr geehrter Herr!

In einer am 6. März d. J. in Karlsruhe stattgefundenen Besprechung einer Anzahl badischer Mitglieder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist beschlossen worden, dem in Bayern gegebenen Beispiele zu folgen und die Schaffung eines badischen Landesauschusses des Verbandes in die Wege zu leiten. Vorläufig haben von den bei dieser Versammlung anwesend Gewesenen sich bereit erklärt, dem Ausschuss beizutreten die Herren: Fabrikant Doebke-Heidelberg, Kaufmann Carver-Karlsruhe (Wahlburg), Fabrikant Wähler-Heidelberg, Waugeschäftsinhaber Wöhr-Heidelberg, Oberamtsrichter Dr. Frhr. v. la Roche-Heidelberg, General der Infanterie z. D. Frhr. v. Diersburg-Freiburg, Oberlieutenant a. D. Graf Rödern-Freiburg, Frhr. v. Lütthelm-Karlsruhe.

Der ergebene Unterzeichnete erlaubt sich, an Sie, sehr geehrter Herr, die Bitte zu richten, daß Sie gleichfalls Mitglied dieses Ausschusses werden möchten. Eine irgendwie ins Gewicht fallende Arbeitslast wird hiermit durchaus nicht verbunden sein. Hoher Wert muß aber darauf gelegt werden, daß bekannte, angesehene Herren verschiedener Teile des Großherzogtums dem Ausschusse angehören. Erst dann wird der Verband, der, wie das beiliegende Flugblatt Nr. 33 näher angibt, sich in fast allen Teilen des Reiches in erfreulicher Weise ausbreitet und bereits eine umfang- und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet hat, auch in Baden größere Fortschritte machen können; erst dann werden auch hier seine Bestrebungen in weiteren Kreisen richtiger, als es jetzt oft geschieht, beurteilt werden; erst dann wird es gelingen, die auch in Baden so nötige Auffklärung über die dem ganzen deutschen Vaterlande und dessen friedlicher, gesetzmäßiger Weiterentwicklung von der revolutionären Sozialdemokratie drohenden, sehr ernsten und noch so vielfach unterschätzten Gefahren in breiteren Schichten der Bevölkerung gelangen zu lassen. Man täuscht sich nicht selten über den durchaus revolutionären Charakter der Sozialdemokratie, glaubt im besonderen, daß die allerdings bisher im allgemeinen gemäßigt und vorsichtig auftretenden badischen Sozialdemokraten die Erreichung der Parteiziele nur auf gesetzlichem Wege erstreben, während doch die badische

Sozialdemokratie ebenso wie die gesamte deutsche sozialdemokratische Partei völlig auf dem Boden des revolutionären Erfurter Programms steht, dessen Endziel bekannlich ist: „Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zum Zweck der Umänderung der Staats- und Gesellschaftsordnung.“ Daß dieses Ziel, mit dem der Umsturz der deutschen Throne, die Aufrichtung der sozialen Republik und die Einziehung des Privat-eigentums verbunden werden müßte, nur auf gewaltsamen, gesetzwidrigem Wege erreicht werden kann, sollte den Angehörigen aller bürgerlichen Parteien und nicht minder den sozialdemokratischen „Mitläufern“ recht eindringlich vor Augen geführt werden. Es sollte überall in Baden bekannt werden, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nur in dem Sinne „scharfmacherisch“ wirkt, daß er unserer Völle das Bewußtsein schärfen will, so daß man die Augen vor der mehr und mehr anwachsenden sozialdemokratischen Gefahr nicht verschließt, sondern erkennt, wohin es führen muß, wenn die revolutionäre sozialdemokratische Bewegung immer weiter um sich greift.

Seine königl. Hoheit der Großherzog hat im September 1904 „die treuen Badener“ ermahnt, „in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß gegen die unheilvollsten Tendenzen fest zusammengehalten werde.“ Man sollte im Großherzogtum allertwärts erfahren, daß unser Verband ganz im Sinne dieser Worte des erhabenen Landesherren zu arbeiten bemüht ist.

Auch Herren, die das für die letzten Landtagswahlen geschlossene Wahlbündnis des liberalen Blocks mit der Sozialdemokratie gebilligt haben und noch billigen, könnten, ja so litten jetzt, wo diese Wahlen vorüber sind, und es sich handelt um die Vorbereitung der nächsten Wahlen zum Reichstage, in dem, wie der nationalliberale Führer, Herr Oberbürgermeister Wilsch, einmal gesagt hat, „die großen nationalen Fragen zu erledigen sind“, die liberalerseits so oft und bis in die neueste Zeit betonte „grundtätige Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie“ durch Beteiligung an den Bestrebungen des Reichsverbandes zum Ausdruck bringen. So hieß es vor der Stichwahl in einem liberalen Wahlaufsatze: „Nicht Gleichgültigkeit der Gesinnung, sondern die gemeinsame Gefahr fühlte Liberalismus und Sozialdemokratie zusammen! Und morgen stehen wir, darüber ist man sich auf beiden Seiten klar, wieder auf der ganzen Linie im Kampfe gegenüber. Das Abkommen kam zustande: der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe.“

Ueber die Bestrebungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ enthalten auch zwei andere, neuere Flugchriften, von denen je ein Abdruck hier beiliegt, näheres.

Der Unterzeichnete spricht die ergebenste Bitte aus, daß Sie, sehr geehrter Herr, Ihre Zustimmung zum Eintritt in den geplanten badischen Landesauschuss ihm baldmöglichst erteilen möchten.

In vorzüglicher Hochachtung

Die Revolution in Rußland.

Duma.

Die denkwürdige Donnerstags-Sitzung nahm folgenden weiteren Verlauf:

Der Abgeordnete Stakhowitsch stellte den Antrag, aus dem Wortlaut des Kommuniqués einige Zeilen, in denen das Mißtrauen der Duma gegen das Ministerium zum Ausdruck kommt, auszulassen — Petrunlewitsch besteht auf seiner Fassung und sagt, die Regierung sei unfähig, das Land zu regieren, und bringe das Land in die größte Gefahr; Oesterreich und Deutschland verhandeln hinter dem Rücken Rußlands und seien bereit, Rußland mit deutschen Truppen zu besetzen. Man müsse das Land in Kenntnis setzen von der Schmach, welche ihm dies Ministerium bereitet. (Stürmischer Beifall.) Stakhowitsch erwidert hierauf, die Auflösung der Duma sei für Rußland viel gefährlicher als eine Besetzung durch deutsche Truppen. Die Regierung wolle beide Ziele erreichen. — Mufanoff, der Vorsitzende der Agrarkommission, erklärt sich einverstanden mit der Streichung der Worte, in welchen das Mißtrauen ausgedrückt ist, betont aber, daß die Auflösung der Duma vom Monarchen, nicht aber von den Ministern abhängt.

Nach einstündiger Pause wurde um 9 Uhr abends der Antrag der Arbeitsgruppe, das Volk aufzufordern, die Duma in ihrem Kampfe gegen das bestehende Regime zu unterstützen, abgelehnt! Der Antrag Petrunlewitsch, der die Hoffnung ausspricht, daß das Volk ruhig bleiben und das Ergebnis der Arbeiten der Duma abwarten werde, wird mit 197 gegen 100 Stimmen angenommen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe und die Sozialisten verlassen den Saal. Die Debatte über die übrigen Teile des Kommuniqués der Kommission wird darauf fortgesetzt.

Die Sitzung dehnte sich bis 2 1/2 Uhr nachts aus. Schließlich wurde der Text des Kommuniqués über die Agrarfrage in der von Petrunlewitsch beantragten Fassung mit 124 gegen 53 Stimmen angenommen. 101 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Nachdem die gemäßigte Fassung des Kommuniqués über die Agrarfrage gemäß dem Vorschlage Petrunlewitschs angenommen war, wurde über die Art der Veröffentlichung beraten. Der Antrag, das Kommuniqué dem Minister des Innern zur Veröffentlichung im „Regierungsboten“ zu übergeben, konnte nicht gültig angenommen werden, da wegen zahlreicher Stimmenthaltungen die für die Beschlussfähigkeit erforderliche Stimmenzahl nicht vorhanden war. So ist das Kommuniqué zwar angenommen, aber vorläufig keine Möglichkeit gegeben, es zu veröffentlichen!!

Dieser Verlauf der Dinge hat begreiflicherweise die Temperatur zur Siedehitze gesteigert.

Die Stimmung in Petersburg, die durch Nachrichten von den in verschiedenen Fabriken ausgebrochenen Streiks, von Ausständen auf den Passagierdampfern der Neva und des Kanals sowie von — wie sich später erwie, unbegründeten — Gerüchten über Judenhetzen (die in Sommerfrischen an der finnländischen Bahn stattgefunden haben sollten) schon den Tag über erregt war, stieg nach der Dumasitzung noch um mehrere Grade. Besonders in den linksstehenden Kreisen herrscht große Aufregung, und umherschwirrende Gerüchte kündigt bereits für Freitag energische Maßnahmen wie Auflösung der Duma und Konstitution aller Zeitungen usw. an. Während der ganzen Nacht trafen Truppen aus Krasnoje Sselo ein, und am Abend traten die Kommandeure der Garde und anderer Regimenter zusammen, um sich über die Verteilung der Truppen zu verständigen, falls die befürchteten Unruhen eintreten sollten.

Das „Berliner Tageblatt“ erhielt aus Petersburg folgendes Telegramm über die Situation:

„Infolge des heute nacht erfolgten Dumabeschlusses über die Veröffentlichung des Manifestes in der Agrarfrage wurden nachts acht Garderegimenter aus dem Lager von Krasnoje Sselo nach Petersburg beordert und durch die ganze Stadt zur Unterdrückung eventueller Unruhen verteilt, die man von der seitens der Regierung beabsichtigten Unterdrückung des Manifestes befürchtet. Seit der letzten Nacht ist

berart der geheime Kriegszustand über Petersburg verhängt. In Regierungskreisen legt man den Schritt der Duma als revolutionär aus und spricht von eventueller Auflösung, doch steht die Entscheidung aus Peterhof noch aus. Trotzdem hat der Minister des Innern den Gouverneuren bereits ein Geheimzirkular zugehen lassen, in welchem er vorschreibt, alle von Dumaabgeordneten auf dem Lande veranstalteten Meetings auf jeden Fall zu verhindern. Hier nimmt die Arbeiterbewegung wieder einen scharfen Charakter an. Die Ausstände mehren sich. Etwa 30 000 Arbeiter verließen Betriebe streikend.“ —

Bankrott!

Nach Verständigung zwischen der russischen und der japanischen Regierung wird die Zahlung der für die Unterhaltung der russischen Kriegsgefangenen in Japan fälligen Summe um einige Monate hinausgeschoben.

Inquisition in Warschau.

Wie entnehmen folgende Mitteilungen der in Warschau erscheinenden „Vollzeitung“ (Organ des jüdischen Arbeiterbundes) Nr. 102:

Gleich nach der Verkündung der „Oktoberkonstitution“ wurde in Warschau eine geheime Abteilung für „Politische“ eingerichtet. Sie befindet sich im sogenannten „Rathaus“, und wer das Unglück hat, da hineingegeraten, der ist bei lebendigem Leibe begraben, von der Welt völlig abgeschlossen. Die Fenster sind mit Eisenplatten beschlagen, so daß der Gefangene außer einem schmalen Streifen des Himmels nichts sehen kann. Selbstbelustigung ist unter allen Umständen untersagt und die Gefängnisloft ruft schreckliche Erkrankungen hervor. Eigene Wäsche zu halten ist auch nicht gestattet und die Gefangenen müssen bis zu acht Wochen dieselbe Wäsche tragen, dafür aber bekommen sie jeden Tag wässres Weichseife und Schläge.

In dem Danteschen Purgatorium waren bekanntlich 7 Abteilungen, im Warschauer „Rathaus“ sind bloß zwei, aber vor der zweiten erblühten alle 7 Danteschen. Wehe dem, der in dies kleine mit Blut überströmte Zimmer gerät! Er muß jede Hoffnung aufgeben, lebend wieder herauszukommen. Dies Zimmer hat nur einen Ausgang in den „Oberpipelraum“, der mit ausgefuchten Folterinstrumenten angefüllt ist, die man sonst höchstens noch in den Messen von Berlin oder London sehen kann. Aber in diesen Museen liegen sie in Glas-schränken als Erinnerung an vergangene Schrecken, hier in Warschau aber gehören sie der Gegenwart an! Und wenn das 20. Jahrhundert den Greueln der Inquisition etwas Neues hinzugefügt hat, so nur die Vervollkommnung und Verfeinerung der Folterqualen. —

Da wird z. B. der 18jährige Arbeiter Sch. Sonnenschein hereingeführt. „Woher hast Du diesen Revolver?“ und schon hageln von allen Seiten Schläge auf ihn herab. Er sammelt seine letzten Kräfte und will sich wehren — in seiner Verzweiflung beißt er einem der Inquisitoren den Finger ab... Die Henker werden immer wilder. Man wirft ihn auf den steinernen Boden und beginnt ihn mit den Fäßen zu treten. Er verliert das Bewußtsein. Man übergießt ihn mit kaltem Wasser und beginnt die „Arbeit“ von neuem. Man schlägt ihn mit Rogaltas und mit eisernen Stöcken. Und der stolze und standhafte Mensch wird zu einer formlosen blutigen Masse. Diese Masse wird vom Boden aufgehoben, an die Wand gebunden und... wieder daselbe... —

Es kommt die Reihe an das folgende Opfer — den fünfzehnjährigen Snamen Juttermann. Er sieht elend aus, ist in Lumpen gekleidet. Man sieht, daß er weiß, was Hunger ist. „Wo ist Dein Bruder? Wann ist er von Hause fortgegangen?“ Der Junge stammelt etwas Unverständliches. „Deine Mutter hat etwas anderes gesagt. Zeige mal, ob Du noch alle Zähne hast?“... Und ein roher Mensch mit falschem Bart nimmt eine große eiserne Gange von der Wand herunter und schiebt sie kaltblütig dem unglücklichen Kinde in den Mund... —

A. Wesen, ein 19jähriges junges Mädchen mit sehr intelligentem Gesicht: Man fordert von ihr, sie solle jemand verraten, aber sie hat den Mut, auf diese Forderung mit Wachachtung zu antworten. Und da geschieht das Schreckliche: Das Mädchen wird in eine Lage gebracht, daß ihr Kopf in einen Sessel eingezwängt ist, der mit langen Schrauben versehen ist, die bis an die Schläfen herantreten. Die Henker beginnen die Schrauben zu drehen; sie bohren sich in die Knochen ein, sie dringen ins Hirn... —

Das sind die alltäglichen Vorkommnisse in der Warschauer „Geheimen“... Und nicht nur dort. In ganz Rußland kommen täglich und stündlich solche Greuelthaten vor. Nur ein kleiner Bruchteil von ihnen bringt ans Licht der Öffentlichkeit, aber auch er genügt, um jedem menschlich fühlenden einen Schrei des Entsetzens und der Entrüstung zu entziehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juli.

Internationale Organisation des Lohndrucks.

Die in einigen Industriezweigen zustande gekommenen Unternehmerverbände zur Abwehr der sogenannten „unberechtigten“ Ansprüche der Arbeiter haben in einzelnen Kreisen der deutschen „Arbeitgeber“ das Verlangen erweckt, daß diese Koalitionen sich über die Grenze des lieben Vaterlandes ausdehnen und, wenn auch nicht zu festen internationalen Vereinigungen, so doch zu internationalen Arbeitgeberartellen entwickeln möchten, die ihren gemeinsamen Zweck in dem hehren Kulturstreben finden, den „Streikgelüsten“ der Arbeiter entgegenzutreten und zur Wahrung des heiligen Profites die Löhne auf möglichst niedrigem Niveau zu halten. Wenn es in vereinzelten Fällen gelungen sei, meinen diese Verehrer hoher Industrieprofite, trotz aller Verschiedenheit der Abfahrnteressen gleiche Industriezweige benachbarter Länder zur Abschließung von Kartellverträgen und Aufstellung der Exportgebiete zu bewegen, dann müsse es auch möglich sein, internationale Koalitionen der „Arbeitgeber“ zur Zurückweisung der wachsenden Lohnansprüche der Arbeiter zustande zu bringen. Vornehmlich muß nach den Plänen dieser Kartellstichtigen in zweifacher Richtung eine Regelung der internationalen Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden. Es dürfen nicht mehr wie bisher von dem Unternehmer eines Produktionsgebietes, in dem höhere Löhne gezahlt werden, die Arbeiter aus anderen Gegenden, in denen die Löhne tiefer stehen, massenweise wegeloht werden, also z. B. nicht galizische Arbeiter in großen Trupps nach dem rheinischen Industriegebiet geholt werden, denn solche Maßnahmen entziehen, wie die Herren Arbeitgeber insolge ihrer gründlichen volkswirtschaftlichen Kenntnisse entdeckt haben, nicht nur jenen Gebieten mit niedrigen Löhnen die besten Arbeitskräfte, sondern zwingen auch die dortigen Unternehmer zu fortgesetzten Lohnhöhungen. Und zweitens sollen die Industriellen eines Landes, wenn in einem Nachbargebiet jenseits der Grenze ein Streik ausgebrochen ist, darauf verzichten, ihre Produktion plötzlich auszudehnen, um einen Teil des Absatzgebietes an sich zu reißen, das früher von der durch den Streik lahmgelegten Industrie versorgt wurde

Denn diese Produktionssteigerung hat gewöhnlich zur Folge, daß ein Teil der streikenden Arbeiter über die Grenze in die benachbarten Meiereien zieht und dort Arbeit findet, also die Streikfassen entlastet.

Besonders finden diese Koalitionsbestrebungen in der „Deutsch. Arbeitgeberzeitg.“ Unterstützung, die sich in letzter Nummer folgendermaßen über den schönen Plan äußert:

„Es ist kaum nötig, ausdrücklich zu betonen, daß diese Verständigung niemals dahin führen darf und kann, den internationalen Wettbewerb irgendwie auszuhalten. Sie hat sich vielmehr lediglich auf die Durchkreuzung der Absicht zu beschränken, organisierte Arbeiter des einen Landes in Streikfällen massenweise über die Grenze zu werfen, um ihnen bis zum Ablauf des Streiks Unterstand zu beschaffen, wodurch die Widerstandskraft der angegriffenen Unternehmer naturgemäß auf eine sehr harte Probe gestellt und die Leistungsfähigkeit der Streiklassen gleichzeitig wesentlich gehoben werden muß. In diesem Sinne sind denn auch in letzter Zeit Verhandlungen zwischen deutschen und österreichischen Arbeitgeberorganisationen eingeleitet worden, die hoffentlich recht bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.“

Dann wird die alberne Mär aufgetischt, daß „vielleicht die Höhe der Arbeitspreise mit der Rentabilität der Gütererzeugung nicht mehr in Einklang zu bringen“ sei, und deshalb die industriellen Unternehmer, um die Vertriebsmöglichkeit ihrer Werke zu sichern, gezwungen wären, nach ausländischen Arbeitskräften Umschau zu halten:

„Immerhin aber handelt es sich“, meint das Blatt, „um einen tatsächlich wenig erfreulichen Rotbehelf. Einen Rotbehelf, dessen Schattenseiten übrigens zum guten Teil denen zur Last zu legen sind, die durch ihre unaufhörliche Agitation den Preis für die Leistungen der inländischen Arbeiter so hoch hinaufgetrieben haben, daß die Unternehmer gezwungen waren, der übermächtigen Verteuerung der Produktion durch das Heranziehen der billigeren ausländischen Arbeitskräfte vorzubeugen. Wo es daher irgendwie zu vermeiden ist, die daraus resultierenden Uebelstände noch zu vergrößern, sollte man solcher Möglichkeit gerne Rechnung tragen. Um etwas Derartiges handelt es sich nun speziell bei dem, was deutscherseits Veranlassung zu der besprochenen Verständigung mit den benachbarten österreichischen Unternehmern bietet. In einer Anzahl von Fällen haben während der vergangenen Jahre Agenten deutscher Fabrikbetriebe streikende Arbeiter tschechischer und polnischer Nationalität zum Teil direkt vor den Toren der streikenden Werstätten und Arbeitsplätze engagiert und nach Deutschland gebracht. Nach unseren Informationen handelte es sich dabei in mehr als 75 Proz. der zu unserer Kenntnis gelangten Einzelfälle um tschechische und polnische Arbeiter.“

Will man demgemäß auch dafür halten, daß eine völlige Verzichtsleistung auf die Heranziehung der Ausländer aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen bleiben muß, so sollte man andererseits berücksichtigen, daß es doppelt bedenklich ist, gerade solche Elemente heranzuziehen, die jenseits der Grenze bereits mitten in der Arbeiterbewegung stehen und demgemäß wohl kaum dazu beitragen dürften, die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt friedfertiger zu gestalten. Kurz und gut, man schadet durch das Fortengagieren der im Arbeitskampf stehenden ausländischen Elemente nicht nur den angegriffenen ausländischen Unternehmern, indem man ihre Widerstandskraft lähmt, sondern man schadet sich selbst, indem man um eines nur vorübergehenden Vorteils willen an sich unbotmäßige Elemente nach Deutschland verpflanzt und gleichzeitig den Bestrebungen der international organisierten Gewerkschaftler Vorschub leistet.“

Daß diese edlen Absichten bald verwirklicht werden, ist nicht zu befürchten und die „Deutsch. Arbeitgeberzeitg.“ meint denn auch selbst, daß ihre Stellungnahme zu diesen Fragen in ihrem eigenen Lager manchen Widerspruch finden wird. Bei den internationalen Industrieartikeln liegt die Sache doch wesentlich anders. Dort haben sämtliche beteiligte Gruppen ein gemeinsames Interesse daran, der Schleiendert Konkurrenz zu wehren und sich durch gegenseitige Garantierung der Märkte profitable Verkaufspreise zu sichern. Dagegen hat der rheinische Eisenindustrielle, der sich gezwungen sieht, verhältnismäßig hohe Löhne zu zahlen, nicht das geringste Interesse, auf die Heranziehung billiger Arbeitskräfte aus Schlesien, Polen oder Galizien zu verzichten — nur damit seine dortigen Herren Kollegen nicht höhere Löhne zu zahlen brauchen und mit ihm leichter konkurrieren können. Von der Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte wird ihn auch der Hinweis nicht abhalten, daß die fremden Arbeiter nicht mit seinem teuren Vaterlande „verknüpft“ sind und er durch das „Fortengagieren“ die „unbotmäßigen Elemente“ in Deutschland stärkt. Welcher Nationalität seine Arbeiter sind, das ist dem Durchschnittsunternehmer ganz gleich. Die Hauptsache ist, daß er billige und willige Arbeitskräfte erlangt und sein Unternehmerprofil steigt. Ihr vorgebildeter Patriotismus hat bisher die nationalliberalen Schlotbarone Rheinland-Westfalens nicht im mindesten daran gehindert, zu Tausenden polnische und galizische Arbeiter ins weisfälische Industriegebiet zu locken, so daß inmitten einer urdeutschen Bevölkerung große polnische Enklaven entstanden sind; und dieser eigenartige Patriotismus wird sie auch ferner nicht davon zurückhalten, die einheimischen Arbeitskräfte durch billigere ausländische zu ersetzen. Ebenso wenig werden die deutschen Kohlenmagnaten sich scheuen, wenn in den Kohlenrevieren Oesterreichs, Nordfrankreichs oder Belgiens Streiks ausbrechen, die Gelegenheit zu benutzen, ihren Konkurrenten einen Teil ihrer Märkte abzugraben. Wie stark auch der Haß der Schlotjunker gegen die „frivole Genußsucht“ ihrer Arbeitsklaven ist, stärker noch ist ihre kapitalistische Profligkeit. —

Die Reichstagsersatzwahl in Hagen-Schwelm.

Das mit Spannung erwartete Ergebnis der gestrigen Reichstagsersatzwahl in Hagen-Schwelm darf die Sozialdemokratie mit hoher Befriedigung erfüllen. Noch liegt ein sicheres Endergebnis der Stimmenzählung augenscheinlich nicht vor. Ein heute morgen ausgegebenes Privattelegramm meldet uns folgende Zahlen:

Es entfielen auf König (Soz.) 16 333, Cuno (Frei.) 11 405, Moldenhauer (Nat.) 5000, Becker (Zentrum) 4499 und Mumm (Christlich-Sozial) 2154 Stimmen.

Das Wolffsche Depeschembureau verbreitet dagegen folgende Ziffern, die nach der heute vormittag erfolgten Zusammenstellung ermittelt wurden:

König (Soz.) 16 250 Stimmen, Cuno (fr. Sp.) 11 180, Becker (Z.) 5117, Moldenhauer (nat.) 4545, Mumm (Christlich-Sozial) 2163 und Chociszewski (Polen) 149 Stimmen. Die zwischen König und Cuno erforderlich gewordene Stichwahl soll nach dem Wolffschen Bureau am 27. Juli (nicht, wie es zuerst hieß, am 28.) stattfinden.

Sind die vom offiziellen Depeschembureau mitgeteilten Ziffern richtig, so erhielten bei der gestrigen Ersatzwahl die Sozialdemokraten 2850, das Zentrum 608, der Freisinn 591, der Christlich-Soziale 908 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl im Jahre 1903, während die Stimmenzahl der Nationalliberalen um 1241 verminderte. Daraus ergibt sich, daß diesmal die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sich um circa 2400 vermehrte, während auf sämtliche bürgerliche Parteien zusammen nur ein Mehr von circa 300 Stimmen entfiel. Das ist ein Wahlergebnis, das die Sozialdemokratie mit ungetrübtter Genugthuung erfüllen darf.

Für die Stichwahl hat die Sozialdemokratie vor dem Freisinn einen Vorsprung von mehr als 5000 Stimmen, während sie 1903 dem Freisinn nur um 2900 Stimmen voraus war. Trotzdem vereinigte Eugen Richter auf sich damals bei der Stichwahl 20 987 Stimmen, d. h. nicht weniger als 10 400 nationalliberale, christlich-soziale und Zentrumswähler gaben ihm ihre Stimme. Nationalliberale und Christlich-Soziale brachten es diesmal nur auf zusammen 6700 Stimmen, so daß bei einer Stimmenthaltung des Zentrums der Sieg der Sozialdemokratie nicht ausgeschlossen wäre. Es fragt sich nur, ob das Zentrum Rache für Altens-Herlachs zu nehmen faktisch entschlossen ist. Der Freisinn beschwört die Schwarzen, halb bittend, halb drohend, doch ja nicht ihren Nebandgeschäften die Fägel schiefen zu lassen, da er sich sonst 1908 ebenfalls blutig rächen werde.

Im übrigen waren die Christlich-Sozialen bemüht, zwischen Zentrum und Nationalliberalen den „christlichen Waller“ zu spielen. Sie hatten sich, wie Licentiat Mumm, der christlich-soziale Kandidat, durch die Veröffentlichung von Altens-Herlachs bekannt gibt, sowohl an die Nationalliberalen als an das Zentrum gewendet, um diese Parteien zur Aufstellung einer gemeinsamen Kompromißkandidatur, für die der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Dr. Franke, und Herr v. Werleffsch vorgeschlagen wurden, zu bewegen. Es fanden in der Tat auch zwischen den Vertretern der drei Parteien noch am 14. und 15. Juli Verhandlungen statt, die nur deshalb kein Ergebnis gehabt zu haben scheinen, weil Professor Franke eine Kandidatur wiederholt ablehnte.

Das „Berl. Tageblatt“ ist über diese Machenschaften höchlichst entrüstet. Es schreibt:

„Wir möchten einstweilen bezweifeln, daß der Freisinn bei der Richtung geht oder auch erst bei der Wahl von 1908 für ein solches Generallotteriel auf nationaler Basis zu haben sein wird. Daß er dabei leicht sich selbst aus Reisser liefern könnte, geht daraus hervor, daß auch schon diesmal in Hagen-Schwelm die Parole „Wider Freisinn und Sozialdemokratie!“ lauten sollte! Daß die Nationalliberalen in Hagen-Schwelm drauf und dran waren, sich dieser Parole anzuschließen und mit Kerisolen und Antisemiten ein Schutz- und Trugbündnis zu schließen, scheint uns das Interessanteste an diesen Vorgängen. Dieses neue Kompromiß- und Kompromisse sind ja jetzt die Stärke der angeblich auch liberalen Partei — eröffnet ja eine herrliche Perspektive auf die lästige politische Tätigkeit und Taktik der Nationalliberalen und auf die Aussichten der „liberalen Einigung“. Gott schütze den deutschen Liberalismus vor solchen Freunden!“

Die „Germania“ rät den Zentrumswählern des Wahlkreises, feurige Kohlen auf das Haupt des Freisinns zu sammeln. Sie läßt sich also vernehmen:

„Wir meinen allerdings nicht, daß die Zentrumspartei im Wahlkreis Hagen-Schwelm, die bei der Hauptwahl eine so große Mächtigkeit, Entschiedenheit und Einigkeit an den Tag gelegt hat, nun bei der Stichwahl „Gewehr bei Fuß“ stehen sollte. Gewiss, vom menschlichen Standpunkte aus ist in der ersten Auswählung des politisch gekränkten Gemüths der Gedanke an eine „Rache“ oder „Vergeltung“ erklärlich, wie es ebenso begreiflich ist, daß man den Mittelweg einer „Wahlenthaltung“ nach Lage der Dinge für einen geeigneten und einen ausreichenden Ausweg hält: Aber vom prinzipiellen Standpunkte aus müssen die Zentrumswähler sich doch auch sagen, daß sie nicht für einen sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme abgeben können und daß sie sich nicht desselben Fehlers schuldig machen dürfen, dessen sie die Freisinnigen von Altens-Herlachs anklagen. Die momentane menschliche Erbitterung über die Schmach von Altens-Herlachs mag noch so groß sein, höher als diese ist der prinzipielle Grundsat: Unter keinen Umständen für einen Sozialdemokraten. Das wäre die edelste „Rache“ für Altens-Herlachs, wenn die Zentrumswähler von Hagen-Schwelm vor der ganzen Welt zeigen würden, daß sie auf einer höheren Stufe der konstitutionellen Toleranz und der politischen Einsicht stehen als die verhöhrten angeblich freisinnigen Wähler in Altens-Herlachs, die sich nun genug vor der ganzen Welt blamiert haben, und denen vielleicht zu viel Ehre angetan würde, wenn man ihrer Dummheit wegen auch noch eine große politische Aktion unter dem Eindruck einer „Rache“ ins Werk setzen wollte. Diese Erwägungen werden, wie wir voraussetzen, auch an den entscheidenden Stellen, von denen die Stichwahlparole für Hagen-Schwelm ausgeht, sich von selbst aufgedrängt haben.“

Der Freisinn darf also erleichtert aufatmen! Unsere Genossen werden sich durch das Zusammengehen der einen reaktionären Masse nicht abhalten lassen, bis zur Stichwahl alle Kräfte bis auf äußerste anzuspannen! —

Deutsches Reich.

Wer hegt zur Robeit?

In der Nacht zum vorigen Sonntag hat bekanntlich der Polizeifeld in Berlin an verschiedenen Stellen blutige Arbeit verrichtet. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt, das gewerksmäßig die Robeit verteidigt, indem es ständig das Prügeln empfiehlt, besah die ungläubliche Dreistigkeit, ihrem Bericht über die Affäre die Worte anzufügen:

„Das Schlagwort des einen Tumultuanten: „Wir sind doch nicht in Breslau mit der abgehauenen Hand“, zeigt nur zu deutlich, daß es die Früchte sozialdemokratischer Verhehlung sind, die in dieser tollen Berliner Samstagsnacht wieder einmal in ihrer ganzen heimtückischen Gefährlichkeit sichtbar geworden sind.“

Was die Tumulte jener Nacht anbelangt, so ist es selbstredend der „Deutschen Tageszeitung“ genau so unmöglich wie uns, ein eigenes klares Urteil darüber zu gewinnen. Bis zur Stunde liegt im wesentlichen nur der Polizeibericht darüber vor, und der muß bekanntlich mit Vorsicht genossen werden. Das zeigt in diesem Falle besonders der Satz, daß

„die Böschmannschaften von vornherein bei ihren Arbeiten von einer großen, den untersten Volksschichten angehörnden Menschenmenge fortgesetzt behindert wurden.“

Wir erlauben uns demgegenüber die bescheidene Anfrage: Wer sind die „untersten Volksschichten“? und woran haben die Polizisten in dem Gedränge und der Dunkelheit erkennen wollen, daß die Menschenmenge nur aus den „untersten Volksschichten“ zusammengesetzt war? Schon diese kleine Erwägung zeigt, daß die Polizei an Stelle von Tatsachen ihre Meinung gibt, daß sie nicht oder wenigstens nicht nur verhehrt, was sie gesehen hat, sondern

was sie sich gedacht hat. — Im übrigen liegt es uns natürlich fern, Ausschreitungen, wenn solche vorgekommen sind, irgendwie zu verteidigen. Doch können wir nicht dulden, daß die wahren Ursachen solcher bedauerlichen Vorkommnisse verbunkelt oder in ihr Gegenteil verkehrt werden. Nicht Früchte „sozialdemokratischer Verhehlung“ sind sie, sondern Früchte der Robeitverteidiger vom Schlege der „Deutschen Tageszeitung“, die den Volksmassen die Quellen der Bildung und Gessittung gewaltsam verschließen und unsere sozialdemokratische Kulturarbeit mit giftigem Haß bekämpfen. Dafür haben wir keinen geringeren Zeugen als — die „Deutsche Tageszeitung“ selbst! Es kommt nämlich mandmal vor, daß sogar in der „Deutschen Tageszeitung“ Vernunft und Gessittung an Stelle iden Parteihasses zum Ausdruck kommen, allerdings nur ganz vorübergehend, und nur — unter dem Strich. Eine solche Anwandlung hatte das Blatt am 9. Juni, als es in seinem Feuilleton einen Aufsatz des Professors Paulsen mit reichlichen Lobeserhebungen abdruckt, in welchem über die Sozialdemokratie u. a. gesagt wird:

„Man mag der mächtigen Arbeiterbewegung, die beherrschend durch unsere Zeit geht, manchen Vorwurf machen... trotz alledem bedeutet sie eine große Aufwärtsbewegung; die Massen sind aus dem trägen Dahinleben zwischen stumpfsinnig ertragener Arbeitslast und bloß sinnlichem Genießen erwacht, eine Idee der Zukunft ist in ihnen lebendig und zieht alle Kräfte in ihren Dienst. Eine Fülle lebendiger Interessen ist dadurch entbunden worden; Natur und Geschichte sprechen zu den Menschen, die eine Frage, die Frage der Zukunft an sie zu richten haben. Eine umfangreiche Literatur in Gestalt von Büchern und Zeitschriften ist entstanden, die alle Dinge mit der neuen Idee durchleuchtet. Diese Literatur mag sehr weit von wissenschaftlicher Exaktheit und kritischer Vorsicht, sehr weit auch von der Wahrheit sich entfernen, eines hat sie für sich: sie wird mit Leidenschaft gelesen, studiert, angeeignet; ihr erst ist es gelungen, die Massen zu Lesern zu machen. Und auch daran zweifle ich nicht, daß die neue Arbeiterbewegung auch sittliche Kräfte entbunden hat, Kräfte der Selbstbeherrschung und Selbstdisziplin, der Hingebung und der Aufopferung für die Sache. Ob die Sache an sich gut und möglich ist, diese sittlichen Kräfte behalten ihren Wert und werden nicht verloren sein... Das Utopien der Sozialdemokratie liegt vielleicht nirgends auf der Welt; führt aber das Suchen danach unserer allzu bequemem, auf dem Haubheit der Macht und des Herkommens sich stredenden Gesellschaft neue Ideale und neue Kräfte zu, so hat es seine Bestimmung erfüllt.“

So nimmt sich die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Kopfe eines Mannes aus, der keineswegs etwa zu unseren Freunden gehört, der aber wohl zu unterscheiden weiß, wo die Gessittung und wo die Robeit zu Hause ist. — Zu allem Ueberflus jedoch beweist die „Deutsche Tageszeitung“ am 20. Juli noch extra, wer zur Robeit hegt. Da erzählt sie nämlich, daß unser englischer Parteigenosse Keir Hardie in Manchester, als er in einer Versammlung reden wollte, von politischen Gegnern mit Gewalttaten bedroht wurde. Und diese Robeit verherzt die „Deutsche Tageszeitung“ wie folgt:

„Schon als er zu reden begann, tönten ihm „Pro Zulu“ Rufe entgegen. Bald nahm die Strömung so überhand, daß Keir Hardie sich genötigt sah, die Vertagung des Meetings zu „proponieren“. So wenigstens suchten die ihm nahestehenden Wähler die Tatsache zu umschreiben, daß er eiligst die Flucht ergreifen mußte, um der wütenden Menge zu entgehen. Die Zuhörer veranstalteten in der Versammlung, die im Freien, in einem natürlichen, durch zwei Hügel gebildeten Amphitheater abgehalten wurde, eine förmliche Jagd auf das ehrenwerte Parlamentsmitglied, und nur dem Umstand, daß er rechtzeitig Fersengeld gegeben und so einen erklecklichen Vorsprung gewonnen hatte, hatte Keir Hardie zu verdanken, daß ihm eine nähere Bekanntschaft mit seinen eifrigen „Anhängern“ (der Ausdruck ist, wie aus dem Zusammenhang ersichtlich, ironisch gemeint) erspart blieb. In einer zweiten, auf den folgenden Tag anberaumten Versammlung, in der Keir Hardie gleichfalls sprechen wollte, erschien er nicht; angeblich hielt ihn die Rücksicht auf das Unwohlsein seines Sohnes ab, sein Versprechen einzulösen. Allem Anschein nach gehört also die Arbeiterbevölkerung von Manchester zu denjenigen, die mit der „höflichbefriedenden Noten Internationale“ nichts gemein haben will.“

Und ein Blatt, das in dieser Weise gleich seinem Gessinnungsgenossen Bündler zu Gewalttaten aufhebt, besitzt die Unverfrorenheit, Gewalttaten, die wirklich vorkommen, der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben!

Für die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Stade-Bremervörde haben die Nationalliberalen bereits einen „geeigneten“ Kandidaten gefunden. Sie wollen an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Sattler den Verleger des „Hannoverschen Courier“, Landtagsabgeordneten Dr. Max Jäncke, als Kandidaten aufstellen. Dieser große Politiker kandidierte schon einmal bei der Wahl 1903 im Wahlkreis Lüneburg, wo er auch in der Stichwahl gegen den langjährigen welfischen Abgeordneten Freiherrn v. Wangenheim mit kleiner Mehrheit siegte. Im Winter darauf legte er jedoch sein Mandat nieder, da infolge eines von welfischer Seite eingelegten Wahlprotestes die Ungültigkeitserklärung der Wahl bevorstand. Bei der Nachwahl unterlag er dann gegen den welfischen Kandidaten v. Wangenheim.

Bei der vorigen Wahl in Stade erhielten die Nationalliberalen 6468 Stimmen, die Sozialdemokraten 6984, die Freisinnigen 3624, die Welfen 1138, der Bund der Landwirte 1918. In der Stichwahl siegten die Nationalliberalen mit 12 232 gegen 7178 sozialdemokratische Stimmen. —

Sontentlassung des Anarchisten Rosenberg.

Noch vor kurzem wuchten bürgerliche Korrespondenzbureaus allerlei schauerhafte Einzelheiten über das angeblich von dem in Altona verhafteten Anarchisten August Rosenberg geplante Attentat auf Wilhelm II. zu berichten. Jetzt stellt sich die ganze Berichtserstattung als frivole Rache heraus. Wie aus Altona telegraphisch gemeldet wird, ist Rosenberg gestern als unverdächtig aus der Untersuchung entlassen worden. Die aus den Vereinigten Staaten von America eingelaufene Denunziation ist wahrscheinlich auf Rache zurückzuführen.

Die christliche Ordnungspresse vom Schlege der „Post“, „Kreuzzeitung“, „Nationalzeitung“ wird sehr bedauern, daß die Untersuchung mit diesem Resultat geendigt hat. Die Sache hätte sich so schön zu einer verlogenen reaktionären Hege gegen die sozialistische Arbeiterbewegung benutzen lassen.

Hausdurchsuchung beim Reichstagsabgeordneten Erzberger. Nach einem Gerücht sollte dieser Tage in der Untersuchung wider die Kronbeamten „Göy und Schneider“ auch bei dem Reichstagsabgeordneten Erzberger eine Durchsuchung durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Schmidt, stattgefunden haben, und zwar nicht nur in der Wohnung des Abgeordneten, Pariser Straße 10, sondern auch in seinem Arbeitszimmer im Reichstage. Das hätte eine frivole Verletzung der Immunität des Reichstages bedeutet. Tatsächlich hat sich der Vorgang, wie dem „D. Z.“ versichert wird, wesentlich anders abgespielt. Es handelt sich um eine Konsequenz der gerichtlichen Vernehmung des Abgeordneten Erzberger, die am 19. Juli in Weabit stattgefunden hat. Im unmittelbaren

Ausfluß an diese Vernehmung begab sich der Untersuchungsrichter... (Text continues with details of the investigation and the role of the judge and the accused.)

Ein Velehrter. Wie wir kürzlich mitteilten, hat vor einigen Tagen die „Westd. Volksztg.“, das hagenener Organ der Zentrumspartei, erklärt, daß das Zentrum schon im ersten Wahlgange für den nationalliberalen Kandidaten stimmen würde... (Text continues with political commentary.)

Gestorben für das „größere“ Deutschland. Ein Telegramm aus Windhuf meldet: Reiter Paul Böhm, geboren am 18. Dezember 1881 zu Lobedau, am 15. Juli d. J. in der Krankensammelstelle Wasserfall an Typhus gestorben... (Text continues with obituary notices.)

Ausland.

Schweiz.

Militär gegen Streikende.

Ueber die Vorfälle, von denen wir gestern meldeten, berichtet der offiziöse Draht weiter aus Zürich: In Albisrieden kam es Donnerstag abend wiederum zu ersten Zusammenstößen zwischen Ausständigen einerseits und Polizei, mit Hieb- und Stößwaffen bewaffneten Bauern, Kavallerie und Infanterie andererseits... (Text continues with military reports.)

Italien.

Sozialistischer Wahlsieg.

Rom, 17. Juli. Nach den durch die Mandatsniederlegung der Parteifraktion nötig gewordenen Neuwahlen hat die italienische Kammer drei der gewählten Genossen die Befähigung besagt und die Stichwahl zwischen ihnen und dem Gegner proklamiert... (Text continues with election results.)

Aus der Partei.

Ein Bravo den Mannheimer Genossen!

Wir haben den Genossen sicherlich zu ein paar vergnüglichen Minuten verholfen, als wir letzten Mittwoch meldeten, daß Mannheims Stadtrat seine Zusage, den Rosengarten für den Parteitag herzugeben, zurückgezogen hat... (Text continues with party news.)

Als die Mannheimer Stadtväter vom Räte kamen, waren sie — wie gewöhnlich — schlauer als zuvor und bereuten wohl die Sträubereien, die sie sich geleistet hatten... (Text continues with commentary on the city council.)

Im Handumdrehen trugen unsere Mannheimer Genossen der veränderten Situation Rechnung und entwarfen einen neuen Schlachtplan! Wir werden uns nun trotz des Herrn Schenkel und seiner gehorhamen Herren Stadtväter erlauben, unseren diesjährigen Parteitag in Mannheim vom 23. bis zum 30. September abzuhalten... (Text continues with party plans.)

Stabliement Apollo. (Adresse: Mannheim, G 6.)

Wir können diese erbaulichen Mitteilungen nicht schließen, ohne einen recht erbaulichen, echt national-liberalen Zug bekannt zu geben.

Der Mannheimer Stadtrat genießt die zweifelhafte Ehre, keinen Geringeren als Herrn Ernst Wassermann, Reichstagsabgeordneten, Rechtsanwält und Oberleutnant (oder gar schon Hauptmann) der Landwehrkavallerie, zu seinen Mitgliedern zu zählen... (Text continues with political commentary.)

Bürgermeister retteten Mannheim vor der tödlichen Lächerlichkeit der Annahme des nationalliberalen Kammerantrages. Unsere Delegierten werden Ende September im Stabliement Apollo vielleicht Gelegenheit finden, auch des Klageweibes aus der Familie jener nationalliberalen Wassermannen zu gedenken... (Text continues with political commentary.)

Warum so zurückhaltend?

Anlässlich einer Kritik des A. K.-Aufrufs in der „Einigkeit“ macht die „Sächsische Arbeiterzeitung“ allerhand dunkle, vieldeutige Anspielungen. Es heißt da:

„Über von einem Standpunkt aus kann man allenfalls diese Felonie der „Einigkeit“ begrüßen, von dem nämlich, daß nunmehr auch diejenigen unserer Parteigenossen, die diesen anarcho-sozialistischen Elementen immer noch die Stange gehalten haben, wohl einsehen werden, welche Schlange die Partei am Busen genährt, und daß es im Interesse der Arbeiterbewegung dringend notwendig ist, diesen Zerplitterten der Gewerkschafts- und der Parteibewegung rücksichtslos entgegenzutreten.“

Es läßt sich aber nicht leugnen, daß die Lokalorganisationen, bei denen solche Pläne reifen, viel zu lange von gewisser Seite gehätschelt worden sind zur größten Erbitterung derjenigen, die nach einer möglichst einheitlichen Arbeiterbewegung sowohl auf wirtschaftlichem wie politischem Boden streben... (Text continues with commentary.)

Die „Sächs. Arbeiterzeitung“ würde gut tun, wenn sie unumwunden erklärte, wer denn das eigentlich gewesen ist, der den „anarcho-sozialistischen Elementen“ immer noch die Stange gehalten oder sie gar „gehätschelt“ hat... (Text continues with commentary.)

Ausbildungskurse für Parteifunktionäre. In die unter diesem Titel am letzten Dienstag veröffentlichte Mitteilung hat sich bei der Besannung der in Aussicht genommenen Lehrgegenstände ein kleiner Fehler eingeschlichen. Es muß bei Absatz 2 der geplanten Fächer nicht heißen: Geschichte der sozialdemokratischen Partei, Geschichte der bürgerlichen Parteien, sondern: Geschichte der sozialdemokratischen Partei, Geschichte der bürgerlichen Parteien.

Die Landeskonferenz der Sozialdemokraten Hessens findet am 25. und 26. August in Mühlheim statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Die Aenderung des Landes-Organisationsstatuts. — Der Parteitag in Mannheim. — Die stattgehabten Landtagswahlen und die Tätigkeit des Landtages. — Unsere Taktik für die Kommunalwahlen.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Unternehmertick.

Die Maschinenfabrik von A. Ruppe u. Sohn in Apolda beschäftigt mehrere Hundert Arbeiter im Automobilbau und landwirtschaftlichen Maschinen. Die Arbeiter wurden wiederholt vorstellig um Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Herr Ruppe versicherte „seinen Arbeitern“, daß er gern die Arbeitszeit verkürzen würde, aber es würden ihm von der Behörde große Schwierigkeiten bereitet. Die Arbeiter glaubten dies auch. Der Unternehmer hatte dies in so präziser Weise geäußert, daß die Arbeiter seinen Grund hatten, an den Worten ihres Chefs zu zweifeln. Als Grund zu der Einnischung der Behörden nahmen sie an, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in der größten Fabrik am Orte auch auf die Wollwarenfabriken, in denen in der Regel eine viel längere Arbeitszeit besteht, einwirken werde... (Text continues with details of the labor dispute.)

Herr Ruppe ließ in den Tagesblättern auch eine Erklärung los, daß es besser gewesen wäre, wenn der Abgeordnete Baudert sich erst bei ihm erkundigt hätte, ehe er das in einer öffentlichen Versammlung erzählt habe. — Abgeordneter Baudert richtete dann in einem offenen Briefe an Herrn Ruppe mehrere Anfragen, unter anderem ob es Herr Ruppe bestreiten wolle, daß er tatsächlich einem Teile seiner Arbeiter erzählt habe, er würde ja ganz gern die Arbeitszeit verkürzen, aber es würden ihm von der Behörde, sowohl der Oberbehörde Schwierigkeiten bereitet. — Herr Ruppe hüllte sich darauf in tiefes Schweigen. Die Behörden, die anfänglich sogar geneigt gewesen sein sollen, gegen den Abg. Baudert Strafantrag zu stellen, schlossen die Akten über diese Sache. Warum wohl? Mit dem Hinweis auf die Behörden führte der Unternehmer einen Trick aus. Er führte keine Arbeiter irre.

Im umgedrehten Falle würde wohl die Behörde sich dies nicht ruhig gefallen lassen und die „gutgesinnte“ bürgerliche Presse würde wieder einmal über die Verlogenheit der Arbeiter Bederordio schreien.

Berlin und Umgegend.

Aktion, Schlosser! Bei der Firma Schiffner u. Cie, Baldemarstraße, stehen die Schlosser im Streit.

Die Firma sucht in bürgerlichen Zeitungen Arbeitswillige und bietet einen Lohn von 60—65 Pf. pro Stunde. Demgegenüber ist es notwendig festzustellen, daß die streikenden Schlosser nur einen Mindestlohn von 60 Pf. fordern. Daraus ist zu ersehen, daß es der Firma nur darum zu tun ist, jetzt, wo sie im Druck ist, Leute zu erhalten und der versprochene Lohn von 60 bis 65 Pf. nur für die Zeit des Streiks gelten soll. Wollte die Firma ständig solche Löhne zahlen, so brauchte sie nur die Lohnforderungen der Streikenden zu bewilligen und kann zu diesen Löhnen eingearbeitete Leute haben.

Wir erwarten auf das Bestimmteste, daß sich, so wie bisher, auch weiter kein Kollege findet, der für die Firma den Raubreicher macht.

Weiter erlauben wir die Töpler der Wauten, die von der Firma Schiffner ausgeführt werden, und ein Klein wenig zu unterstützen. Deutscher Retalarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die ausgeperrten Steinbrücker und Lithographen hielten am Freitagvormittag wieder eine vollzählig besuchte Versammlung im

Gewerkschaftshause ab. Wie aus den Ausführungen des Referenten Barthels zu entnehmen war, ist die Situation im allgemeinen unverändert. Keiner der Kämpfenden ist der gemeinsamen Sache untreu geworden und die Stimmung ist noch genau so kampfesroh und zurechtgerichtet wie in den ersten Tagen der Aussperrung. Für die Aussperrten ist somit die Situation besonders günstig, für die Unternehmer dagegen gestalten sich die Verhältnisse von Tag zu Tag schwieriger. Ihr Verhalten zeigt dem auch, daß es ihnen sehr darum zu tun ist, die Aussperrten wieder in die Betriebe zu bekommen. So hat Direktor Kory von der Firma Bellriegel dieser Tage mit den Streikposten ein Gespräch angestellt und dabei bemerkt, sie sollten doch die Arbeit wieder aufnehmen, worauf ihm erwidert wurde, das werde geschehen, wenn die Forderungen der Aussperrten bewilligt werden. Der Direktor versuchte darauf, die Arbeiter zum Austritt aus dem Gewerkschaftsbund zu überreden, dann stände ja der Wiederaufnahme der Arbeit nichts im Wege. Diese Bemühungen des Direktors wurden selbstverständlich mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Sie legen aber auch Zeugnis dafür ab, daß es den Unternehmern um nichts anderes zu tun ist, als um die Vernichtung der Arbeiterorganisation, was sie bekanntlich bisher immer in Abrede stellten. Nach der Darstellung des Unternehmerblattes, der „Zeitschrift für Deutschlands Buch- und Steinbrücker“, kämpfen die Unternehmer für die Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die ihnen durch die Forderungen der Gehälften unmöglich gemacht werde. Wenn es den Unternehmern nur um die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu tun wäre, dann hätten sie logischerweise das Vorgehen der Arbeiter unterstützen müssen, die dadurch zur Beseitigung der Schmutzkonkurrenz beitragen, daß sie in den Orten mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen Verbesserungen forderten. Statt dessen aber wurden die Arbeiter mit der Aussperrung bedacht. — Wenn das Unternehmerblatt weiter behauptet, durch Bewilligung der Gehältsforderungen würde die Konkurrenzfähigkeit vernichtet, so werde diese Behauptung durch die Firma Heimann u. Schmidt widerlegt, welche Streichbrechern Wochenlöhne von 45 bis 47 Mark verspricht und jedem derselben noch eine Gratifikation von 250 Mark für den Fall zusichert, daß er nach Beendigung der Aussperrung entlassen werden muß. Wer solche Aufwendungen für Arbeitswillige machen kann, der darf doch nicht davon reden, daß die Forderungen der Arbeitnehmer, die ja weit hinter den Streichbrecherlöhnen zurückbleiben, unerfüllbar sind. Die Bemühungen, den Betrieb von Heimann u. Schmidt mit Streichbrechern zu besetzen, gehen von einer Arbeitervereinigung (A) aus, die sich anlässlich einer früheren Lohnbewegung im Gegenzug zur Gewerkschaft gebildet hat und die Vermittlung von Streichbrechern als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet. Trotz eifrigster Bemühungen dieser Vereinigung, der die Unterstützung des Unternehmers in reichem Maße zur Verfügung steht, ist es jedoch nur gelungen, sieben Streichbrecher für den genannten Betrieb zu erhalten, die aber auf den Sieg der Aussperrten rechnen, um dann die versprochene Gratifikation einstecken zu können. — Die Aussperrten halten mit bewundernswerter Einmütigkeit zusammen. Alle Verlockungen zum Abfall von seiten der Unternehmer bleiben fruchtlos und so kann man mit Ruhe dem weiteren Verlauf des Kampfes entgegensehen.

Die Lederarbeiter sehen ihre Organisation bedroht durch das eigenartige Verhalten der Firma End u. Straffer, die nicht die Vertragsbestimmungen, wie sie im letzten Tarif anerkannt wurden, einhält. Die Firma läßt die leichteren Arbeiten bei dem Zwischenmeister Dziggel in Ludenwalde herstellen, während hier in Berlin die schwereren Teile hergerichtet werden. Bei Dziggel werden junge Leute, die nicht zur Organisation gehören, angelehrt, und die organisierten Lederarbeiter fürchten, daß dort eine Art Streichbrecherschule gegründet worden ist. In einer Versammlung am Donnerstag abend wurde die Situation kargelegt und beschlossen, nicht ruhig zuzusehen, wie eine Truppe herangebildet wird, die der Organisation in Zeiten der Gefahr in den Rücken fallen kann. Die Diskussion wurde in ziemlich erregter Weise geführt und zeigte die Entschlossenheit der Arbeiter, einen ersten Widerstand zu leisten und zum Mittel des Streiks zu greifen, wenn es sein muß.

Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Praktiken der Firma End u. Straffer und erklärt, daß es nicht im Sinne des Vertrages ist, wenn Freie nach außerhalb zum Juristischen geschickt werden. Die Versammlung erklart darin nicht allein eine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Lederarbeiter, sondern auch eine Gefährdung der Interessen des ganzen Verbandes, der Organisation selbst. Sie fordert mit aller Entschiedenheit die Abschaffung dieses Systems, andernfalls die weitere Arbeit verweigert werden wird.

Es wurde ausdrücklich betont, daß durch diese Resolution nicht der Instanzenweg abgeschnitten werden solle. Es sollte auf diesem Wege versucht werden, die Direktion zum Nachgeben zu bewegen, meinten einige; aber viele Arbeiter erklärten auch, daß sie sich in der Notwehr befinden und daß es sich um die Erhaltung ihrer Organisation handle. Als der zweite Verbandsvorsitzende sodann den Sturm etwas beschwichtigend wollte und sich gegen die Resolution und nur für den ordnungsgemäßen Instanzenweg erklärte, wurde er heftig angegriffen. Die allgemeine Stimmung war für eine energische und kräftige Opposition, und es wird vom Vorstand erwartet, daß er die einleitenden Schritte tue.

Aktion, Parteigenossen! Eine Anzahl von Unternehmern hat die Bewilligung zurückgezogen und die Vereinbarungen mit den Freizeugehälften durchbrochen. Die Plakate sind daher eingezogen bei: Lange, Beddingstr. 1; Pöchner, Schliemannstr. 23; Dörfer, Gaudystraße 3; Wähler, Thaeerstr. 24; Heide, Lichtenberg, Oberstr. 33; Paprock, Wandlstr. 15, und Schuler, Rixdorf, Richardstr. 45. — Letzgenannter verweigert die Herausgabe des Plakats, daselbe muß daher eingeklagt werden. Den Beauftragten des Verbandes wurde das Lokal verboten. — Wartet auf die außen sichtbaren weißen, mit roter Schrift und rotem Rand versehenen Plakate und die am Spiegel stehende Kontrollkarte.

Verband der Freizeugehälften, Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

1200 Arbeiter der Eisenacher Fahrzeugfabrik sind wegen Lohn-differenzen in den Ausstand getreten.

Eine neue Aussperrung. Der „Sächsischen Presse“ zufolge sind in den Lambrecht Tuchfabriken infolge einer Lohnbewegung über 200 Weber und Weberinnen in den Ausstand getreten, was die Sperrung der sämtlichen etwa zwanzig Fabrikbetriebe in Lambrecht durch die Unternehmer zur Folge haben werde. Den noch nicht in den Ausstand getretenen Arbeitern solle gekündigt werden. Ein Teil der letzteren habe bereits selbst gekündigt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Textilarbeiterstreik.

Straßburg i. E., 20. Juli. (B. G.) In der Weberei von Langenberg u. Weil in Kolmar stellen die Arbeiter den Betrieb ein. Darauf beschloß die Verwaltung der Spinnerei, die Weberei vier Wochen lang zu schließen.

Die Anbelang der Presse.

Petersburg, 20. Juli. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Blätter „Wostok“, „Echo“, „Golos Truda“ und „Krestiansky Deputat“ sind heute beschlagnahmt worden. Die Druckereien der Blätter sind geschlossen und unter Siegel gelegt. Auch die Druckerei des Blattes „Dwadzatti Djet“ ist geschlossen.

Echt russisch!

Riga, 20. Juli. (B. G.) Der Beschluß der Stadtverordneten, für die durch die Ruffasres in Qualität Geschädigten 1000 Rubel zu senden, ist vom Gouverneur nicht bestätigt worden.

Arbeiter, Parteigenossen! Gedenkt der ausgeperrten Buchbinder und Lithographen!

Zur Diskussion über den Massenstreik.

Polemischer Aufsatz.

Das Kasseler „Volksblatt“ schreibt in seiner letzten Nummer:

„Der Versuch einer Legendenbildung.“ So überschreibt der „Vorwärts“ einen drei Spalten langen großen Artikel, in dem er den Nachweis versucht, daß sein Verhalten in der Massenstreikfrage korrekt gewesen sei. Selbstverständlich, daß der „Vorwärts“ immer korrekt verfährt, stets im Recht ist und niemals ein Wässerchen trübt. Und wer von ihm annimmt, daß er gar aus persönlicher Antipathie gerade wider die Artikel der Genossen Eisner, Gradnauer und Wegler polemisiert hat, der muß mindestens des Revisionismus verdächtig sein. Wir fühlen uns sehr geehrt, daß der „Vorwärts“ einen großen Teil seines langen Artikels dem „Volksblatt“ widmet, wissen auch das gnädige Jugendland zu schätzen, daß unsere Auffassung (über die Notwendigkeit einer Fortsetzung der bisherigen Art der Diskussion „SBl.“) der Massenstreikfrage zwar „eine verfehlte, aber doch“ (im Gegensatz zu unserem Bruderblatt in Halle, „SBl.“) „wenigstens in sich geschlossene“ sei. So viel Güte hatten wir gar nicht erwartet. Der „Vorw.“ führt an, daß er deshalb gerade wider die Artikel der drei Genossen sich habe wenden müssen, weil diese die Parteifaktik in Bezug auf den Massenstreik am eifrigsten kritisiert und am extremsten getadelt hätten. Das ändert nichts an der Tatsache, daß seine (mehr energische als glückliche) Polemik gerade wider die drei ehemaligen „Vorw.“-Redakteure auffallen mußte. Zu einer Auseinandersetzung mit dem „Vorw.“ fehlt uns jede Reizung. Was dabei herauszukommen pflegt, haben wir bereits erfahren, andere erfahren es noch, wie folgendes Beispiel zeigt:

Genosse Eisner hatte das Recht, konsequent dem „Vorwärts“ mißverstanden zu werden. Da die vom „Vorwärts“ auf Grund seiner Mißverständnisse produzierten Darstellungen über Eisners Ansichten resp. Absichten für diesen zweifellos einmal recht verhängnisvoll hätten werden können, wenn er sie unwidersprochen ließ, so führte er den „Vorwärts“ über seine Irrtümer auf. Aber der „Vorwärts“ verstand seinen früheren Redakteur immer noch „miß“. Darauf sah Eisner, dessen Feder nicht nur von uns schmerzhaft im „Vorwärts“ vernichtet wird, sich gezwungen, abermals einen Aufklärungsversuch zu machen. Er schrieb:

Nur um einer neuen Legendenbildung vorzubeugen, ein letztes Wort zum Schluss. Alles, was der „Vorwärts“ über die Diskussion der zwangswise politischen Wiederbelebung des deutschen Liberalismus sagt, die ich beugen und propagieren soll, ist der albernste Unsinn und beweist nur, daß die Redaktion nicht imstande ist, selbst die einfachsten Fragen zu verstehen, wenn sie ihr noch neu sind. In meinem Artikel „Petition Nr. 70“ ist mit genügender Deutlichkeit klargestellt, was ich meine — das Gegenteil von dem, was der „Vorwärts“ verstanden haben will. Wer den Artikel mit Verstand liest, weiß, was angeregt werden soll, und er versteht auch, warum es zweckwidrig wäre, darüber jetzt breiter zu diskutieren.

Ich werde mir gestatten, den „Vorwärts“ an dem Tage an seinen gequälten Hohn über meine Illusionsfähigkeit zu erinnern, wo die „Illusion“ — natürlich nicht nach dem „Vorwärts“-Verstande — Wirklichkeit wird. Bis dahin kann ich warten, und hoffe nun, von der zwecklosen, mir aufgedrungenen Erklärungschriftlichkeit wieder Abschied nehmen zu können.

Man kann es verstehen, daß ein Genosse, der so konsequent mißverstanden wurde, wie gerade Eisner, schließlich ärgerlich und in der Abwehr so deutlich wird, daß diese beim besten Willen nicht mehr mißverstanden werden kann. Immerhin wird jeder objektiv urteilende Mensch zugeben müssen, daß von „Schimpfe“ in der Eisnerschen Erklärung wirklich nicht gesprochen werden kann. Trotzdem antwortet der „Vorwärts“ folgendermaßen:

Wir hätten es natürlich nicht nötig gehabt, diesen ethisch-schimpferischen Schimpferzug zu veröffentlichen; aber warum hätten wir den Lesern gerade dieses anmutige Bekenntnis einer schönen Seele unterschlagen sollen?

Raffen wir also Eisner nach Herzenslust schimpfen und harren mit ihm des Tages von Damaskus!

Wenn doch der „Vorw.“ in seiner Polemik mit Parteigenossen „schimpfen“ könnte, wie Eisner „schimpft“!

Unsere Leser könnten und vielleicht wegen des Abdrucks dieser polemischen Musterleistung eines Parteiblattes den Vorwurf der Raumbelagerung machen. Wir hielten es aber für notwendig, die Auslassungen des Kasseler „Volksblatts“ vollinhaltlich wiederzugeben, um an einem besonders krassen Beispiel zu zeigen, in welcher Weise von einzelnen Parteiredakteuren ihr verantwortungsvolles Parteiamt mißbraucht wird.

Es ist nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht von Parteiredakteuren, zu Meinungsdivergenzen innerhalb der Partei Stellung zu nehmen. Auch bei der gegenwärtigen Debatte über den Massenstreik war die Beteiligung möglichst zahlreicher Parteiredaktionen dringend wünschenswert. Auch dem Kasseler Parteiblatt hätte es niemand verdracht, wenn es seiner Meinung unerbitterten Ausdruck verliehen hätte. Aber das Kasseler „Volksblatt“ hat zur Streitsache selbst eben nicht Stellung genommen, es hat es dafür für angemessen gehalten, einfach dem „Vorwärts“ persönliche Motive unterzuschreiben und bei seinen Lesern den Glauben zu erwecken, der „Vorwärts“ gefalle sich statt in sachlicher Diskussion in einem persönlichen Gezänk.

Aber auch über diese Art der Stellungnahme würde sich gerade beim Kasseler „Volksblatt“ kein Mensch gewundert oder aufgeregt haben, wenn es wenigstens so loyal gewesen wäre, seinen Lesern durch Abdruck oder objektiv referierende Wiedergabe der „Vorwärts“-Artikel sowie der Artikel der „Sächsl. Arbeiterz.“ des Bochumer „Volksblatt“ und des Genossen Eisner die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Urteil über die ganze Polemik, ihre Angelpunkte und ihren Charakter zu bilden. Das ist aber dem Kasseler „Volksblatt“ gar nicht eingefallen! Es unterließ jegliche Information seiner Leser und gestief sich lediglich in einer gräßlichen Verdächtigung der Absichten des „Vorwärts“. Auch seine heutigen Ausführungen zeigen, wie es seinen Lesern systematisch alles unterschlägt, was sie in den Stand setzen könnte, sich auch nur die dürftigste Vorstellung von dem zu bilden, was in der Entgegnung des „Vorwärts“ enthalten war. Ebenso ist aus der Auseinandersetzung des „Vorwärts“ mit dem Genossen Eisner nur ein völlig aus dem Zusammenhang gerissenes und deshalb ganz unverständliches Bruchstück wiedergegeben worden.

Sie halten es für dringend an der Zeit, daß mit einer solch ebenso unehrlichen wie unsinnigen Methode der Parteipolemik endlich einmal radikal gebrochen wird. Die Parteiblätter sind doch schließlich zur Information der Leser da, nicht aber dazu, krasselssüchtigen, jedes Verantwortlichkeitsgefühls baren Parteijournalisten als Zummelplatz ihres parteischädigenden Treibens zu dienen! —

Parteizersplitterung.

Genosse Piepmann ist mit einmaliger Trockenlegung nicht zufriedengestellt, sondern läßt weiter. Seine Position hat er damit nicht verbessert.

Ich hatte angenommen, daß er seine Anlagenschrift gegen die Mitglieder der Generalkommission in gutem Glauben konstruiert hat. Jetzt gesteht Genosse L. ein, daß er den Inhalt des Protokolls der Verhandlungen der Konferenz der Vorstandsbereiter kennt. Er weiß also, daß auf der Konferenz der Generalkommission der Vorwurf gemacht wurde, daß sie nicht angegeben habe, was unter dem Punkte „Partei und Gewerkschaften“ verhandelt werden solle, worauf erwidert wurde, daß die Kommission nicht selbst den Punkt auf die Tagesordnung gebracht hat und es der Konferenz überlassen müsse, zu entscheiden, ob der Punkt auf der Tagesordnung bleiben solle oder nicht. Auf den darauf erhobenen Einwand, daß doch die Verhandlungen mit dem Parteivorstand stattgefunden hätten, wurde erwidert, daß diese Verhandlungen erst vor wenigen Tagen stattgefunden haben und bei Festlegung der Tagesordnung an diese Verhandlungen gar nicht gedacht werden konnte.

So zu lesen in dem Protokoll, von dessen Inhalt Kenntnis zu besitzen sich Genosse Piepmann rühmt. Also nicht in gutem Glauben, sondern wider besseres Wissen hat Genosse Piepmann die Generalkommission verdächtigt, die Absicht gehabt zu haben, den Parteivorstand „einzuwickeln“. Und da beschwert sich Genosse Piepmann über meine Grobheit? Ich bin immer für eine gesunde Grobheit gewesen. In diesem Falle aber ist die gesunde Grobheit noch zu höflich. Besonders zuwider muß ich mich Empfindenden die Art sein, in welcher Genosse Piepmann die Verdächtigungen gegen die Generalkommission in seinem ersten Artikel ausdrückte, die Art, die an das beliebte Kinderpielzeug erinnert: „Boren nicht er, hinten nicht er“.

Genosse L. hält dafür, daß die Absicht, einen anderen Genossen oder eine Körperschaft, mit der Verhandlungen gepflogen werden, „einzuwickeln“ und die Befähigung zu solchem Tun erst mit einer beförmelten Anstellung eintritt. Es wäre ein schlechtes Zeugnis für unsere beförmelten Parteibeamten, wenn Piepmanns Ansicht richtig wäre. Sie ist es glücklicherweise nicht. Die Erfahrung bestätigt vielmehr, daß gewisse Leute erst den Nachweis für die Befähigung, „einzuwickeln“ zu können, erbringen müssen, ehe sie zu einem beförmelten Posten berufen werden, auch wenn ihre sonstige Qualifikation nicht gerade glänzend ist. So hat z. B. der bekannte Dr. Lisse seine Amtswürde auf einen Posten im Zentralverband deutscher Industrieller durch die Anpöbelung der gewerkschaftlichen Organisationen erworben.

Ein Verdienst hat sich Genosse L. damit erworben, daß er für eine Abkürzung der deutschen Sprache sorgte, indem er die Mitglieder der Generalkommission kurz als „Generale“ bezeichnet. Neu ist diese Erfindung nicht, ja, ich bin geneigt, mir einen Anteil daran anzusprechen, weil ich diese Bezeichnung schon 1892 auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß anwandte. Neu ist, daß sie von dem Genossen L. in die öffentliche Diskussion eingeführt wird. Das ist dankenswert, weil dadurch die Erklärungen und Gegenerklärungen wesentlich kürzer würden, zur Freude der Leser und Seher. Man könnte die Mitglieder des Aktionsausschusses kurz „Aktionäre“ nennen und würde leicht auch für die Mitglieder anderer Körperschaften mit langem Namen eine gleichstrebende Bezeichnung finden.

Ob andere „Generale“ etwas gegen den Aktionsausschuss und die Pressekommision haben, weiß ich nicht. Ich habe gegen diese Körperschaften keinen Vorwurf zu erheben. Hätte ich es, so könnte ich mich zufrieden geben, ohne zu schimpfen und zu wettern, denn es würde mir genügen zu wissen, daß diese Körperschaften von einem Genossen verteidigt werden, der wider besseres Wissen andere Parteigenossen der „Schuftigkeit“ verdächtigt.

Einen solchen Genossen als Verteidiger gefunden zu haben, wird dem Genossen Webel kaum Vergnügen bereiten. Genosse Webel wird auf dem Parteitage in Mannheim, dem wir mit Ruhe entgegensehen, wohl seine Sache selbst führen können und führen.

Eine Anregung, die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission in der Weise zu führen, wie es sich unter ehelich empfindenden Parteigenossen gehört, hat Genosse Piepmann nicht gegeben, sondern sein Vorgehen war geeignet, Mißtrauen zwischen diesen Körperschaften zu säen. Dieser Versuch dürfte mit diesen Darlegungen erfolgreich verhindert sein.

L. Regien.

Die „christlichen“ Gewerkschaften im Jahre 1905.

Nach dem soeben erschienenen Berichte des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zählten die dem Gesamtverbande angeschlossenen 18 Zentralverbände im Jahresdurchschnitt 1905: 188 106 Mitglieder gegen 107 556 im Jahresdurchschnitt 1904. Von diesem Zuwachs sind aber 17 000 abzuzählen, da sich im Berichtsjahr der schon länger bestehende banerische Eisenbahnerverband dem Gesamtverbande angeschlossen hat, der überdies nach seinen Satzungen gar nicht als Gewerkschaft betrachtet werden kann, weil er auf jeglichen Kampf grundsätzlich verzichtet. Die Leitung der Zentrumsgewerkschaften gibt sich seit Jahren die erdenkliche Mühe, den Deutschen Eisenbahnhandwerkerverband sowie die banerischen, bairischen und württembergischen Eisenbahner- und Postbeamtenvereine, und endlich den schlesischen „Verein zur gegenseitigen Hilfe“ mit ihren zurzeit etwa 95 000 Mitgliedern zum Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zu gewinnen, ja nahezu zu zwingen. Bei dem bayerischen Verbande ist ihnen das jetzt gegliedert; durch welche Mittel, das zu erfahren wäre sehr interessant. Wir haben schon früher den Humberg gekennzeichnet, daß man jene dem Gesamtverbande nicht angeschlossenen Vereinigungen mit zu den „christlichen Gewerkschaften“ zählt, was lediglich geschieht, um die kleine Zahl der Zentrumsgewerkschaftler künstlich zu erhöhen. Auch in diesem Jahresbericht gibt man die Gesamtzahl der Mitglieder christlicher Gewerkschaften unter Ritzählung jener Vereine an 265 032 an. Daß das aber in der Tat Dummheit ist, gibt der Bericht selber zu, indem er sagt: „Erst in den letzten Jahren wurde wieder ernstlicher Versuch (1), dieselben zum Anschluß an den Gesamtverband zu bewegen. Gelingt dieses in nächster Zeit nicht, werden wir eine Verichterstattung über dieselben einstellen und die alljährlichen Erhebungen nur mehr auf die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände beschränken.“ — Es besteht also Aussicht, daß der christliche Zahlenschwindel etwa nach einem halben Duzend

Jahren aufhört. Vorläufig wird das System des Aufbauschiebend weiter gepflegt: obwohl der Bericht mit dem 31. Dezember 1905 abschließt, fügt man in der Tabelle über die Mitglieder- und Klassenverhältnisse bereits den Mitgliederstand vom 1. April 1906 hinzu, den man auf 215 884 und mit den unvermeidlichen nichtangeschlossenen Nichtgewerkschaften auf 293 238 beziffert. Die Leser werden es begreifen, wenn wir die letzteren außer Acht lassen.

Am Schlusse des Berichtsjahres zählten die christlichen Verbände 191 600 Mitglieder. Eine beachtenswerte Mitgliederzahl haben nur die Berg- und die Textilarbeiter. Der Bergarbeiterverband zählte nach dem großen Streik im Ruhrgebiet — wie man behauptete! — 80 000 Mitglieder, von denen 40 000 durch den Streik gewonnen worden sein sollen. Wie der Bericht sagt, sind davon bis zum Jahreschlusse 14 000 wieder abgesprungen. Am Jahreschlusse bezifferte sich der Mitgliederbestand des christlichen Bergarbeiterverbandes auf 66 630. Die Steigerung belief sich gegen den Jahresdurchschnitt 1904 auf 28 100. Der christliche Textilarbeiterverband, der hauptsächlich im Rheinland sitzt, stieg im Jahresdurchschnitt von 17 685 auf 24 735, wovon der vierte Teil weibliche Mitglieder waren, von denen allein 2675 im verfloßenen Jahr gewonnen wurden.

Die übrigen Zentralverbände haben im Verhältnis zur Zahl der Berufsangehörigen geringe Mitgliederzahlen. Alle haben sie jedoch eine Steigerung aufzuweisen, was bei der fieberhaften Agitation und den zahlreichen eigenen und den vom Zentrum gestellten Werbem, insbesondere der Hilfe des in R.-Gladbach hausenden Volksvereins für das katholische Deutschland mit seiner halben Million Mitglieder nicht wundernehmen kann. Es stiegen im Jahresdurchschnitt 1905 gegen den des Jahres vorher: die Bauhandwerker und Arbeiter von 12 676 auf 20 679, die Metallarbeiter von 9317 auf 17 563, die Holzarbeiter von 6086 auf 8386, die Hilfs- und Transportarbeiter von 5692 auf 8329, die Tabakarbeiter von 2056 auf 2851, die Keramarbeiter von 900 auf 2600, die Heimarbeiterrinnen von 2580 auf 3077, die Schuh- und Lederarbeiter von 1784 auf 2136, die Flechter von 1274 auf 1800, die Schneider von 1390 auf 1902, die Maler und Anstreicher von 1300 auf 1500, das graphische Gewerbe von 850 auf 740, die Bäcker von 198 auf 380, die Krankenpfleger von 318 auf 368; die Fleischer fielen von 600 auf 500.

Alle diese Verbändchen mit Ausnahme der beiden erigenannten nehmen sich gegenüber den entsprechenden Gewerkschaften etwa aus wie eine Ratte neben einem Elefanten. Der deutsche Metallarbeiterverband allein hat mehr Mitglieder als alle christlichen Verbände zusammengenommen, und jede freie Gewerkschaft sozusagen hat einzelne Zahlstellen, die größer sind als so ein ganzer christlicher Zentralverband.

Dennoch haben die Zentrumsgewerkschaften innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung erlangt — nämlich als geistliche Gewerkschaften! Trotz ihrer winzigen Zahl wollen sie überall bei Lohnbewegungen mitentscheiden. Infolge ihrer miserablen Klassenverhältnisse gehen sie nur bis zu einer gewissen Grenze mit; sie streifen vielleicht auch eine kurze Zeit, um dann abzufallen und schließlich gar noch Streikbrecher zu liefern, wie es der christliche Holzarbeiterverband, der Metallarbeiter-, der Bauarbeiter- und andere Verbände oft genug getan haben. Den wahren Grund des Nichtbeteiligens oder des Abfalls — den Geldmangel — verschweigen sie und brechen zum Vorwand des Verrats irgend einen Streik vom Haupte. Von den 18 christlichen Verbänden haben mehr als zehn einen Klassenbestand von weniger als 10 000 M. Die Holzarbeiter haben nur 52 000 M., die Bauhandwerker ebenfalls soviel, die Hilfs- und Transportarbeiter nur 17 000, die Schuh- und Lederarbeiter nur 5848 M., die Maler und Anstreicher nur 2000 M., das graphische Gewerbe nur 2600 M., die Schneider nur 1600 M.; die Bäcker machen überhaupt keine Angaben. Bei solchen Klassenverhältnissen sind die christlichen Streikbrecherreien nur zu sehr erklärlich. Neuerdings ist man allgemein bestrebt, die Beiträge zu erhöhen und den „Kampffonds“ zu stärken. Vielleicht vermindern sich dann die christlichen Streikbrecher für die Folge etwas. Um ihren Mitgliedern, die durchaus nicht alle aus dem nämlichen Dase wie die Führer geknüpft sind, gerecht zu werden, werden die christlichen Verbände von Jahr zu Jahr immer mehr in Tarifbewegungen, Streiks und Aussperrungen hineingezogen. Stiegen doch gegen das Vorjahr die Ausgaben an Streik- und Gemahregelungenunterstützung von 133 292 M. auf 1 000 320 M. Die christlichen Verbände führten für sich allein 238 Bewegungen und Streiks, mit anderen Verbänden in 334 Fällen. Von der früheren Ansicht der „Christlichen“, daß der Streik eine sozialdemokratische Erfindung und daß die Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmern möglich sei, ist der Verfasser des Berichtes, „Generalsekretär“ Stegerwald (Möln) gründlich geküßt. Es heißt in dem Jahresbericht: „Die Klassen-gegenüber werden durch die großen Kämpfe gewaltig verfeuert und dadurch die Arbeitsfreudigkeit und das Vertrauensverhältnis, das zwischen Unternehmung und Arbeit in mehr oder minder großem Maße vorherrschen muß, untergraben. Die Fälle, daß Unternehmer sich mit den Arbeitern zu einigen suchen, weisen in den letzten Jahren eine steigende Tendenz auf, was allerdings in der Hauptsache weniger an der sozialen Einsicht der Unternehmer, als an der gewaltigen Erklärung der Gewerkschaftsbewegung liegen dürfte.“

Weiter sagt der Bericht, daß die Unternehmer die christlichen Gewerkschaften „in den weitaus meisten Fällen nicht besser als die sozialdemokratischen Organisationen“ behandeln. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß in ländlichen Bezirken häufig gegen Unternehmer und Behörden erkämpft werden, wobei letzteren das veraltete preussische Vereinsgesetz willkommene Handhabe bietet. . . . Auch Versammlungslokale wurden unter Mitwirkung der Behörden nicht selten abgetrieben. Mit Maßregelungen der Vertrauensmänner hatten die Metallarbeiter, Keramarbeiter und Hilfsarbeiter viel zu kämpfen. Auf diesem Gebiete zeichnen sich insbesondere die größeren Unternehmungen in ländlichen Bezirken, sowie die Direktoren von Straßenbahnen aus. Bei Errichtung von Zahlstellen der Straßenbahner muß in der Regel von vornherein damit gerechnet werden, daß einige Opfer auf der Strecke bleiben. Auch die Direktoren von Straßenbahnen, die sich in Gemeindebesitz befinden, haben diese Praxis anscheinend den Leitungen aktiengesellschaftlicher Unternehmungen abgeguckt. In ländlichen Bezirken sind Maßregelungen deshalb nicht selten von schwerwiegenden Folgen, weil die Entlassenen häufig ein Häuschen sowie etwas Ackerland ihr Eigentum nennen und in einem weiten Umkreis gleichartige Arbeit nicht zu erlangen vermögen. Diese Erfahrungen führen dazu, daß man bei Straßenbahnerzahlstellen Angehörige anderer Berufe an die Spitze stellt und in ländlichen Bezirken unabhängige Personen mit der Leitung betraut. . . . Bei den Vätern ist insbesondere das Kost- und Logiswesen und die dadurch bedingte Abhängigkeit der Gesellen vom Meister dem Umschlagreifen des Organisationsgedankens hinderlich.“

Wie man sieht, wird an der harten Praxis die ganze christliche Theorie aufzuhalten; alles geht flöten: die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und das patriarchalische System im Hause des Meisters; das vielbefungene eigene Häuschen wird in seinem wahren Werte erkannt, und die Christlichen sagen jetzt selbst, daß die Unternehmer keinen Unterschied machen, sobald die kirchlichgeimten Ar-

Better „sozialdemokratische“ Forderungen stellen. Das Entwürdigende dabei ist, daß die namentlich christlichen Gewerkschaftler mit dem sie tyrannisierenden Unternehmertum parteipolitisch immer noch am selben Strang ziehen, d. h. ihm als geduldiges Stimmglied dienen. Allerdings kennen wir auch zahlreiche Fälle, wo die „Christlichen“ von dem Unternehmertum geschmeichelt und gefährdet worden sind, nämlich in den Fällen, wo diese Kundgenösschaffler den Unternehmern als Schutztruppe und als Arbeitswillige gegen die freien Gewerkschaften dienten. Und diese Fälle haben bisher die Mehrheit gebildet, was die christlichen Verbände immer mehr in den Bereich von Streikbrecherorganisationen und gelben Gewerkschaften gebracht hat.

Soziales.

Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers wegen Nichtlebens von Marken.

Dem Arbeitgeber liegt nach dem Gesetze und auf Grund des Arbeitsvertrages als eine vom Gesetz ausgesprochene Vertragspflicht die Pflicht ob, rechtzeitig und richtig Invalidenmarken zu kleben. Unterläßt er diese Verpflichtung, so hat er nach §§ 823, 241, 242, 249, 276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs den vollen durch sein gesetz- und vertragswidriges Verhalten dem Arbeiter entstandenen Schaden zu ersetzen. Das ist auch vom Reichsgericht in einigen Entscheidungen anerkannt, in anderen für die vor 1900 liegende Zeit mit Unrecht verneint. Das Reichsgericht scheint nunmehr auch für die Zeit vor 1900 die Haftpflicht des Arbeitgebers in einer kürzlich ergangenen Entscheidung anerkennen zu wollen. Der Bauerngutbesitzer M. in Rudau (Kreis Teltow) hatte auf seinem Gute die landwirtschaftliche Arbeiterin Schulze seit 1889 jährlich 7 Monate beschäftigt, aber erst von 1902 ab für sie Invalidenmarken geklebt. Trotz Nachlebens der Vorjahre ging die S. ihres im Jahre 1903 wegen Invalidität gestellten Rentenanspruchs seitens der Landes-Invalidenversicherungsanstalt verlustig, weil nach § 146 des Invalidenversicherungsgesetzes von 1889 das Nachleben erst für die Zeit vom 1. Oktober 1899 wirksam wurde und somit 200 Wochenbeiträge, die für die Rentenpflicht erforderlich sind, nicht für die S. erreicht waren. Für den ihr dadurch entstandenen Schaden forderte die S. nun von ihrem früheren Arbeitgeber Rentenersatz von jährlich 122,40 M. für Lebenszeit von der Invalidität an.

Diese Forderung wurde jedoch vom Landgericht und Kammergericht zu Berlin abgewiesen. Beide Vorinstanzen führen aus, daß die Klägerin ein grobes Verschulden treffe, wenn sie sich darmit, ob sie versicherungspflichtig sei und ob vom Vorklagen für sie Marken klebend werden, überhaupt nicht gekümmert hat. Das Reichsgericht hat nunmehr das Vordere Urteil anlässlich der Revision der Klägerin aufgehoben. Es sagt, es sei die Feststellung des Kammergerichts zu Unrecht für den Fall getroffen, daß die Klägerin, was diese beweisen wollte, den Beklagten an das Kleben erinnern habe, dieser aber die Verwendung der Marken als unnötig bezeichnet und abgelehnt haben soll. Da der Beklagte noch anführt, er habe die Klägerin vergeblich aufgefordert, sich eine Duittungsstelle zu besorgen, bedürfe es weiterer Feststellung hierüber. Es wurde die Sache deshalb nochmals an das Kammergericht zurückverwiesen.

Dies reichsgerichtliche Urteil befriedigt das Rechtsbewußtsein keineswegs vollkommen. Denn es läßt den Einwand aus § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (konkurrierendes Verschulden des Arbeiters) zu, scheint demnach im Gegensatz zu der ständigen Judikatur auch des Reichsgerichts zu verneinen, daß die Verpflichtung zu dem durch Gesetz vorgeschriebenen Kleben auch eine Vertragspflicht ist. Aber selbst wenn das Reichsgericht endlich zu der Ansicht gelangen sollte, daß der Grundlag der Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers wegen Verletzung der durch den Arbeitsvertrag ihm auferlegten Pflichten zur unbefangenen Anwendung zu bringen ist, wiewohl aus dieser Anwendung ein dem Arbeiter günstiges Resultat folgt, so ist hiermit dem Arbeiter nicht gedient. Denn in anderen Fällen steht er sich einem zahlungsunfähigen Schuldner gegenüber und hat den Nachteil, sein Recht erst durch die hohlgreif, teuren und immerhin unzuverlässigen Rechtswege treiben zu müssen. Dem Gedanken der Versicherung entspricht allein die von sozialdemokratischer Seite wiederholt aufgestellte Forderung, daß jeder Versicherungspflichtige unbeschadet darum, ob die Meldepflicht erfüllt ist, sein Recht erhält. Die heute, insbesondere auf dem Lande nicht seltenen Erscheinung, daß ein Arbeiter sein Recht verliert, weil der Arbeitgeber aus Unkenntnis oder aus anderen Gründen seine Pflicht verletzt hat, ist eine Ungeheuerlichkeit. Das Krankenversicherungsrecht gibt ja schon — im Gegensatz zur Invalidenversicherung — dem in der Versicherungspflicht stehenden das Recht auf Krankenfürsorge auch dann, wenn der Arbeitgeber zu kleben unterlassen hat. Ein Gesetzesentwurf ist dringend erforderlich, durch welches die Invalidenversicherungspflichtigen den Krankenversicherungspflichtigen gleichgestellt werden, also Rechte ohne Rücksicht darauf, ob tatsächlich geklebt ist, zu zahlen ist. Ein sozialpolitischer Schritt weiter geht darin, daß von der Erfüllung einer Wartzeit überhaupt abgesehen wird. Das entspricht allein dem Gedanken einer Fürsorge für Invaliden. Gefordert wurde seine Verwirklichung bereits 1881 von der sozialdemokratischen Fraktion. In neuerer Zeit ist auch der erste Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Wöhrer, lebhaft dafür eingetreten, daß das Recht auf Invalidenrente und Altersrente von der Erfüllung der dem Arbeitgeber obliegenden Klebepflicht losgelöst werde.

Landarbeiterelend und Junkerherrschaft.

Im April d. J. zog eine Arbeiterfamilie, Mann, Frau und zwei Kinder, aus der Stadt Danzig nach einem Gut im Kreise Pr. Eylau als Landarbeiter, weil ihnen gesagt war, bei der auf dem Lande herrschenden Leutenot würden sie es auf dem Gut besser als in der Stadt haben. Sie sollten bald genug das Gegenteil erfahren. In die Dienststelle brachte der Arbeiter natürlich, weil aus der Stadt kommend, keine Kartoffeln, keine Milch, kein Brennmaterial oder sonstige Naturalien mit. Ohne diesen Vorrat kann ein Landarbeiter aber nicht bestehen. Es trat daher bald die größte Not bei dieser Familie ein. Der erst nachträglich gekaufte Barlohn von monatlich sechs Mark, wovon noch verschiedene Abzüge gemacht wurden, sowie das geringe Deputat reichte nicht lange. Bald konnte die Frau infolge von Entkräftung nicht mehr mitarbeiten. Die Folge davon war ein weiterer Abzug vom Deputat und Lohn. Als der Arzt zur Feststellung der erkrankten Frau ihre Ueberführung in eine Krankenanstalt als nötig bezeichnete, war die Not am höchsten gestiegen. Nachbarn, die selbst arm waren, reichten in der letzten Zeit hier und da Kartoffeln und Heringe der notleidenden Familie. Aber der Besitzer verlangte Arbeit und immer wieder Arbeit. Auf eine Entlassung des Arbeiters aus dem Dienst lieh er sich nicht ein, er verlangte für diesen Fall 9 M. für das Fuhrwerk zum Herholen der Familie und 15 M., die er an den Agenten für das Anwerben derselben bezahlt hatte. In seiner Verzweiflung verkaufte der Mann sein wenig altes Mobiliar und einige Hausgeräte für ganze acht Mark an einen anderen Arbeiter, damit die Frau am Montag, den 9. d. M., nach Königsberg in eine dort gemietete Stube ziehen und sich ärztlich behandeln lassen konnte.

Als der Besitzer am Nachmittag dieses Tages erfuhr, daß die Frau nach der Stadt gefahren und die Familie einige Hofbesitzungen veräußert hatte, ging er auf Feld, wo der Mann arbeitete, und forderte ihn unter Androhung von Gewalt auf, sofort nach seiner, des Arbeiters Wohnung zu kommen. Dort zwang der Inspektor ihn, seine noch übrig gebliebenen Hofbesitzungen: einen Koffer mit Kleider, einige Stiefelketten und sonstige Kleinigkeiten, auf den Speicher des Besitzers zu tragen. Auch den Schlüssel vom Koffer nahm er ihm ab und verlangte stürmisch die Herabgabe des Portemonnaies, in dem sich noch eine Mark, die ganze Paraphrase des Landarbeiters, befand. Dann befahl der Besitzer seinem Kutscher, den Landarbeiter nach Domnau in Haft zu führen. Er ordnete an, falls der Mann nicht gutwillig gehen

wolle, solle er gebunden werden. Dieser fügte sich der Gewalt und ging in seinen Arbeitskleidern, auf Holzschuhen — die besseren Kleider waren im Koffer verpackt — mit dem Kutscher den sieben Kilometer weiten Weg nach der Stadt Domnau. Der dortige Amtsrichter erfaßte aus dem an ihn gerichteten Brief, daß der Besitzer verlangte, den Mann wegen beabsichtigten Verlassens des Dienstes und an die Seite bringen seiner Sachen in Haft zu nehmen. Natürlich lehnte er dies rechtswidrige Ansuchen ab und schickte den Transporteur mit seinem Arrestanten zurück. Inzwischen hatte der Inspektor des Gutes auch die an einen anderen Arbeiter verkauften unpfändbaren Hofbesitzungen des Arrestanten wiederrechtlich, trotz lautem Protest des ersten, aus dessen Wohnung holen und auf den Speicher des Besitzers tragen lassen. Dem aus Domnau zurückkehrenden Arbeiter gab er nun aber doch einige Kleidungsstücke und Schuhe heraus. Dieser hatte nun keinen Stuhl, kein Tisch Bett oder sonstige Wirtschaftsgüter und auch kein Geld. So langte er denn am Dienstag, den 10. Juli, in Königsberg, selbst hungernd, bei seiner kranken Frau und seinen hungernden Kindern an. Nunmehr fand der Mann den Weg zu Sozialdemokraten zwecks Beschaffung des Rechtsweges.

Das Gut, auf dem dieser ungeheuerliche Fall von Landarbeiterelend und Junkerherrschaft passiert ist, heißt K. Walden P. A. D. in Königsberg. Es gehört einem Rittermeister a. D. Harber. Dieser Herr hat in Königsberger bürgerlichen Zeitungen einen Aufruf zu einer Massenpetition ostpreussischer Landwirte erlassen mit der Einleitung: „Was wird aus der ostpreussischen Landwirtschaft, wenn der Mangel an ländlichen Arbeitern immer größer wird, als er schon gegenwärtig ist?“ Nachdem dieser Herr Rittermeister a. D. in seinem Aufruf die wahren Ursachen der Leutenot auf den Kopf gestellt und die Staatshilfe als einziges Mittel zur Abhilfe derselben bezeichnet hat, ruft er seine Standesgenossen zur Selbsthilfe auf. Diese müssen mit lautem Schrei, der weit hin hallt und Widerhall findet, einsetzen, um die Staatsregierung an ihre Pflicht zu mahnen. „Es will mir daher geboten erscheinen“, so schließt der Aufruf: „eine Massenpetition direkt an den Herrn Landwirtschaftsminister zu richten. An alle Berufsangehörigen richte ich die Bitte, mir durch Postkarte ihre Zustimmung mitzuteilen und bei Verbreitung der Petition mitzubehelfen.“

In diesem Einzelfall liegt, unter der Voraussetzung, daß der Rittermeister a. D. die Tragweite seiner Handlungen zu übersehen in der Lage war — man nennt das: den strafrechtlichen Dolus hatte —, eine Reihe von strafbaren Handlungen gegen die Arbeiter vor, die dringend Sühne erheischen. Nötigung, Erpressung, Freiheitsberaubung und Verleumdung nennt das Strafgesetzbuch die von dem Petitionsaufruf begangenen Handlungen. Zu bedauern ist, daß der betroffene Landarbeiter und seine Kollegen diesen Straftaten nicht mit Gewalt entgegengetreten. Er war berechtigt, den Rittermeister und dessen Verleumdung, das sich zum „Transport“ nach dem Gericht bergab, niederzuschlagen, falls er die rechtswidrigen, an die Zeit des Faustrechts erinnernden Angriffe des Junkers und seines Angestellten in anderer Weise abzuwenden nicht in der Lage war. Für wie rechtlos müssen die Landarbeiter sich halten, wenn sie solche über die Sklaverei hinausgehende Behandlung dulden oder gar noch unterstützen. Wird die Staatsanwaltschaft gegen den humanen Arbeitgeber einschreiten?

Aus Industrie und Handel.

Deutscher Eisenbahnverkehr.

Die Entwicklung der Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen im ersten Semester 1906 war äußerst günstig. Es wurden während der ersten sechs Monate insgesamt vereinnahmt 1012,24 Millionen Mark oder 113,16 Millionen Mark mehr als in der gleichen Zeit 1905. Damals war die Steigerung noch nicht den dritten Teil so hoch; die Verkehrseinnahmen betragen nach den vorläufigen Erhebungen im ersten Halbjahre 1905 898,81 Millionen Mark oder nur 33,76 Millionen mehr als 1904. Auch 1904 war die Zunahme des Verkehrs, obgleich stärker als 1905, lange nicht so kräftig wie im laufenden Jahre. Vergleicht man nun die monatliche Bewegung der Verkehrseinnahmen mit der des Vorjahres, so will es auf den ersten Blick scheinen, als ob im Laufe des zweiten Quartals die Besserung nachgelassen hätte. Von 64,6 Millionen Mark im ersten Quartal sank die Einnahmesteigerung gegenüber 1905 auf 48,3 im zweiten Quartal herab. Um aber den Grund für diese scheinbar unangünstige Veränderung zu finden, muß man sich vergegenwärtigen, daß 1905 das zweite Quartal, nachdem die Nachwehen des Bergarbeiterstreiks überwunden waren, einen fast rapiden Aufschwung von Handel und Wandel brachte. Da nun im laufenden Jahre schon das erste Quartal im Zeichen äußerst lebhafter Geschäftstätigkeit stand, konnte das zweite Vierteljahr gar keinen großen Verkehrsaufschwung mehr bringen. Trotzdem waren die Einnahmen noch höher als in den ersten drei Monaten. Es betragen nämlich die gesamten Eisenbahneinnahmen während der ersten sechs Monate des laufenden Jahres:

	Mark	Gegenüber 1905 mehr oder weniger Mark
Januar	154 306 306	+ 22 222 887
Februar	151 851 622	+ 22 945 290
März	173 125 068	+ 19 615 008
April	171 292 958	+ 16 888 711
Mai	178 647 030	+ 15 858 844
Juni	182 931 258	+ 16 730 821

Im Gegensatz zum Vorjahre ist die Hauptsteigerung diesmal auf das Konto des Güterverkehrs zu setzen. Beim Personenverkehr ragen nur die Monate April und Juni, in die das Oster- resp. Pfingstfest fiel, mit hohen Einnahmen hervor. Prozentual ist der Personenverkehr nur im April und Mai stärker gestiegen als der Güterverkehr. Die kräftige Zunahme im Mai rührt daher, daß der Mai 1905 der Eisenbahn aus dem Personenverkehr eine ganz besonders niedrige Einnahme brachte. Der Güterverkehr dagegen, der schon in den Monaten Januar und Februar im Hinblick auf die am 1. März eintretende Erschwerung des Handels einen äußerst starken Umfang aufgewiesen hatte, ergab im März statt des fast allgemein erwarteten Rückschlages noch eine erhebliche Mehrerinnahme. Trotz der überaus hohen Januarziffer ging die Einnahme im März noch um 10 Proz. über die des Januars hinaus.

Seidenkartell. In Düsseldorf tagten gestern die Seidenfabrikanten Westdeutschlands. Wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, wurde beschloffen, eine Kommission zu wählen zwecks Entwurf von Satzungen eines Verbandes für Vertretung gemeinsamer Interessen sämtlicher Seidenwebereien. Die Versammlung beschloß ferner die Gründung einer eigenen Färberei. Hierfür wurden von den Anwesenden eine Million Mark gezeichnet. Mehrere Firmen bezielten sich die Zeichnung weiterer Beträge vor. Schließlich wurde beschloffen, daß die gewählte Kommission mit den Färbereien nicht eher verhandelt, bis diese erklären, daß eine Bestimmung über 15 Proz. Straffontofortfall, sämtliche Kunden im Prinzip gleichgestellt werden und ferner der Termin für das Inkrafttreten neuer Preislisten bis auf weiteres hinausgeschoben wird. Diese Beschlüsse richteten sich gegen den neugegründeten Färbereiverband.

Vermischtes.

Große Feuersbrunst in Rußland.

Petersburg, 20. Juli. Wie aus Sydran gemeldet wird, sind bei dem Brande, der gestern in dieser Stadt wütete, hunderte Menschen ums Leben gekommen. Der Brand dauert noch fort. Etwa 35 000 Menschen sind ohne Obdach und Brot. Nach neueren Meldungen sollen in Mahe (Gouvernement Simbirsk) 600 Häuser, darunter die Post, die Bank und ein Kloster, niedergebrannt sein. 5000 Menschen seien obdachlos.

Zwölf Arbeiter verschüttet.

Junnsbrud, 20. Juli. An der Haltestelle der Südbahn in Ruin stürzte heute vormittag der Neubau der Bahnhofsmauer ein, wodurch zwölf Arbeiter verschüttet wurden, vier Arbeiter wurden getötet, zwei wurden schwer verletzt.

Leben wir im Mittelalter? In der katholisch-frommen Stadt Augsburg erhielten vor kurzer Zeit die Gläubigen ein gedrucktes Gebet mit folgender Erklärung:

„Wer dieses Gebet täglich betet oder beten hört oder bei sich trägt oder täglich 5 Vaterunser und ebensoviel Ave Maria zu Ehren des bitteren Leidens und Sterbens unseres Herrn Jesu Christi betet, wird nicht des jähren Todes sterben, in keinem Wasser ertrinken, in keinem Feuer verbrennen, in keiner Schlacht unblommen und von keinem Gift Ungemach haben.“

In diesem Sinne geht es endlos weiter und zum Schluß heißt es dann:

„Das Haus, worin sich dieses Gebet befindet, wird vom Blitz und Donner keinen Schaden leiden. Wer dieses Gebet täglich betet oder beten hört, wird drei Tage vor seinem Tode ein Zeichen von Gott sehen, nämlich: Diefes ist mein Todestag.“

Das hat nicht etwa ein Wahnsinniger geschrieben, sondern es kommt von der Allweisheitmachenden her! Und dann sagt man noch, dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—74 pr. 100 Pfd., Ia 64—69, IIIa 58—62, IVa 62—68, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 81—90, IIa 74—82, IIIa 62—72, Hammelfleisch Ia 77—82, IIa 68—76, Schweinefleisch 68—69, Kehlsch 1 p. Pfd. 0,60—0,75, IIa 0,30—0,55, Rohwaid Ia in Schußhälften p. Pfd. 0,64—0,66, IIa 0,55, Danowid Ia 0,00, Wildschwein p. Pfd. 0,00, Rammhörn per Stück 0,25—0,70, Wildenten Ia per Stück 0,90—1,40, IIa 0,50, Kricken per Stück 0,40—0,60, Hühner, alte, per Stück 1,50—2,50, junge, per Stück 0,45—0,85, Enten, junge, per Stück 0,30—0,40, alte, 0,60, Gänse, Ia p. Stück 1,50—2,25, junge IIa 1,10—1,25, alte, p. Stück 0,90, Hamburger, junge, p. Stück 2,80, Gänse, junge Ia, per Stück 0,60—0,65, per Stück 3,50—4,80, Gänse per 100 Pfd. 29—110, Schlei 81—85, Gänse 61, Gänse, groß 110—117, mittel 101 bis 112, klein 0,00, uml. 88—101, Gänse 0,00, Hühner, pomm. I, p. Schod 3,00—3,00, Hühner, Südde 4—6, da mittel per Hüh 2—3, da klein per Hüh 0,00, Hühner, engl. per Hüh 4—5, Hühner 2—4,50, Straußhühner 0,00, Gänse, groß pro Hüh 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Heringe per Schod 4—5, Schellfische Hüh 2—4, Sardellen, 1902er, per Hüh 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00, Schottische Goldringe 1905 0,00, neue Mattes, per 1/2, Zc. 60—120, Nummern, Ia, 100 Pfd. 0,00, Krebse, per Schod, große 22,00, mittel 12,00, kleine 5,00, unsortiert 6,50, Gollitzer, mittel 0,00, Eier, Land-, per Schod 3,30, frühe 0,00, Butter per 100 Pfd., Ia 112—114, IIa 109—111, IIIa 102—108, ablatende 98 bis 100, Saure Gurken, neue, Schod 4—6, Pfeffergurken 4,50—5,00, Kartoffeln per 100 Pfd., neue runde 2,75—3,00, neue dünne 3,00—3,50, Rosen 2,00—2,50, neue Herbstler 2,50—3, Spinat, per 100 Pfd. 12—15, Karotten per Schod 2,50 bis 3,00, Kohlrabi, per Schod 0,75—1,00, Rettig, bayr., per Schod 2,40—4,50, Mohrrüben, per 100 Pfd. 0,00, Radishesen, per Schod 0,60—0,70, Habarber, Hamb., per 100 Pfd. 0,00, Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 6—8, Schoten Solat, per 100 Pfd. 1,25—2,00, Pfefferkörner per 100 Pfd. 20—25, Mohrrüben per Schod 2,00—2,50, Blumenkohl per Randel 1,00—2,00, Beringkohl per Randel 1,00—1,50, Rotkohl per Randel 2—3, Weißkohl per Randel 2—3, Nohmschnecken, hiesige, weiße, per 100 Pfd. 6—8, do. rote 8—10, Birnen, italienische per 100 Pfd. 14—23, schlesische 10—20, Äpfel 21—24, Äpfel, ungar. per 100 Pfd. 16—18, italienische 12—18, Stachelbeeren per 100 Pfd. 8—12, Kirchen, ital. 100 Pfd. 0,00, Ratten, Werderische 15—20, Werderische Glas- 15—17, Ratten 10—20, do. lauzer 9—15, Schellfische 6—16, Limbener, Werderische per 100 Pfd. 22—25, Mandarinen per 100 Pfd. 9—10, Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 00, Garten-, 0,00, Hamburger 13—25, hiesige 15—20, Wals- per 100 Pfd. 45—60, Pfäunern, ital. runde dunkel per 100 Pfd. 18—20, ital., lange gelbe per 100 Pfd. 15—20, ital., runde per 100 Pfd. 15—22, Zitronen, Messina, 300 Stück 11,00—16,00, 360 Stück 14,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, kein 7,00.

Witterungsübericht vom 20. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F
Schwetznitz	758	SW	1	Regen	14	57	Dabrunn	749	SD	2	wollig	15	59
Gumburg	758	SW	3	bedeckt	15	59	Wetzlar	755	SD	2	wollig	16	61
Berlin	759	SW	2	Regen	18	64	Stollberg	761	N	1	Regen	13	55
Frankfurt	761	SW	3	Regen	15	59	Überbach	750	SW	2	wollig	11	52
Rudau	760	SW	2	wollig	22	72	Paris	764	SW	1	Regen	14	57
Wien	761	SW	1	Regen	21	70							

Weiterprognose für Sonnabend, den 21. Juli 1906.

Niemals kühl und veränderlich, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Wasserstand am 19. Juli. Elbe bei Mügg 1,10 Meter, bei Dresden + 0,27 Meter, bei Magdeburg + 1,82 Meter. — Ucker bei Straußfurt + 1,35 Meter. — Oder bei Rathow 2,44 Meter, bei Dresden Oberpegel + 5,34 Meter, bei Dresden Unterpegel + 3,70 Meter, bei Frankfurt + 1,90 Meter. — Weichsel bei Bräunsbünde + 6,52 Meter. — Garde bei Polen + 0,44 Meter. — Rega bei Uß (16. Juli) —, Meter.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Such usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitspenden sofort ihre Adresse einschicken, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. 35/11
(Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Sektion der Rohrdeckenarbeiter.

Sonntag, den 22. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Werkstätten, Andreasstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Mitglieder in unserem Berufe und wie sind dieselben abzuändern?
2. Diskussion 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Zu dieser Versammlung sind alle im Berufe beschäftigten Kollegen eingeladen.

Die Sektionsleitung.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (E. H. 86, Hamburg.)

Mitglieder-Versammlungen finden statt:

Bezirk A. am Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal II.
" B. am Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Gütte“, Stallischerstr. 30/31.
" C. am Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Alte Jakobstr. 18/19.
" D. am Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vierteljähriger Kasseebericht pro II. Quartal 1906. 3. Berichtslegung. 265/3
In Bezirk A. findet Ersatzwahl des zweiten Bevollmächtigten und eines Revisors statt.

Die Zahlstellen, in denen an jedem Sonnabendabend von 8 bis 10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich: Raum Nr. 78 im Restaurant; St. Andreasstr. 14 im Restaurant; Reichensbergerstr. 29 bei Schmidt; Stallischerstr. 69 bei Graumann; Postenstr. 45 bei Stähler; Alte Jakobstr. 18/19 bei Schulz; Wallerstr. 11 bei Raback; Neue Königstr. 81 im Schulzei-Kaufhaus. Die Ortsverwaltungen.

Nur den Inhalt der Intenat übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 21. Juli. Neues Operntheater. Mignon. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Scherlock Holmes. Festung. Die lustige Witwe. Schiller O. (Wallner-Theater) Moritz-Cyber: Oberon, König der Götter.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Zappentreich. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Spezialität. Unsere Käte. Metrop. Auf ins Metrop. Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.

Carl Weiss. Sündige Liebe. Wintergarten. Kostjaba. Spezialität. Waffage. Willy Prager. Spezialität. Reichshallen. Steintiner Säng. Urania. Taubenthrone 18/19. Abends 8 Uhr: Der jüngste Knabe des Befehl.

Sternwarte. Jusselstr. 57/59. Ferdinand Bonns Berliner Theater. Sonnabend und folgende Tage: Sherlock Holmes. Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr. Mignon. Sonntag: Gastsp. Anna Sutter: Carmen. Montag: Gastsp. Rich. Oser: Cavalleria rusticana. Bajazzo. Vorverkauf im kgl. Opernhaus. Schalter II. A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper. Sommerfestzeit 1906. Hoffmanns Erzählungen. Sommerpreise. (Keine Vorverkaufsgelder.) Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Unsere Käte. Sommerpreise: Part. Faust 1/2 3/20.

Passage-Theater. Heute Premiere der neuen Saison. 14 interessante Debüts! Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater. Novität! Täglich: Novität! Berlin im Omnibus. Einstele in zwei Akten nach einer Schwanfidee von Victor de Cottens. Im zweiten Akte: Der Omnibus-Fried.

Carl Weiss-Theater. Hr. Frankfurterstr. 132. Nur noch 3 Aufführungen. Sündige Liebe. Anfang 8 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Sommerfest des Bau-Hilfsarbeiterverbandes. Konzert, Theater, Spezialitäten. Anf. 5 Uhr. Kaffeefache 3 Uhr. Ball. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Volksgarten-Theater. Badstr. 8 (Sehm- u. Bellermannstr.) Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest. Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Feuerwerk. Volksbelustigungen aller Art. Die Kaffeefache ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Reichshallen. Steintiner Säng. (Meysel, Pietro, Brittan, Böhma, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schröder) Anfang Sonntag 8, Montag 7 Uhr.

Stettiner Säng. (Meysel, Pietro, Brittan, Böhma, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schröder) Anfang Sonntag 8, Montag 7 Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäts-Prog. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball. 15 Attraktionen ersten Ranges 15. Der Millionenschneider. Poffe mit Gefang in 2 Akten. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Moritz-Cyber. Sonnabend, abends 8 Uhr: Oberon, König der Elfen. Große Oper in 3 Akten v. G. R. v. Weber. Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: Die Zauberflöte. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Freischütz. Montag, abends 8 Uhr: Populäre Werk. bei halben Preisen: Der Waffenschmied.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Draus in 4 Aufzügen von Franz Adam Degelein. Sonntag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Montag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Im Garten kgl. gr. Militär-Konzert.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Anf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollander. Rauchen überall gestattet.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 12. Täglich: Amor von heute. Milardo, Dumortil. Robusa, Dressurkammer. Dammann Family. „Der grüne Teufel“. Große Pantomime. Konzert. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Nummerierter Platz 20 Pf.

Borussia-Theater-Festsäle. Jäh: J. Leschkowski. Ackerstr. 6/7. Teleph.: Amt III, 2674. Im herrlichen Naturgarten: Heute die beliebtesten Viktoria-Sänger. Nach der Vorstellung großer Ball. Jeden Mittwoch und Sonnabend: Theater- u. Spezialität-Vorstellung.

Castans Panoptikum. Friedrichstraße 165. Dreyfus - Esterhazy. Oberst Picquard. Schreckenskammer - Hennig.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation). Die größte Sensation und beste Gruppe der Welt: im Salon des Löwenbändigers. Ein Dompfau, eine Tänzerin und eine Dompfau mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompfaus. Prinz Rajah, Fritz Brand, die hawaiische Schönheit, Berlin's bester Salon-Dumortil mit neuem Repertoire und das beste Programm Berlins. Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art. Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugskarten Ausg. gültig.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Bureau: Lindenstraße 215. Geöffnet von 8-11 u. 4-8 Uhr. Teleph. Amt 3, 938. Sonntag, den 22. Juli 1906, vormittags 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 4) General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Bericht der Prüfungskommission und Wahl eines Lokalbeamten; 3. Anträge. Sach legitimiert! Die Ortsverwaltung.

Achtung! Am Montag, den 23. Juli 1906, nachmittags 3 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114: Große öffentliche Versammlung sämtlicher Berliner Gast- und Schankwirte zur Stellungnahme gegen die geplante Bierpreiserhöhung durch die Brauerei-Ringe. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Aktions-Komitees. 2. Die Forderungen des Weichbier-Ringes. 3. Die Verhandlungen des Aktions-Komitees mit dem Vagrish-Bier-Ring. 4. Freie Diskussion. Kollegen! Es gilt in dieser Versammlung, den Forderungen der Brauerei-Ringe gegenüber die einmütige Antwort des Gastwirts-Gewerbes zu erteilen. Es ist zur Ehrenpflicht aller Berliner Wirte, der Verhandlung beizuwohnen. Das Aktions-Komitee: Anton Ringel, Verein der Berliner Gastwirte für Berlin und Umgegend. H. Henke, stellv. Vorsitzender. Verein Berliner Weichbierwirte. S. Zacharias, Vorsitzender. Verein der Saalbesitzer Berlins und der Umgegend. B. B. Wolter.

Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäts-Prog. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball. 15 Attraktionen ersten Ranges 15. Der Millionenschneider. Poffe mit Gefang in 2 Akten. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Moritz-Cyber. Sonnabend, abends 8 Uhr: Oberon, König der Elfen. Große Oper in 3 Akten v. G. R. v. Weber. Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: Die Zauberflöte. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Freischütz. Montag, abends 8 Uhr: Populäre Werk. bei halben Preisen: Der Waffenschmied.

Urania. Täglich abends 8 Uhr: Der jüngste Knabe des Vesuvus.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/59. Großer Militär-Konzert. Täglich ab nachmittags 5 Uhr: Großer Militär-Konzert. Eintritt 1 Mk., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schweizer Garten. Am Königsplatz - Am Friedrichshain. Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten BALL. Auf der Liebes-Insel. Operetten-Büchse in 1 Akt. Mile. Martha Bellvert mit ihren dreifachen Bären. Piccards amerit. Pantomime Die Einbrecher von New York. Jeden Mittwoch: Kinderfreudenfest. Damentanz frei. Anfang 5 Uhr. - Entree 30 Pf.

Etablissement Bugenhagen. Moritzplatz. Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen: Gottschalk Freikonzert. Mittwoch u. Sonnabend: Froitzanz.

Bernhard Rose-Theater. Gellendamm, Badstraße 58. Nur noch 3 Aufführungen von Die Gauklerin. Hauskutschendienst mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern von Heisingen. 1. Bild: Zirkusloute. 2. Verlorenes Glück. 3. Kampf um die Freiheit. 4. Die Rache des Kosaken. 5. Eingeschnitten. 6. Am Fuße des Vesuvus. 7. Wiedergebunden. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.

Sanssouci. Kottbusser Straße 4a. Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend: Hoffmanns Nordd. Säng. Neu! Kleinstädter in Berlin. Gebrüder Dick. Entree 30 Pf., numer. Pl. 50 Pf. Sonntag, Montag, Donnerstag u. Sonnabend: Freikonzert.

Gstbahn-Park. Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 17. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäts-Prog. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung.

Olto Pritzkow. Münzstr. 16. Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball. 15 Attraktionen ersten Ranges 15. Der Millionenschneider. Poffe mit Gefang in 2 Akten. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Draus in 4 Aufzügen von Franz Adam Degelein. Sonntag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Montag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Im Garten kgl. gr. Militär-Konzert.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Anf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollander. Rauchen überall gestattet.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 12. Täglich: Amor von heute. Milardo, Dumortil. Robusa, Dressurkammer. Dammann Family. „Der grüne Teufel“. Große Pantomime. Konzert. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Nummerierter Platz 20 Pf.

Borussia-Theater-Festsäle. Jäh: J. Leschkowski. Ackerstr. 6/7. Teleph.: Amt III, 2674. Im herrlichen Naturgarten: Heute die beliebtesten Viktoria-Sänger. Nach der Vorstellung großer Ball. Jeden Mittwoch und Sonnabend: Theater- u. Spezialität-Vorstellung.

Castans Panoptikum. Friedrichstraße 165. Dreyfus - Esterhazy. Oberst Picquard. Schreckenskammer - Hennig.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation). Die größte Sensation und beste Gruppe der Welt: im Salon des Löwenbändigers. Ein Dompfau, eine Tänzerin und eine Dompfau mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompfaus. Prinz Rajah, Fritz Brand, die hawaiische Schönheit, Berlin's bester Salon-Dumortil mit neuem Repertoire und das beste Programm Berlins. Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art. Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugskarten Ausg. gültig.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Bureau: Lindenstraße 215. Geöffnet von 8-11 u. 4-8 Uhr. Teleph. Amt 3, 938. Sonntag, den 22. Juli 1906, vormittags 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 4) General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Bericht der Prüfungskommission und Wahl eines Lokalbeamten; 3. Anträge. Sach legitimiert! Die Ortsverwaltung.

Achtung! Am Montag, den 23. Juli 1906, nachmittags 3 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114: Große öffentliche Versammlung sämtlicher Berliner Gast- und Schankwirte zur Stellungnahme gegen die geplante Bierpreiserhöhung durch die Brauerei-Ringe. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Aktions-Komitees. 2. Die Forderungen des Weichbier-Ringes. 3. Die Verhandlungen des Aktions-Komitees mit dem Vagrish-Bier-Ring. 4. Freie Diskussion. Kollegen! Es gilt in dieser Versammlung, den Forderungen der Brauerei-Ringe gegenüber die einmütige Antwort des Gastwirts-Gewerbes zu erteilen. Es ist zur Ehrenpflicht aller Berliner Wirte, der Verhandlung beizuwohnen. Das Aktions-Komitee: Anton Ringel, Verein der Berliner Gastwirte für Berlin und Umgegend. H. Henke, stellv. Vorsitzender. Verein Berliner Weichbierwirte. S. Zacharias, Vorsitzender. Verein der Saalbesitzer Berlins und der Umgegend. B. B. Wolter.

Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäts-Prog. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball. 15 Attraktionen ersten Ranges 15. Der Millionenschneider. Poffe mit Gefang in 2 Akten. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 23. Juli, abends von 6-9 Uhr:

Urabstimmung

über die Beitragserhöhung

in folgenden Lokalen:

- Habel, Bergmannstr. 5-7.
- Bareinz, Brandenburger Ufer 6.
- Donath, Schöneleinstr. 6.
- Möhring, Admiralsstr. 18c.
- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.
- Krumbein, Skafiterstr. 22.
- Muß, Mantuffelstr. 95.
- Reichenberger Hallen, Reichenbergerstraße 147.
- Stechert, Andreasstr. 21.

- Litfin, Remelerstr. 67.
- Wildner, Friedrichsberg, Friedrichsstr. 11.
- Mann, Strassbergerstr. 3.
- Mantschke, Vinmenstr. 38.
- Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.
- Maafi, Brunnstr. 96.
- Berolina-Säle, Schönhauser Allee 28.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
- Milbrodt, Müllerstr. 7.
- Nagel, Putzstr. 10.

Die Stimmzettel werden am Sonnabend in den Zahlstellen und am Montag in den Wahllokalen ausgegeben. Jeder Kollege muß zur Abstimmung selbst erscheinen und kann in dem Lokal wählen, welches für ihn am bequemsten zu erreichen ist.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1): Branchen-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten und Verschleßenes. - Mitgliedsbuch legitimiert. 89/15. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Branchenkommission. Zur Beachtung! Von 6 Uhr abends ab werden in demselben Lokal die Stimmzettel zur Urabstimmung über die Beitragserhöhung abgegeben. Wir erwarten, daß sich jeder Musikinstrumentenarbeiter und jede Arbeiterin, die Mitglied des Verbandes sind, an derselben beteiligen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Möbelpolierer! Achtung! Sonntag, den 29. Juli 1906

Große Dampferpartie mit und Rundfahrt nach Sporthaus Biegenhals b. Zethen Abfahrt morg. 7 Uhr Waisenbrücke, Kahn u. Hertzner. NB. Die Abrechnung der Dampferbillets findet am Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei Rante, Blumenstraße 38, statt. Von da ab sind Billets nur bei C. Dumke, Köpplinger Platz 10, sowie bei G. Brunt, Reichensbergerstraße 81, zu haben. 89/14 Der Obmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher

in den „Musiker-Sälen“, Kaiser Wilhelmstraße 18m. Tages-Ordnung: 1. Die soziale Lage und ihre Bedeutung für die Arbeiter. Referent: Gewerkschaftssekretär Genosse H. Ritter. 2. Ersuchen zur Agitationskommission. 3. Branchenangelegenheiten. Kollegen! Da unter dem letzten Punkt der Tagesordnung eventuell wichtige Beschlüsse herbeigeführt werden, so ist vollständiges Erscheinen aller unserer Branche angehörigen Metallarbeiter dringend notwendig.

Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung aller in der Schrauben-Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Agitationskommission über ihre Tätigkeit und Neuwasf zu derselben. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung. 122/16

Zentralverband der Asphaltene, Pappschneider usw. Ortsverwaltung Berlin. Sonntag, den 22. Juli, pünktlich 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder vor Beginn der Versammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. Es ist notwendig, daß alle Mitglieder dabei vertreten sind. 295/1 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rohrer! Verein der Rohrer Berlins u. Umgegend. Sonntag, den 22. Juli, vormittags 10 Uhr bei G. Patt, Dragonerstraße 15

Mitglieder-Versammlung Neue Mitglieder werden in dieser Versammlung aufgenommen! 145/12 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
(Straßener Viertel.) Bez. 168.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Drechsler
Josef Schwarz
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des Emmaus-
Kirchhofes in Rigdof aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
244/11
Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbe-
kasse der deutschen Drechsler
und Berufsgenossen.
E. H. 86 Hamburg.
Verwaltungsstelle Berlin 8.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Drechsler
Josef Schwarz
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, auf dem Emmaus-
Kirchhofe statt.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 18. d. Mts.,
nachmittags 6 Uhr, endlich laßt
nach langem, schwerem Leiden
mein lieber Mann, unser guter
Vater, der Restaurateur
Julius Klippenstein
im 52. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. Juli 1906,
nachmittags 3 Uhr, von Trauer-
haus Spandauerstraße 4 aus
statt.
576

Dauftagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres Vaters
Julius Fehberg,
sagen wir allen, insbesondere dem
Vereinsmitglied Sängerkorps und dem
Haußhieb "Türkische Weife" unseren
innigsten Dank.
Frau Fehberg nebst Kindern,
Reimendörf, Wendenstr. 7.

Verein Berliner Hausmaler.
Gegründet 1883.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser aller Kollege
Eduard Winter,
Gallowsstraße 39, Mitglied seit
15. 12. 1884, nach langem, schweren
Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. Juli 1906, nach-
mittags 5 Uhr, vom Trauer-
haus aus nach dem Georgen-
Kirchhof in der Landsberger Allee
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
445
Der Vorstand.
Versammlungspunkt: 1/2 5 Uhr
in der Zahlstelle 18, Ernst Lilje,
Georgenkirchstraße 29.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Verwaltungsstelle
Straßau-Kummelsburg.
Am 14. cr. verstarb nach langem
Leiden die Ehefrau
Karoline
unseres lieben Kollegen **Louis**
Kreuzmark in Kummels-
burg, Alt-Borghagen 13. 69/16
Die Beisetzung fand am 18. cr.,
nachmittags 4 Uhr, auf dem Ge-
meinde-Friedhof unter zahlreicher
Beteiligung der Kollegen statt und
zeigte die herzliche Teilnahme für
die Hinterbliebenen.
Wir werden der Verstorbenen
ein ehrendes Andenken bewahren!
Die Ortsverwaltung.

Am 10. Juli 1906 starb nach
kurzem aber schwerem Leiden
meine treue Lebensgefährtin,
unsere liebe, gute Mutter
Valeska Zenz.
Um stille Teilnahme aller Ge-
nossen wird gebeten.
Im Namen der trauernden Hinter-
bliebenen:
Alfonso Zenz.

Glück
Man findet es in reichem Maße
spielt man Lotterle bei **Gustav Haase**
Rene Königsstr. 86.
Lose aller erlaubten Lotterien.

Dauftagung.
Für das herzliche Beileid, das uns
bei der Beerdigung unseres lieben,
verehrlichen Bruders und Schwagers
Max Balzer
von allen Freunden und Bekannten,
insbesondere vom Holzarbeiterverband
und den Genossen des 4. Wahlkreises
außergewöhnlich ist, sagen wir unseren
herzlichsten Dank. 435
Colar Balzer, Vina Balzer,
Nichard Balzer, Emma Balzer,
Geinrich Franck, Ciga Franck geb.
Valzer.

Orts-Krankenkasse
für **Farbiergewerbe zu Berlin.**
das
Sekundarmachung.
I. Abänderung zum Statut.
Artikel I.
Laut Beschluß der Generalver-
sammlung vom 24. April 1906 wird
der § 28 Abs. I des Statuts folgen-
dermaßen abgeändert: Die ordentlichen
Kassenbeiträge betragen:
a) für erwachsene männliche Kassen-
mitglieder über 16 Jahren aus-
schließlich der Lehrlinge 60 Pf.
b) für erwachsene weibliche Kassen-
mitglieder über 16 Jahren aus-
schließlich der Lehrlinge 36 Pf.
c) für männliche Kassenmitglieder
unter 16 Jahren und für Lehrlinge
30 Pf. 275/3
d) für weibliche Kassenmitglieder unter
16 Jahren und für Lehrlinge 24 Pf.
Diese Statutenänderung tritt mit
dem 2. Juli 1906 in Kraft.
Genehmigt durch Beschluß vom
27. Juni 1906 durch den Bezirks-
ausschuß zu Berlin.

Der Vorstand.
Julius Langner, 1. Vorsitzender.
Paul Schroll, Vorsitzender.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 137/137
Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 9-4.

Wo? Pichelswerder
zum
Partien bis 1500 Personen haben bei
schlechtem Wetter bequemen Platz.
Es ladet ganz ergebenst ein
Kernsprecher Spandau: 814.

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Größte Auswahl in Strohhüten.
Lager in Schirraen und Nützen. (2642)

Kranken- und Sterbekasse
aller gewerblichen Arbeiter
für **Schöneberg und Berlin**
(E. H. R. Nr. 115).
Sonntag, den 29. Juli, vormittags
10 Uhr, im Lokale des Herrn E. Obst,
Reinigerstr. 8:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Halbjährlicher Kassenbericht.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimieren.
Um pünktliches Erscheinen erucht
281/4*
Der Vorstand.

Greift zu!
Kolossal billig!
Monats-Anzüge, Abonna-
ments-Anzüge, Anzüge, Ersatz
für Was.
Alles auch für kopulente
Figuren! Betrag, Kleidungs-
stücke von Kavaliereu,
Reifen, aus den feinsten
Werkstätten Berlins, teils
von Kolliel, kolossal billig.
Straßenbahn-Vergütung!
Bitte achten
Zentral-Keller, Berlin,
85 Neanderstr. 85
an der Köpenickerstr.
39 in d. Stadtb. Jammowigbr.

Restaurant
am Müggelsee
„Wilhelmsbad“
Friedrichshagen, Seestraße 45
(Dampferanlegestelle)
Inhaber: **Karl Uszkoralt,**
empfiehlt sein herrlich, direkt am
Müggelsee belegenes Lokal zu Aus-
flügen und Abhaltung von Sommer-
vergünstigungen aller Art. 138426
Seren- und Damenbadeanstalt.

Kolonie Röntgenhöhe
Stat. Qu. Röntgenhöhe, Zep-
nid, gesunde hohe Lage, idyll. Um-
gebung, große Zukunft, Sandbad,
noch billig. W. 10,00 Rente an.
Verkauf aus dem Terrain, Kauf, teilt
Hohenberg, N. 28, Ramlstr. 39.



In Freien Stunden
Illustrierte Romanbibliothek
für das arbeitende Volk
wöchentlich ein Heft, 24 Seiten stark
10 Pfennig.
Gute Unterhaltungslektüre!
Der neue Band beginnt sofort
mit dem überaus spannenden
Roman
„Der Deserteur“
von R. Buchanan
Illustrationen von J. Damberger
Abonnenten
können jederzeit eintreten.

Zigarrengeschäft in besserer Lage mit
alter Stammbaum-
schaft, gute Zigaretten, Krankheits-
halber zu verkaufen. Zur Über-
nahme sind circa 30000 R. erforderlich.
Selbstverkäufer bitten um Adresse
unter Chiffre W. 5 an die Exp. d. Bl.

Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose **Herkules** tragen.
Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-
nähte. Haltbarste Arbeit. Tafeln.
Große Aktien umloht. Die Hose
bei Aufnahme von
6 Stück 26 RM.
4 RM. 50

Handwerker-Josef Marke Gam-
brinus, Zwirnstraße 5 R. 50
Gesitteter, Mannsch. Jackett 14,50, 8,75
Schlösser-Kontour-Jackett 1 R. 90
Schlösser-Kontour-Josef 1 R. 50
Schlösser-Kontour-Josef,
prima Körper-Gewebe 2 R. 50
Schlösser-Kontour-Josef,
prima Körper-Gewebe 2 R. 10
Weiße Arbeiter-Jacketts 3,50, 2 R. 75
Schlösser-Jacken, weiß 4 R. 20
Wasser-Mittel 3, 2,50, 2 R. 25
Wasser-Mittel (Draun) 3, 2 R. 40
Weiße Leder-Jacketts, weiß
7,50, 3 R. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 R. 90
Reifeleintage-Anzüge, blau,
nach Vorchrift 5 R. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Gartenstr. 24/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurtstr. 20.
Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird
kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Zunahme und die Schnittgröße, bei
Jacketts und Ärmeln die Brustumweite
anzugeben. 17222*
— Versand von 20 R. an franco. —

Feurig-süßes
Kraft-
Rothwein.
Blutarmen
Kraft
empfehlen
Jeder
hat
Santa Lucia
In Apotheken, Drogen- u. Delikat-
Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle
des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gartenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 14
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
wie neu, 45,00. Holz, Blumen-
straße 36 b. 1668R*
Fahrräder, Teilzahlungen. Berg-
straße 28, Falterstraße 40. 1663R*
Teppiche (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brünn, Hadericher
Markt 4, Bahndorf Börde. 266/14*
Geschmuckte Herrenanzüge,
Sommerpaletots, die aus feinsten
Wollstoffen gefertigt wurden, 18 bis
25,00. Herrenhosen 7—12,00 verkauft
täglich, Sonntags. Deutsches Ver-
sandhaus, Hagenstraße 63, 1 Treppe.
Teppiche mit herbeschnittenen Japane-
sische Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 11
Kinderwagen, Kinderbettstellen
Spinwagen, gebrauchte, zurückgelehnte
Sportbillig. Schneider, Kurfürsten-
straße 172. 2701R*
Wappenstein und Sommer-
paletots von 5,00 an, Hosen von
1,50 an, Gehrocken von 12,00
an, Sträße von 2,50 an, sowie für
kopulente Figuren. Neue Garderobe
zu namend billigen Preisen, aus Hand-
lichen verfertigte Sachen laßt man
am vorteilhaftesten bei **Rah, Wulst-**
straße 14. 2893R*
Zahngeschäft veräußert. Zu
erlangen Kaufsüß, Wulststraße 47.
Monatsanzüge, Sommerüber-
zieher von 5 Mark an, große Aus-
wahl für jede Figur, auch neue ele-
gante Garderobe aus erster Bezugs-
quelle. Schneidermeister Paul Hart-
gelt. Kur Rosenfeldstraße 10. Kein
Laden. Habe keine Füllalen. 267/4*

Krautfabrik 50, Saalefelds Ködel-
speicher, verkauft spottbillig, weil kein
Laden, Ködel, Spiegel, Polsterwaren.
Beschäftigung ohne Kaufzwang. 58*

Herrenfahrrad, eleganter Halb-
renner, verkaufe niedrigere
Katharinenstraße 9, Kolonialwaren-
geschäft 305*

Hochlegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Rohstoffen 25—40
Mark. Verkauf Sonnabend und Son-
ntag. Verkaufsbüro Germania, Unter
den Linden 21, Reineisenstr. 1665R*

Steppdecken billig. **Fabrik** Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 11

Kinderwagen, gut erhalten, **Reu-**
mann, Alsterstraße 76 IV. 147

Eggerdorf bei Strausberg II,
neu erworben, 300 Hektar, Acker-
parzellen, herrliche, gesunde Lage.
Quadratmeter nur 10 Mark. Näheres,
E. F. Beyer, Voers, Banko, El-
labergweg 10. 64b

Gangbares Geschäft mit **Höhlen-**
handlung ist wegen Zurücksetzung
lokal oder später zu verkaufen. **Hänsel,**
Alte Jakobstraße 119. 53b

Milchgeschäft, Kottus, verkauft
Hietzenstraße 2, Rixdorf. 117

Restaurant verkauft, nachweislich
flott gehend, wegen Amerikasahrt
Vorchard, Reitestraße 8. 155*

Bauzettel Petershagen bei
Rebersdorf, 90 Auen mit Laube,
Brunnen, Obstbäume, abtreibbar
lokal spottbillig zu verkaufen. Näheres
Wilma Bauer, Gieselerstraße 62.

Kinderwagen 12,00, Sportwagen
4,00. Kiehl, Gieselerstraße 15.

Pianino, munderw., verkauft
Hahn, Weinstraße 18. 197

Fischerei, Maschinenbetrieb, auch
einzelne, verkauft Köpenickerstr. 126a I.

Gutgehendes Grüntrageloch
umständlicher billig zu verkaufen
Remisestraße 61. 134*

Parzellal zu verkaufen. Preis
2500.—. Zu erfragen in der Brauerei
Beuntenstraße 141. 190*

Mischbetriebe 27,00, Misch-
betriebe 35,00, Säulenmoran 35,00,
Mischbetriebe 35,00, Herrenschreibtisch
46,00, Tisch, Stühle, Kinderwagen
billig. Weidenweg 1, Keller. 135

Gasthof Haus, Einlosgasthof
0,75, Geschlossene Spargelocher 5,00,
Badelapparat, Gasküchen (pot-
billig) Gahrent 17. **Böhlner,**
Ballnertheaterstraße 32 (Besuch-
tungsamt). 1698R*

Singerring 25,00, Garantie
gut nähend. **Wendenstr. 47 II.**

Direktor Habitué, einfarbig
sowie besserer Hosen, Kollarmbänder,
zurückgelehnte billig. **Rah** Wulst-
straße 14. 2893R*

Verschiedenes.
Ablerhof. Sonntag von 4 Uhr
im Restaurant „Ruhwald“ Familien-
fest, verbunden mit Preisverloosung,
Kaffeebraten, Gesangsveranstaltungen.
Eintritt frei. Gäste, Freunde, Gönner
willkommen. Arbeiter-Gesangsverein
-Freizeit II.*
Vappfartan mit Anzug, **Büchse**
verloren Hochstraße. Gegen Belohnung
abzugeben **Dittschlag, Kandlerstraße 9.**
Polsturm **Verkehr,** **Wangel-**
straße 22. 18*

Handwäscheri. Frau **Händsche,**
Köpenick, Gartenstraße 9a, wäscht
schonend Laten, Leibwäsche, 4 Hand-
tücher, Taschentücher 10. **Abholung**
Montags. 42b

Patentanwalt **Wessel,** **Witkiner-**
straße 9a. 2693R*

Pflanzen. **Prinzenstraße 67.**
täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667R*

Rixdorf, Anlechtsstraße 113,
Restaurant, Garten, Vereinzimmer,
Garthaus (600 Personen). Sonntags
Freizug und Ball. 117*

Altes **Reibspind** laßt **Verwaltet**
Vahlsdorfstraße 95. 140/16*

Der **Stoff hat?** **Herrliche** **Herren-**
anzüge 15,00. **Wagner, Schneider-**
meister, **Waldenbergerstraße 9.** 140/16*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder **Einflüchtler** bittet um
Arbeit. Stühle werden abgeholt und
zurückgeliefert. **H. Wäber, Wulst-**
straße 27. 1468R

Junge **Frau** sucht **Wappfartan**
Rah **Wulststraße 10,**
Hof IV. 472

Stellengebote.
Autofahrer! **Jebermann**
wird **knappstens** zu **erfolgreichem**
Geschäft **ausgehoben.** **Glänzende**
Erfolge. **Lehrpläne** **kostenlos.** **Auto-**
technikum **Berlin, Spichernstraße 112.***

Goldarbeiter verlangt **Ränge,**
Reutenbergstraße 20. 41b

Vader verlangt **Lehrer**
Reutenbergstraße 63. 134

Weiter von **Fabrik** **elektrischer**
Flügelmaterialien bei **hohem** **Gehalt**
gekauft. **Stellung** **dauernd.** **Offerten**
mit **Angabe** **früherer** **Stellungen** **unter**
T. 5 an die **Expedition** **dieser** **Zeitung.**

Schlosser und **Dreher,** **geübte,** **lo-**
sart **gekauft.** **Steglich, Reibstraße 67.**

Werkzeugmacher, **tätiger,** **bei**
hohem **Verdienst** **lokal** **gekauft.**
Steglich, Reibstraße 67. 1699R*

Vertrauen **für** **Spargelocher,**
Schönholzer **und** **Rappenerstraße**
verlangt **Schiffbauerdamm 1.** 141/3*

Kartondruckerinnen verlangt
Helte, Baumstraße 2. 141/3*

Geübte **Kartondruckerinnen** bei
gutem **Lohn.** **Wäber, Ränge-**
straße 17. 206*

Vertrauen **lokal** **verlangt**
Zorauerstraße 20. 140/7*

Vertrauen **lokal** **verlangt**
Prinzenstraße 41. 140/5*

Wohnungen.
Ludenardstraße 37 sofort und
1. Oktober **billige** **Kleinwohnungen.***

Schlafstellen.
Teilnehmer zur **mobilierten** **Schlaf-**
stelle **gekauft.** **Frau** **Jacobse,** **Kol-**
bergerstraße 26, III.

Mobilierte **Schlafstelle** **Wäber-**
straße 45b II. **Wilma Dumber.**

Bessere **Schlafstelle,** **I bis 2** **Druten,**
Sandstraße 37, vorn III **links.** **11b**

Mobilierte **Schlafstelle,** **Vorder-**
zimmer, **vermietet** **Dresdenerstr. 58 III,**
rechts. 2944b

Mobilierte **Schlafstelle** für **zwei**
Herren **Baßelerstraße 75, vorn IV**
bei **Böde.** 145b*

Mobilierte **Schlafstelle** an **zwei**
Herren **zum 1. August** zu **vermieten.**
Loth, Dramenstraße 40/41, Durch-
gang **rechts III.** 15

Schlafstellen, **zwei.** **Damm, Weber-**
straße 15a. 141/2*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder **Einflüchtler** bittet um
Arbeit. Stühle werden abgeholt und
zurückgeliefert. **H. Wäber, Wulst-**
straße 27. 1468R

Junge **Frau** sucht **Wappfartan**
Rah **Wulststraße 10,**
Hof IV. 472

Stellengebote.
Autofahrer! **Jebermann**
wird **knappstens** zu **erfolgreichem**
Geschäft **ausgehoben.** **Glänzende**
Erfolge. **Lehrpläne** **kostenlos.** **Auto-**
technikum **Berlin, Spichernstraße 112.***

Goldarbeiter verlangt **Ränge,**
Reutenbergstraße 20. 41b

Vader verlangt **Lehrer**
Reutenbergstraße 63. 134

Weiter von **Fabrik** **elektrischer**
Flügelmaterialien bei **hohem** **Gehalt**
gekauft. **Stellung** **dauernd.** **Offerten**
mit **Angabe** **früherer** **Stellungen** **unter**
T. 5 an die **Expedition** **dieser** **Zeitung.**

Schlosser und **Dreher,** **geübte,** **lo-**
sart **gekauft.** **Steglich, Reibstraße 67.**

Werkzeugmacher, **tätiger,** **bei**
hohem **Verdienst** **lokal** **gekauft.**
Steglich, Reibstraße 67. 1699R*

Vertrauen **für** **Spargelocher,**
Schönholzer **und** **Rappenerstraße**
verlangt **Schiffbauerdamm 1.** 141/3*

Kartondruckerinnen verlangt
Helte, Baumstraße 2. 141/3*

Geübte **Kartondruckerinnen** bei
gutem **Lohn.** **Wäber, Ränge-**
straße 17. 206*

Vertrauen **lokal** **verlangt**
Zorauerstraße 20. 140/7*

Vertrauen **lokal** **verlangt**
Prinzenstraße 41. 140/5*

Redakteur gesucht!
Begen **Uebertretung** **unserer** **Lo-**
kalredaktion **auf** **einen** **anderen** **Posten**
in **unserem** **Vorleserbetriebe** **ist** **zum**
1. Oktober **d. J.** **erst** **früher** **der**
Posten **eines** **Lothalredakteurs** **neu**
besetzt **werden.**
Bemerkungen für **diesen** **Posten**
werden **bis** **zum** **4. August** **d. J.** **mit**
Angabe **der** **bisherigen** **Tätigkeit** **und**
Gehaltsansprüchen **erheben** **an** **den**
Vorsitzenden **der** **Verlagskommission**
Wilh. Schwarz,
Hardenberg (Elbe), Dr. Schippee 19/20,
auf **Naturhöhe** **verlangt**
Schulte, Ritterstraße 59.

Gesucht
für **dauernde** **Stellung**
Preßvergolder
für **Papierprägung.**
G. Ohlekopf,
Lugus-Karionneng-Fabrik,
Hannover. 140/13*

Blondenmanchetten,
tüchtige Arbeiterin als **Directrice**
gekauft. 46b*

Fingerhut & Co.,
G. m. b. H.
Preßlau, Gartenstraße 21.

Achtung! Achtung!
Kürschner
Begen **Differenzen** **haben** **fäm-**
liche **Arbeiter** **und** **Arbeitnehmer** **der**
Mützenfabrik **von** **S. Gärtner**
& Co., Markstraße 50, **die** **Arbeit**
niedergelegt. **Zugang** **ist** **streng**
verboten. 102/15*

Verband **der** **Kürschner**
Berlins **und** **Umgebung.**
Deutscher **Kürschner-**
Verband **(Zahlstelle Berlin).**

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
In **der** **Warenfabrik** **von** **Bell &**
Co., Androsstr. 32, **haben** **fäm-**
liche **Kollegen** **wegen** **Kolndifferenzen**
die **Arbeit** **niedergelegt.** **141/16***
Zugang **ist** **streng**
verboten.
Verordnung **der** **Musikinstrumenten-**
arbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband
(Zahlstelle Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das
Personal nach der Beendigung der
Ausprobierung nicht rechtzeitig und
bedingungslos in die Betriebe zurück-
kehrte, weiter respektive erneut an-
gefordert:
G. Wäbner & Co., Wilhelm-
straße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Brelstein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Bauer-
straße 80.
Fritsche-Baumbach, Söh-
neberg, Bahndamm.
H. Reiß, Vögelerstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Hetschke & Co., Zimm-
straße 94.
A. Schoß, Büllamerstraße 19.
A. Schoß, Deffauerstraße.
Schneider & Ziegler,
Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Ad. Ludwig, Gieselerstr. 5/6.
Fleck Nachf., Vögelerstr. 87.
Kammerer, Rosdtr. 67.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2a.
Agthe, Södelstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Rosdtr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelm-
straße 16.
Xaver Külle, Reichenberger-
straße 33.
Alle Genossen und Freunde
der **Deutschen**, machen wir **darauf**
aufmerksam, daß die **Deutscher**
(Bogen **haben** von **Streikarbeit**) in
übermäßiger **Weise** **Wach** **gewissen** **hat-**
ten **blieben,** die **Handwerker** **auf**
das **Bewusstsein** **ihrer** **Lohn** **un-**
gerechtigkeit **zu** **wachen.**
Die **Ortsverwaltung.**

Kartondrucker u. Arbeiterinnen!
Kartondrucker!
In **der** **Kartondrucker** **von** **Ad.**
Lesser, Reimstraße, **sind** **tarif-**
liche **Differenzen** **ausgebrochen.**
Diese **Betriebe** **sind** **geper-**
tert. **Die** **Firma** **Aloys** **Suk,** **Reuden-**
straße 4 **(Reichenberg)**
ist für **Galanteriearbeiter** **und**
Arbeiterinnen **wegen** **Differenzen**
gepertert.
Die **Ortsverwaltung.**

Achtung!
Die **Holz** **belegende** **Fabrik**
Nadje, Palisadenstr. 77/78,
ist für **Kartondrucker** **und** **Hilfs-**
arbeiter **gepertert!** **Sämtliche**
Arbeiter **bestimmen** **sich** **im** **Aus-**
stande.
Verband
der **Handels- und** **Transportarbeiter.**
Verband **der** **Maschinenarbeiter.**

Partei - Angelegenheiten.

Lichtenberg. Ihr diesjähriges Sommerfest veranstalten die Parteigenossen im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, am Sonntag, den 22. Juli. Für Unterhaltung, auch der Kinder, ist bestens gesorgt. Um rege Beteiligung und Abnahme der Billets von den Bezirksführern ersucht Das Vergnügungskomitee.

Treptow-Baumfchulweg. Die Parteigenossen seien hierdurch noch einmal darauf hingewiesen, daß der Wahlverein gemeinschaftlich mit dem Gesangsverein „Liedesfreundschaft“ für morgen Sonntag ein Volksfest im „Speers Festhale“ arrangiert hat. Für Unterhaltung und Belustigung der Kinder ist im nächsten Nähe Sorge getragen, jedes Kind erhält ein Geschenk. Anfang des Konzerts 2 Uhr, Eintritt 20 Pf. Um zahlreiche Teilnahme ersucht Das Komitee.

Mit-Glücke. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins bei Herrn Saff. Wegen der reichhaltigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Bezirk Waidmannslust. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 22. Juli, im „Schweizerhändchen“ ein Sommerfest. Das Komitee ist bemüht gewesen, den Tag zu einem genussreichen zu gestalten. Billets kosten 20 Pf., Kinder frei; dieselben erhalten am Eingang ein Geschenk. Die Kaffeeküche steht den Damen zur Verfügung. Um zahlreiche Teilnahme ersucht Der Vorstand.

Borsigwalde. Die Diskutierabende des Wahlvereins finden jeden Dienstagabend 9 Uhr von jetzt ab nicht mehr bei Stube, sondern im Lokal von Reuter, Ernst- und Mäuschstraßen-Ecke, statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zu den Ausschreitungen in der Krautstraße

hat das Polizeipräsidium ein Schreiben verschickt, das die Darstellung der amtlichen Untersuchung über jenen Vorgang enthält. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß die Feuerwehre anlässlich des Brandes von einer großen, den untersten Volksschichten angehörenden Menschenmenge fortgesetzt behindert wurde, die sich schon den anstehenden Feuerwehrcarros entgegenstellte, den Zugang zur Brandstelle belagerte und späterhin auch sogar auf die ausgelegten Schläuche trat. Bei Absperrung der Brandstelle durch Polizeibeamte habe die Menge mit Hohn, Pfeifen und Schreien geantwortet. Auch seien die Pferde der berittenen Schutleute mit scharfen Gegenständen gereizt und beunruhigt worden. Daraus habe sich die Anwendung der blanken Waffe notwendig gemacht. Auch sei der Polizeihauptmann von hinten um den Hals gepackt worden, so daß selbiger nur durch Gebrauch der Waffe den Angriff abwehren konnte. Im weiteren enthält die Zuschrift noch weitere Angaben über die Ausschreitungen des Publikums. Das Verhalten der Menge, heißt es zum Schluß, aus der 15 Personen mit großer Nähe zur Feststellung gelangen konnten, stellt sich hiernach als eine öffentliche Zusammenrottung und als Aufruhr dar, das ein gerichtliches Verfahren zur Folge haben wird.

Wir haben das Schreiben inhaltlich wiedergegeben, ohne jedoch in der Lage zu sein, dasselbe auf seine Wichtigkeit prüfen zu können. Gegen was wir uns jedoch in Kürze wenden wollen, ist das geradezu infame Drauflosgehen der bürgerlichen Presse, die bei solchen Anlässen niedere Volksschichten nicht genug beschimpfen kann. Auch wir begreifen die Situation, in welcher sich die Feuerwehre und die Polizeibeamten befunden haben. Wir sehen jedoch in solchen Uebertreibungen nichts anderes, als die Begleiterscheinungen der unzulänglichen und solchen Erziehung, wie der kapitalistischen Zustände, die ein solches Menschenmaterial möglich macht. Es aber von einer höheren Sinne mit Not bewerten, mit den abschließenden Ausdrücken zu belegen, ist ein Gebaren, welches auf schärfste zu verurteilt werden muß. Blätter, wie vom Schläge der „Post“, die bei der Beurteilung solcher Vorgänge nur immer Worte wie „Vöbel“, „Mordred“, „süßen Rob von Berlin O.“, „Janbagel“ usw. finden, dürfen sich rühmen, einen großen Teil mitschuldige zu sein, daß jene Vorgänge überhaupt vorkommen. Sie sind es, die die Verteidiger einer Gesellschaftsordnung sind, in welcher solche Ausschreitungen und Verbrechen treibbar gemacht sind. Beschimpfen solche Verbrecher dann diejenigen, die Ausschreitungen begehen, so kann ihnen entgegengerufen werden: Ihr Deutscher und Ruffen, schlagt euch an eure Brust und sagt: Gott sei uns Sündern gnädig.

Der Magistrat von Berlin beschäftigte sich in seiner Sitzung am Freitag mit einer neuen Polizeiverordnung über die Abänderung der Drohschloßordnung vom 16. Februar 1906. Der Magistrat hat dem vom Polizeipräsidium vorgelegenen neuen, erhöhten Tarif seine Zustimmung erteilt, ist aber der Meinung, daß eine Erhöhung der jetzigen Drohschloßtarife durch die allgemeinen Verhältnisse gerechtfertigt sei. Das Kollegium trug aber Bedenken, den Tarif für die sogenannten Venzin-Drohschlösser zu erhöhen, die sich weder der Günst des Publikums erfreuen, noch durch das starke Geräusch und ihren penetranten Geruch vor den übrigen Drohschlössern auszeichnen. Es wäre nicht zu beklagen, wenn diese Venzin-Drohschlösser in ihrer jetzigen Gestalt aus dem Straßenverkehr verschwinden würden. Der Magistrat will daher nur in der Erhöhung der Tarife für die Pferde-Drohschlösser Güte auf 70 Pf. Grundgebühr und für die elektrischen Drohschlösser auf 80 Pf. Grundgebühr für die drei unteren Stufen willigen und dahin petitionieren, daß weitere Venzin- und Spiritus-Drohschlösser nicht in Berlin konzeptioniert werden, und zwar solange nicht, bis die Uebelstände, die sich besonders in Gestalt von starkem Geräusch und üblem Geruch unliebsam bemerkbar machen, durch die Industrie beseitigt sind.

Mit dieser Angelegenheit wird sich, ehe Änderungen getroffen werden, wohl später die Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen haben.

Sturmschäden.

Fünf schwere Unglücksfälle sind am Donnerstagabend durch den dem Unwetter vorausgegangenen Sturm verursacht worden. Bei Beginn des Sturmes wurde von dem Dach des Hauses Kulinstraße 28 ein etwa 50 Pfund schweres Stück Eisen losgerissen und auf den Bürgersteig geschleudert. Von der niederstürzenden Masse wurde der auf dem Bürgersteig spielende vierjährige Sohn des in der Kulinstraße 9 wohnenden Mechanikers Fiedler auf den Kopf getroffen und ihm die Schädeldecke zertrümmert. Der Kleine wurde nach dem Elisabethkrankenhaus gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb. — In der Wiesenstraße wurde die 42jährige Frau Reuter, welche auf einem Landwagen Kohlen beförderte, von einem Windstoß erfasst und zu Boden geschleudert. Sie fiel mit dem Kopfe auf die Kante der Vorderachse und trug eine klaffende Kopfwunde sowie einen Bruch des rechten Unterarms davon. — In dem Hause Jerusalemstraße 22 wurde eine große Spiegelscheibe des in der ersten Etage befindlichen Wädhentonselionsgeschäfts von Wolff aus den Angeln gehoben und auf den Bürgersteig geschleudert. Durch die herabstürzenden Glassplitter wurden zwei vorbeigehende Damen erheblich am Kopf und an den Händen verletzt. Beide mußten nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht werden, wo sie Verbände erhielten. — In der Juliusstraße in Reinickendorf wurde die Witwe Schulz durch einen besonders heftigen Windstoß vom Bürgersteig auf den Fahrdamm geschleudert, fiel unter einen vor-

beifahrenden Lastwagen und wurde überfahren. Das rechte Hinterrad ging der Frau über den rechten Unterschenkel hinweg. Sie hatte einen Knochenbruch erlitten und mußte nach dem Lazaruskrankenhaus übergeführt werden. — Auf der Havel bei Heiligensee kenterte das Rettungsboot eines dort vor Anker liegenden Schiffseigners, dessen beide neun- resp. elfjährige Töchter an Land gewesen waren und den Versuch machten, noch vor Ausbruch des Unwetters das Schiff des Vaters zu erreichen. Es gelang zwar, beide Kinder den Wellen zu entreißen, doch hatte das junge Mädchen bereits soviel Wasser geschluckt, daß es schwer krank niederliegt. In den verschiedensten Stadteilen wurden Schaufensterscheiben zertrümmert. Geradezu verüstelt wirkte das Unwetter im Tiergarten, wo zahlreiche Bäume umgelegt wurden. Der Stamm einer monnstarke Eiche wurde einen Reiter über dem Erdboden wie ein Palm umgelegt, der Baum stürzte auf den Reitweg der Charlottenburger Chaussee, der infolgedessen gesperrt war. Auch unter den Baumbeiständen des Humboldt- und Friedrichshaus hat der Wind bedeutenden Bruch verursacht. Besonders gefährdet waren durch den Sturm die auf der Havel und den Seen in der Umgebung Berlins befindlichen Fahrzeuge. Diese mußten die Weiterfahrt unterbrechen und an den Ufern Schutz suchen. Bei Grünau und auf dem Müggelsee schlugen mehrere Segelboote voll Wasser und kenterten.

Die schon häufig gerügte Unsitte der Kinder, sich an fahrende Wagen anzuhängen, hat gestern wieder zu einem besagten Wertigen Unglücksfall Veranlassung gegeben. Ein elfjähriger Knabe Albert Fischer hatte sich in der Müllerstraße an die Achse eines nach Reinickendorf fahrenden Lastwagens angeklammert und verlor, als der Kutscher durch Passanten darauf aufmerksam gemacht wurde, abzurufen. Hierbei glitt der Knabe aus, geriet unter einen Steinwagen und wurde überfahren. Dem 7. wurden durch die Räder der rechte Unterschenkelknochen zertrümmert. Der Knabe wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift gebracht, wo das Bein wahrscheinlich abgenommen werden muß.

Opfer des Straßenverkehrs. Der Arbeiter Julius Kühne aus der Brandenburgischenstr. 102 hatte einen mit Dreizehn besetzten Landwagen vor sich hergeschoben und streifte dabei so dicht an dem Bedog-Automobil 2476 vorüber, daß er ungerissen und überfahren wurde. A. zog sich schwere innere Verletzungen, sowie einen Bruch des rechten Oberschenkels zu und mußte, nachdem er auf der Unfallstation XX die erste Hilfe erhalten, in das Augusta-Hospital eingeliefert werden. — Von einem Milchwagen überfahren und schwer verletzt wurde der 43jährige Hausdiener Franz Papensch, Hallestraße 8 wohnhaft. Der Unglücksfall trug sich an der Ecke der Augustburger- und Mantelstraße zu.

Von einem Omnibus überfahren und tödlich verletzt wurde der 23jährige Hausdiener Theodor Köhler aus der Kaiser Friedrichstraße 67 in Pantow. Er war auf seinem Zweirade auf der Klein-Machnow-er Chaussee entlang gefahren und kollidierte mit einem entgegenkommenden Omnibus der Linie Machnow-Zehlendorf. Er wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er gestern im Kreis-Krankenhaus in Groß-Lichterfelde starb.

Ein Hund zweier Leiden ist gestern an der Oberspree bei Nieder-Schöneweide gemeldet worden. Am Pionier-Übungspfad, in der Nähe des Laberrischen Strandschlößchens, wurden durch diensttunende Pioniere kurz hintereinander die Leiden zweier unbekannter Männer aus dem Wasser gelandet. Der eine der Toten weist am Hinterkopf Verletzungen auf, welche darauf hindeuten, daß ein Verbrechen an ihm verübt worden ist. Der Leichenfund ist vorläufig noch völlig rätselhaft. Die Polizeibehörde hat umfangreiche Recherchen eingeleitet, um die geheimnisvolle Affäre aufzuklären. Die Leichen dürften etwa 4 bis 5 Tage im Wasser gelegen haben. Der eine der Unbekannten ist circa 35 Jahre alt gewesen und war mit braun gestreiftem Jackettanzug, Tricotkneid, weißer Wäsche mit Stehtragen, grün gemustertem Schlops, grauen wollenen Strümpfen und Zugsstiefeln bekleidet. An der linken Seite des Hinterkopfes befinden sich mehrere Wunden, die entweder von Messerstrichen oder auch von Schüssen herrühren können. In der Hosentasche der Leiche wurde ein hirschklebernes Beutel-Portemonnaie mit 24,85 M. Inhalt aufgefunden. In der Brusttasche befand sich noch ein Zwanzigmarschstück. Der Tote trägt kurzgeschorenes Haar und ist 1,66 Meter groß. Die zweite Leiche war mit braunem Jackett, schwarzer Cheviotweste, leinernen Hemd, gez. F. K., grauen Strümpfen, ebenso gezeichnet, und schwarzen Zugsstiefeln bekleidet. Der am Finger vorgefundene Trauring weist die Eingravierungen S. R. 7. 5. 94 auf. An Paroschaft besaß der Tote 1,95 M. Der Kopf ist bereits ziemlich kahl. Die Größe der Leiche beträgt 1,70 Meter. Die Leichen wurden nach der Halle des Friedhofes in Ober-Schöneweide gebracht.

Von einem Pastor recht unansehnlich empfangen wurden vor einigen Tagen zwei Frauen auf dem Marius-Kirchhof. Dortselbst wurde eine junge Frau beerdigt, wozu sich die zwei Frauen, die gerade am Grabe eines Kindes gewesen waren, eingefunden hatten. Als der Vorgang vorüber war, trat der Prediger an sie heran und begrüßte sie mit den Worten: „Nun haben Sie gesehen, wie ein Begräbnis vor sich geht. Sie sollten sich was schämen, als müßige Gaffer hier zu stehen!“ Die Frauen werden von dem lebenswürdigen Empfang des Herrn Predigers sicher nicht sehr erbaudt sein.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 22. Juli. Ausflug nach Schöneweide. Abfahrt früh 7,46 Alexanderplatz, 7,49 Jannowitzbrücke, 7,53 Schlesischer Bahnhof bis Köpenick. Bis 9 1/2 Uhr Dirckgarten (Keller). Von 12 Uhr ab Schöneweide, Restaurant „Zur Waldburg“ (Inhaber Süßmild). — Die Generalversammlung findet am 29. Juli statt.

Beim Sommerfest des 6. Kreises im Moabiters Schützenhaus ist ein Armband mit Verloose und ein Hauschlüssel abgegeben worden. Die Sachen können beim Kassierer Jährow, Ravenstraße 6, abgeholt werden.

Im Sportpark Steglitz finden am Sonntag, den 22. Juli, nachmittags 5 Uhr, Hlegertrennen statt.

Wissenschaftliches Theater Urania. In dem Vortrag: „Der jüngste Ausbruch des Vesuv“, welcher zurzeit allabendlich gehalten wird, ergänzen zahlreich farbige Bilder nach eigenen Aufnahmen in den Katastrophenschriften die Ausführungen; sie führen vorbei an frischen Ruinen, durch Ortschaften, die der feurige Lavastrom überflutet und zerstört, über Felder und Kulturen, die erstarrt sind und in ihrer Oede wie Wüstenlandschaften anmuten.

Feuerwehrbericht. Am Donnerstagabend wurde die Berliner Feuerwehr gleichzeitig von mehreren Seiten alarmiert. Die Veranlassung war die gleichzeitige Prüfung der Feuermelder im Apollo-Theater und Lustspielhaus. Gestern früh um 2 Uhr wurde sie nach dem Bahnhof Pullnitzerstraße gerufen. Dort brannte die Holzbrücke über den Bohlenweg, der sogenannte „Pullnitzer“. Wahrscheinlich waren der Bohlenweg und die Balken durch Funken aus Lokomotiven in Brand geraten. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Um 3 Uhr brannten in der Lindenstr. 111 eine Schmiede und gleichzeitig auf dem Moabiters Güterbahnhof Brezschlofen auf einer Lore. Ferner wurde die Wehr nach der Ecke der Perleberger- und Dirlenstraße gerufen, wo der Gewitterthurm die Wetterfahne auf dem Turme der neuen Heilig-Geistkirche beschädigt haben sollte. Da keine Gefahr vorlag, rückte die Feuerwehr bald wieder ab. Küchenbrände mußten in der Wappstraße 1, Schönbergerstr. 18 und anderen Stellen gelöscht werden. Eine Schneiderwerkstatt brannte Gohnowstraße 30 und eine Wohnung Paroaststr. 6. Auf dem Hofe Schönhauser Allee 111 brannten Leer und Kohlen in der Grenadierstr. 37, Eisasserstraße, auf dem Nordbahnhof, Moabiters und anderen Bahnhöfen.

Vorort - Nachrichten.

Rixdorf.

Der Wahlverein hielt am 17. d. M. seine Generalversammlung bei Thiel ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende, Genosse Heinrich, den Bericht des Vorstandes. Danach haben stattgefunden elf Vorstandssitzungen, darunter drei erweiterte, zwei Mitglieder- und zwei Volksversammlungen, eine Agitationstour, an der sich 34 Genossen beteiligten, und eine vom Wahlverein arrangierte Urantaborstellung. Im Laufe des Vierteljahres wurden 988 Mitglieder aufgenommen, wegen restierender Beiträge gestrichen, freiwillig ausgeschieden, verzogen sind 87, gestorben acht Mitglieder. Seinen Austritt angezeigt hat der Barbier Neumann, Hermannstraße 210, der in voriger Versammlung den Stadtpunkt verttrat, daß es für die Rixdorfer Barbier unmöglich sei, den Tarif anzuerkennen. — Nach dem Bericht des Kassierers, Genossen Stieler, wurden im letzten Quartal 7028,73 M. vereinnahmt, dem eine Ausgabe am Ort von 1931,06 M. gegenübersteht. In die Kreisliste wurden 4685,82 M. abgeführt, so daß der örtliche Bestand 1411,85 M. beträgt. — Die Benutzung der Bibliothek nimmt erfreulicherweise zu. — Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erstattete Genosse Groger. Derselbe bedauerte, daß der großen Debatte, die sich bei dem Antrag der Wahlvereine Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf betr. prozentuale Vertretung der Wahlvereine auf der Kreisgeneralversammlung entspann, im „Vorwärts“ kaum Erwähnung getan wurde. Dieser Antrag, der schon wiederholt gestellt und wieder kommen werde, beabsichtige keineswegs eine Majorisierung der kleinen Vereine, sondern entspreche lediglich dem Gerechtigkeitsgefühl, zumal wir doch in allen Körperschaften laut unserem Programm die proportionale Vertretung erstreben. Redner kritisierte und bedauerte den abweichenden Standpunkt des Genossen Zubeil, dessen eigenartige Stellungnahme zu dem Antrag man nicht begreifen könne. Bei dem Bericht der Prekommission, die sich auch mit dem Fall Wiesenthal zu beschäftigen hatte, gab Redner eine längere Darstellung über die partei- und gewerkschaftschädigende Neugründung Wiesenthals und bedauerte es, daß ein Mensch wie er noch einen Platz in der Partei hat. In der nun folgenden Diskussion gab Genosse Heinrich eine Heberlei über die nach unserem Antrage zu vollziehende Zusammensetzung der Kreisgeneralversammlung, aus der klar ersichtlich ist, daß trotz des Proporz der Vertretung der kleinen Wahlvereine doch noch die Mehrzahl bildet. Danach werden von 27 kleineren Vereinen 54 und von neun größeren 42 Delegierte entsendet, oder der Mitgliederzahl entsprechend (nach dem vorjährigen Bericht hatte der Kreis 11 889 Mitglieder), stellen 1943 Mitglieder gleich 27 Vereine unter 250 Mitglieder 64 Delegierte, 9800 Mitglieder gleich 9 Vereine 42 Delegierte. Wo bleibt hier die Majorisierung? Genosse Tesche meinte, daß entgegen dem Bericht der Prekommission der „Vorwärts“ doch für die Lokalorganisationen eingetreten sei und schon manches Loblied für sie angestimmt habe, was auch vom Genossen Zirkel bedauert wurde. Letzterer betonte, daß die Lokalorganisierten noch nicht das geringste für die Arbeiterschaft getan, daß sie aber, da sie keine Verantwortung haben, leicht den Mund voll nehmen können. Genosse Meyer (Lokalorgan.) bedauerte den Artikel in der „Einigkeit“, mit dem der Schreiber derselben keine Vorbeeren ernten werde und wies den Vorwurf zurück, daß die Lokalorganisierten von der Partei abzuwandern wollten. — Eine Resolution, die der Generalversammlung Groß-Berlins vorgelegt werden soll und verlangt, daß in den Wahlkreisen, in denen nicht sämtliche Mitglieder an der Generalversammlung teilnehmen können, laut unserem Programm eine prozentuale Vertretung der einzelnen Wahlvereine eingeführt werde, wurde einstimmig angenommen. — Für den als Parteisekretär gewählten und verzogenen Genossen Dreslauer wurde Genosse Heller als Revisor gewählt.

Von einem Hunde zerfleischt wurde gestern die Ehefrau Elise B. aus der Kaiser Friedrichstraße in Rixdorf. Frau B. hatte ihren Hund geflozieren geführt, als plötzlich in der Laubstraße ein großer Schlächterhund sich auf den der Frau B. stürzte. Die Letztere wollte ihren Hund aus der Gewalt des wütenden Angreifers befreien, worauf der Schlächterhund auf sie losbrach. Der rechte Arm wurde erheblich zerfleischt, so daß sich die Gedissene sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Lichtenberg.

Gestern abend ging durch die bürgerliche Presse eine Notiz, worin behauptet wurde, daß der Rentant der Lichtenberger Ortskrankenkasse sein Amt niedergelegt habe und gegen drei Beamte eine Untersuchung wegen Unterschlagung eingeleitet sei. Richtig ist, wie wir bereits berichteten, daß im Anfang des Monats Juni Unterschlagungen, die durch Buchfälschungen und unterlassene Eintragungen bedingt waren, festgestellt wurden und deshalb drei Beamte, die 12 bzw. 15 Jahre an der Kasse tätig waren, durch den Vorstand bzw. durch den Rentanten der Kriminalpolizei angezeigt wurden.

Falsch ist die Mitteilung, daß der Rentant sein Amt niedergelegt hat. Selbiger hat, wie wir bereits mitteilten, infolge der unheimlichen Vorgänge seine Kündigung eingereicht. Auch ist die Mitteilung, der Rentant sei, wie sein Vorgänger, mit Pension ausgestattet, vollständig aus der Luft gegriffen.

Kinderspiele. Unter Leitung eines Mitgliedes der freien Turnerschaft Stralau-Rummelsburg, Abteilung Lichtenberg, finden Kinderspiele für Kinder von 4 bis 14 Jahren an den Ferien-Sonntagen, vom 8. Juli bis 5. August, auf dem Spielplatz des Herrn Gierich, Frankfurter Chaussee 129, von vormittags 8-1 Uhr statt. Treffpunkt 1/2 8 Uhr an folgenden Sammelplätzen: 1. Frankfurter Allee, Ecke Blumenthalstraße; 2. Frankfurter Chaussee, Ecke Gürtelstraße. Rege Beteiligung erwünscht. Anfragen sind an Karl Hoffmann, O. 112, Blumenthalstraße 7, zu richten. Beteiligt waren am 8. Juli 61 Knaben und 24 Mädchen und am 15. Juli 64 Knaben und 31 Mädchen.

Treptow-Baumfchulweg.

Den Bericht über die Tätigkeit in der Gemeindevertretung gaben in der letzten Generalversammlung die Genossen Gramenz und Karow. An verschiedenen Beispielen wiesen sie nach, daß die Interessen der Arbeiterbevölkerung bei den bürgerlichen Vertretern auch nicht die geringste Berücksichtigung finden. In der Diskussion wurde den Genossen in der Gemeindevertretung anheimgegeben, nachzutragen, ob die Gemeindevorstände dazu da sind, für bürgerliche Turnvereine im Namen des Herrn Amtsvorstehers den Billetsvertrieb zum Turnfest zu übernehmen. Nach dem Kassenbericht des Genossen Wilsch betragen die Einnahmen 503,75 M. und die Ausgaben 156,65 M. An den Zentralvorstand sind 335,85 M. abgeführt. Es verbleibt somit am Ort ein Bestand von 11,27 M.

Die Abrechnung von der Kasse gab Genosse R o a d. Die Einnahmen betragen hier 266,20 M., die Ausgaben 184,45 M. Es verbleibt ein Ueberschuß von 71,95 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer und dem Genossen R o a d Deduzierte erteilt. — Genosse König gab nun den Bericht von der Kreis-Generalversammlung. In der Diskussion trug Genosse Spie h, daß die Delegierten die Anträge von Baumfchulweg auf der Generalversammlung zurückgezogen haben, wozu sie nicht berechtigt waren. Eine eingehende Auseinandersetzung entspann sich über die neuesten Vorgänge, die Veröffentlichungen der „Einigkeit“ betreffend. Während Genosse Hoffmann der Meinung Ausdruck gab, daß die „Einigkeit“ Artikel eine über alle Maßen große Beachtung gefunden hätten, vertrot Genosse Lüdke den Standpunkt, daß der „Einigkeit“ ein besonderes Verdienst zuzuschreiben sei, indem sie für Aufklärung Sorge getragen habe. Redner belegte seine Anschauung durch namentliche

fallige Beweise und versuchte darzulegen, daß der sozialistische Gedanke bei einigen Gewerkschaftsführern schon längst keine Stätte mehr habe. An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Genossen Karow, Vorhadt und Gerich, die der Auffassung Ludwigs verschiedentlich widersprachen. Unter „Verschiedenes“ wurde auf die im „Treptower Anzeiger“ stehende Erklärung des früheren Genossen Buchs verwiesen, der wegen Streikbruch aus der Gewerkschaft der Lithographen ausgeschlossen worden und dem Ausschluß aus der Partei zugekommen sei. Zum Schluß machte Genosse König noch auf das am Sonntag stattfindende Volksfest aufmerksam.

Zehlendorf.

Zum Fürstentum - Boykott. Wie wir bereits mitteilten, haben 20 Genossen aus Anlaß des Fürstentum-Boykotts Strafmandate in Höhe von je 9 M. erhalten. Der Amtsvorsteher berief sich bei Verhängung dieser Strafe auf eine Polizeiverordnung vom 16. Oktober 1908, wonach das längere Verweilen in „Gruppen“ auf den zur Bahnmutterführung führenden Rampen verboten ist. So kam es denn auch, daß Personen, die mit dem Boykott gar nichts zu tun hatten und denen sonst niemand etwas in den Weg gelegt hatte, wenn sie an den betreffenden Stellen gestanden, jetzt mit einem Male von der „Wohltätigen“ von dieser Stelle weggetrieben wurden. So wurden am 1. Juli aus Anlaß eines Radfahrer-Festzuges Leute aus einer mehrhundertköpfigen Menschenansammlung zur Anzeige gebracht, weil sie eine „Gruppe“ mitgebildet hätten. Gegen die Strafmandate ist nun Einspruch erhoben worden. Am Dienstag standen sieben Genossen vor dem Groß-Lichterfelder Schöffengericht, denen man zur Last legte, an den Pfingstfeiertagen in Gruppen zusammengestanden zu haben. Auf eine nähere Auseinandersetzung ließ sich das Gericht nicht ein. Das Urteil lautete auf 2 M. Geldstrafe. Daß sich unsere Genossen durch solcherlei Schläge nicht von ihren Pflichten abhalten lassen werden, dürfte doch selbst den Organen für „Ordnung und Sitte“ einleuchtend sein. Auch müßten sie wissen, daß sie durch ihr Vorgehen ein Stück sozialistischer Arbeit verrichten helfen. In letzter Zeit ist der Wahlverein auf 20 Mitglieder gewachsen. Damit gewinnen die Zehlendorfer Genossen immer mehr Macht, solche Kämpfe erfolgreich durchzuführen. Nach wie vor aber laute die Parole, sowohl der Zehlendorfer als auch der Berliner Arbeiterschaft: Dem Fürstentum in Zehlendorf keinen Großen!

Die letzte Wahlvereinsversammlung nahm ein Referat des Genossen Niehle über: „Kulturanspruch der Arbeiter“ entgegen. An den eindringlichen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion im Sinne des Referats. Es folgte alsdann noch die Erlebigung der übrigen Tagesordnung.

Reinickendorf.

Der am Donnerstag im Garten des Frankeschen Schanklokals verlorbene unbekannt Mann ist gestern durch seine Ehefrau als der Arbeiter August Damschneider, wohnhaft zu Wittenau, Oranienburgerstraße 12, rekonstruiert worden.

Nowawes-Neuendorf.

Mit einem Antrage der Kommissionskommission auf Verschmelzung der Orte Nowawes und Neuendorf zu einer Gemeinde hatten sich die in dieser Woche stattgefundenen beiderseitigen Gemeindevorstandssitzungen beschäftigt. Die Angelegenheit wurde in den nichtöffentlichen Sitzungen verhandelt und ergab das Resultat, daß sich beide Gemeindevertretungen nach eingehender Debatte mit der Vereinigung einstimmig einverstanden erklärten und je eine Kommission wählten, die die Vorarbeiten hierzu erledigen soll. Damit ist eine Frage ihrer Entscheidung nähergerückt, die bereits 1892 den Gegenstand von Verhandlungen zwischen Nowawes und Neuendorf bildete; denn bereits damals war Nowawes mit einem derartigen Antrage an Neuendorf herangetreten, besam jedoch von letzterem Orte eine ablehnende Antwort. Welcher von den beiden Orten die meisten Vorteile von der Vereinigung hat, läßt sich nicht voraussagen; so viel aber sieht fest, daß nach der Verschmelzung die Möglichkeit vorhanden ist, öffentliche Einrichtungen, wie Schulen, Gewerbeamt, Armen- und Waisenpflege usw., schneller auszubauen resp. neu zu schaffen, als es bei dem jetzigen Zustande der Fall ist. Deshalb hat auch die Arbeiterschaft ein bedeutendes Interesse an der geplanten Neuordnung der Verhältnisse. Falls die Verhandlungen ihren glatten Fortgang nehmen und von den oberen Verwaltungsbehörden keine Schwierigkeiten gemacht werden, ist anzunehmen, daß am Schlusse des Etatsjahres, also am 1. April 1907, Nowawes und Neuendorf werden aufgeschoben haben, zu bestehen und die Verwaltung dieser Orte dann einer Behörde übertragen wird. Diese Änderung würde dann auch die Auflösung der beiden Gemeindevertretungen und die Bildung einer neuen bedingen; nach welchem Modus diese gewählt wird, ist noch nicht bestimmt; es läßt sich aber schon jetzt voraussagen, daß die Vereinigung eine bedeutende Veränderung in der Zusammensetzung der einzelnen Wählerklassen zur Folge haben wird, so daß z. B. ein großer Teil derjenigen Wähler, die jetzt in Nowawes zur II. Klasse gehören, zu Wählern III. Klasse „degradiert“ werden wird. Es wird deshalb die Aufgabe unserer Genossen sein müssen, den veränderten Verhältnissen dadurch Rechnung zu tragen, daß sie die Agitation noch stärker als bisher betreiben und besonders in Neuendorf versuchen, unsere Anhänger zu vermehren, damit wir bei einer im nächsten Frühjahr nötig werdenden Wahl der Vertreter zu der neu zu bildenden Gemeinde wie bisher in Nowawes die ganze III. Klasse besetzen können.

Aus der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung in Nowawes, welche am Mittwoch stattfand, ist zu erwähnen, daß endlich ein Ortsstatut über die Straßenreinigung beschlossen wurde; bisher hatten die Hauswirte hierzu gar keine Verpflichtung, so daß die Sauberkeit der Straßen viel zu wünschen übrig ließ. Jetzt sind die Grundbesitz-eigentümer verpflichtet, wenigstens einmal in der Woche den Bürgersteig bis zur Mitte des Fahrdammes zu reinigen und im Winter bei Glätte zu streuen. Ein weiterer Beschluß lautet dahin, zum Aufsammlen des in den Straßen umherliegenden Papiers eine Person zu engagieren und die Stelle mit 400 M. jährlich zu dotieren. — Ein Antrag auf Pflasterung der Wäldersstraße wurde der Wegekommission überwiesen. — Wegen Ueberfüllung einzelner Schulklassen wurde beschlossen, bei der Regierung die Erziehung einer neuen Lehrerstelle nachzusuchen.

Spandau.

Neues aus den Spandauer Musterbetrieben. Das „Spandauer Tageblatt“ bringt in seiner gestrigen Nummer folgende Notiz: „Sozialdemokraten hat der verlorbene Eisenbahnminister v. Budde in den ihm unterstellten Betrieben nicht gelitten, er hat auch daraus kein Hehl gemacht, sondern es offen im Reichstoge wie im Landtage erklärt, und wer sich in dieser Beziehung agitatorisch bemerkbar machte, ob Arbeiter oder Beamter, der wurde ganz einfach an die Luft gesetzt, weil sich die sozialdemokratischen Lehren absolut nicht mit unseren staatlichen Einrichtungen vereinbaren lassen. In neuerer Zeit scheinen in dieser Beziehung auch in den hiesigen Staatsverwaltungen die Fägel etwas straffer angezogen zu werden. Wie wir bereits mitgeteilt, ist den drei Vorstandsmitgliedern des Vereins der Arbeiter und Arbeiterinnen der Königl. Institute gelündigt worden, weil in den Versammlungen des Vereins sozialdemokratische Redner aufgetreten sind. Wie und heute mitgeteilt wird, ist auch dem zweiten Vorsitzenden des Vereins, dem Arbeiter Puznat, von der Direktion der Pulverfabrik, und dem Klempner Benke, der in der Versammlung dafür eingetreten ist, dem Deutschen Metallarbeiter-Vereinde beigetreten, von der Direktion der Gewerkschaft gelündigt worden.“

Abgesehen davon, daß genanntes Blatt die neueste Heldentat freudestrahlend mitteilt, gewähren solche Maßnahmen einen herrlichen Einblick in die Staatsbetriebe. Nicht genug, daß man die Arbeiter

zu physischen Sklaven degradiert, nein man erniedrigt sie auch im Anfang des 20. Jahrhunderts zu geistigen Sklaven. Arbeiterinnen und Arbeiter in den Staatsverwaltungen macht die Augen auf und lockert die Ketten!

Gerichts-Zeitung.

Erziehung eines Untersuchungsgefängnisses.

Ein tödlicher Unfall in dem Untersuchungsgefängnis zu Rixdorf beschäftigte gestern die zweite Ferienkammer des Landgerichts II. Wegen fahrlässiger Tötung war der Hülfsgefängnisaufseher Richard Krone angeklagt. — Am 16. April dieses Jahres gegen 7 Uhr abends war im Untersuchungsgefängnis zu Rixdorf der dort internierte Untersuchungsgefängene, Reisender Ernst v. Frischen, durch einen Schuß aus einer Browningpistole von dem Hülfsgefängnisaufseher Krone auf der Stelle getötet worden. Bald nachdem der Schuß gefallen war, stürzte K. mit der noch rauchenden Schußwaffe auf den Zellengang mit den Worten: „Ich habe ihn totgeschossen!“ Nur mit Mühe gelang es dem Gefängnisinspektor Klemm, der sofort hinzugeeilt war, den Aufgeregten, der Krone machte, die Waffe gegen sich selbst zu richten, zu beruhigen. — Vor Beginn der Vernehmung legte Landgerichtsdirektor Dieck dem Angeklagten nahe, doch die reine Wahrheit zu sagen, weil seine bisherigen Erklärungen des Unglücksfalles offensichtlich den Stempel der Unwahrheit an sich trügen. Der Angeklagte schilberte den Vorfall wie folgt: Er habe am 16. April d. J. gegen 7 Uhr abends seinen Nachdienst angetreten, nachdem ihm von seinem abgelassenen Kollegen die Browningpistole, welche der diensthabende Aufseher stets tragen mußte, übergeben worden war. Er habe den Patronenrahmen in die Waffe hineingeschoben und diese ordnungsmäßig geladert. Auf seinem Patrouillengange vor den Zellen habe er bemerkt, daß der Untersuchungsgefängene v. Frischen die Waffe herausgeholt“ hatte, d. h. durch eine Klappe das Zeichen gegeben hatte, daß er den Aufseher sprechen wolle. Er habe sich nach der Zelle begeben und sei hier in ein Gespräch geraten. Beim Hinausgehen habe er das Schlüsselbund, welches er in der rechten Tasche seiner Weste trug, herausnehmen wollen. In dieses habe sich die in derselben Tasche stehende Schußwaffe verwickelt. Plötzlich habe sich die Waffe entladen und v. Frischen sei mit dem Rufe: „Sie haben mich totgeschossen!“ zu Boden gestürzt. In der ersten Aufregung habe er nicht gewußt, was er tat und hätte sich vielleicht das Leben genommen, wenn ihm nicht der Inspektor Klemm die Waffe entziehen hätte. — Der Verletzte war von der Angel in die rechte Brustseite getroffen worden. Infolge der furchtbaren Durchschlagskraft der Browningpistole, mit der bekanntlich neuerdings die gesamte Berliner Schutzmannschaft ausgerüstet ist, war eine Zerreißung innerer Teile eingetreten, die den sofortigen Tod des Betroffenen zur Folge hatte.

Als erster Zeuge wurde der Gefängnisinspektor Klemm vernommen, der bekundete, daß dem Angeklagten die allgemeinen Instruktionen über den Gebrauch der Waffe und deren Handhabung mitgeteilt worden sind. Die übrigen Aufseher hätten jedoch die Waffe in einer Ledertasche am Gürtel getragen und nicht lose in der Tasche. Ein Zeuge Levy, der seinerzeit in dem Untersuchungsgefängnis interniert gewesen war, machte folgende für den Angeklagten schwer belastende Aussage: Er habe in der Zelle nebenan gelegen und habe gehört, wie sich der Angeklagte und der Getötete über eine kleine Keuterei unterhielten, die von einigen rebellischen Gefangenen angezettelt worden war. Der Angeklagte habe darauf gesagt: „Na, wenn hier mobil gemacht wird, so brauche ich bloß lo zu machen.“ Bald darauf habe er ein Anoden eines Hahnes vernommen und auch gehört, wie der Angeklagte dem v. Frischen Erklärungen über die Browningpistole gab. Plötzlich sei ein Schuß gefallen und der Aufseher mit den Worten: „Ich habe ihn totgeschossen!“ aus der Zelle gestürzt. Hinter ihm sei der Getötete auf den Korridor gekommen, wo er mit den Worten: „Sie haben mich totgeschossen!“ zusammengebrochen sei. Auch ein anderer Zeuge L., der Kalfakterdienste in dem Gefängnis verrichtet hatte, bekundete, daß er deutlich gehört habe, wie sich der Angeklagte mit dem Gefangenen über die in der Anstalt herrschende Unruhe unterhalten habe. Hierbei habe es wiederholt geknackst, als ob jemand mit einer Schußwaffe spiele. Bald darauf sei der Schuß gefallen. — Von dem Angeklagten wurde die Darstellung der beiden Zeugen als unrichtig hingestellt. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Kinderschutz in Gärtnereien.

Die Notwendigkeit der Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes auf landwirtschaftliche Betriebe wurde durch eine Verhandlung wiederum erwiesen, die gestern das Schöffengericht II beschäftigte. Wegen Vergehens gegen das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1908 war der Gärtnereibesitzer Karl Müller aus Lichtenberg angeklagt. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, den noch nicht 14-jährigen Schulknaben Wendi, ein zum Besuch der Schule verpflichtetes Kind, in seinem gewerblichen Betriebe unter Ueber-schreitung der gesetzlich erlaubten Arbeitszeit und ohne eine Arbeits-latte für ihn gestellt zu haben, beschäftigt zu haben. Müller ist Besitzer einer großen Gemüse- und Obstzucht in Lichtenberg. In dieser wurde der zwölfjährige Knabe Wendi damit beschäftigt, Kohlrüben zu ziehen und zu säubern, Petersilie und Radieschen zu binden und Ankraut aus den Gemüsebeeten herauszuziehen. In dieser Tätigkeit erlosch die Anklagebehörde eine nicht erlaubte Kinderarbeit in einem gewerblichen Betriebe und veranlaßte das jehtige Strafverfahren. Der Staatsanwalt beantragte 50 M. Geldstrafe. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, weil die Gärtnerei als landwirtschaftlicher Betrieb zu erachten sei.

Die „Verle“ des Kontors.

Als einen wahren Ausbund von Nüchternheit stellte gestern der Drogenfabrikant Ros seine frühere Angestellte, die 19-jährige Naturistin Elisabeth L. vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts hin, obgleich (oder derweil?) er mit ihr im Streite liegt und gegen sie eine Schadenersatzforderung von 80 Mark geltend macht. Fräulein L. war gegen ein Monatsgehalt von 60 Mark mit geleglicher Kündigungsfrist beim Kläger in Stellung. Da ihr bei einer anderen Firma eine günstigere Stellung zum 1. Mai geboten wurde, so fragte sie am 1. April den Chef, ob sie nicht am 1. Mai abgehen könne. Herr R. lehnte dies jedoch ab mit der Motivierung, daß er sie gerade im Mai nicht entbehren könne. Um sich die gute Stelle nicht entgehen zu lassen, blieb Elisabeth L. einfach fort. Der Kläger will nun durch das eigenmächtige Fortgehen der Naturistin einen Schaden von 80 Mark erlitten haben. Drei Ersatzkräfte mußte er sich für die eine fehlende Kraft engagieren, eine erste Buchhalterin mit 120 Mark Gehalt, eine Adressenschreiberin für 40 Mark und einen Kontoristen, der reichlich damit zu tun hatte, die rückständige Arbeit der beiden weiblichen Angestellten zu erledigen. „Und doch leisten alle drei nicht so viel wie Fräulein L. Noch heute nehme ich Fräulein L. mit Freuden zurück, wenn sie wieder zu mir will.“ beteuerte der Chef. Die als Zeugen vernommenen Ersatzkräfte bestätigten im allgemeinen, daß sie alle mit den Arbeiten reichlich zu tun hätten, die früher in den Händen der Beklagten lagen. — Das Kaufmannsgericht erachtete es als ein zweifelloses Verdictum der Beklagten, daß sie ohne Einwilligung des Klägers die Stellung verließ und hielt es auch für feststehend, daß letzterem ein Schaden entstanden ist. Angesichts des geringen Gehaltes der Beklagten, das in keinem Verhältnis zu ihren Leistungen stehe, erachtete das Gericht einen Schadenersatz von 10 Mark für angemessen, welchen Betrag Fräulein L. dem Chef herauszuzahlen verurteilt wurde.

Schuld der Zeugen!

Der Streik der Schmiede in der Welfirma für landwirtschaftliche Maschinen, Rud. v. If Sad in Leipzig, hat einen Streikprozeß gezeitigt, der weniger in seinem Endresultat als in der Art, Informaten veranlaßt: Th. Oest, Berlin. Druck u. Verlag: Wortwärts

wie ein Entlastungszeuge in der Verhandlung vor dem Amtsgericht in Leipzig am Donnerstag behandelt wurde, das Interesse der Allgemeinheit verdient. Die streikenden Schmiede Heinrich und Herzog gingen mit einem dritten Kollegen und noch einem Kassierer der „Victoria“ am 11. Juni 1906 auf der Chaussee nach Schöna u., einem Vorort von Leipzig, spazieren. Da kamen ihnen zwei Arbeitswillige aus der Firma Sad entgegen und begrüßten sie mit den Worten: „Ihr habt es aber gut, ihr braucht nicht zu arbeiten“. In der nun folgenden Unterhaltung sollen die beiden Angeklagten — wie die Anklageschrift sagt — die Drohungen ausgesprochen haben: „Wenn ihr Streikbrecher die Streikarbeit weiter macht, dann passiert Euch etwas, später würden die Arbeitswilligen doch wieder hinausgedrängt“. Der eine Arbeitswillige und Zeuge Wittlot ist schwerhörig, will aber die belastenden Äußerungen aus dem Munde des Angeklagten Heinrich gehört haben. Der zweite Belastungszeuge sagte wieder aus, daß der andere Angeklagte Herzog die Äußerungen getan haben soll und er weicht in der Aussage von der des anderen Zeugen insofern ab, als Herzog nur allgemein gesagt haben soll: „Wenn das nicht anders wird, dann passiert etwas“. Als nun der Entlastungszeuge Utzinski, ein streikender Schmied, behauptete, er habe die den Angeklagten zur Last gelegten Äußerungen nicht gehört — der Zeuge ist gleichfalls etwas schwerhörig —, ließen der Vorsitzende und Anwalt ein Kreuzfeuer von Fragen und Ermahnungen auf ihn los. Es sei doch merkwürdig, daß er genau das Gegenteil, nämlich nur das für die Angeklagten Günstige, als die beiden Arbeitswilligen gehört haben will. Er solle sich doch um der Angeklagten willen nicht unglücklich meindein machen, denn er läme ja sonst ins Zuchthaus. Ob er als Leiter im Streikomitee tätig sei? Daraus antwortete der Zeuge erregt: „Ich habe es doch nicht gehört. Sie können mich doch nicht zwingen, daß ich es gehört haben muß“.

Der Gerichtshof hatte sich schon zur Beratung zurückgezogen, als der Zeuge, der Versicherungskassierer, erschien. Der Anwalt hatte vorher nicht nur für Bestrafung der beiden Angeklagten plädiert, da er die Aussagen der beiden Arbeitswilligen als wahr annahm, sondern hatte den Antrag gestellt, den Entlastungszeugen wegen Verdachtes des Meineides sofort zu verhaften. In der wiedereröffneten Beweisaufnahme wird der neue Entlastungszeuge, der mit dem Streik auch nicht das allgeringste zu tun gehabt hatte, eifrig vernommen und siehe da, er bekräftigt nicht nur die Aussage des des Meineides verdächtigen Schmiedes, sondern erklärte, er habe dem Gericht mit den Arbeitswilligen von Anfang fast bis zu Ende zugehört und hätte die belastenden Äußerungen, die gleich am Anfang der Unterhaltung gefallen sein sollten, hören müssen. Aber im Gegenteil. Als sich die Angeklagten und er gemeinsam von den Arbeitswilligen trennten, habe er ihnen gesagt: „Es ist nur gut, daß sie zu den Arbeitswilligen keine Drohung ausgesprochen haben, denn jedes Wort wird auf die Waagschale gelegt“.

Das Gericht sprach die Angeklagten frei. Die Aussagen der beiden Arbeitswilligen als Zeugen seien nicht bestätigt worden. Es sei zwar von Streikfäden gesprochen worden und hätten deshalb diese Zeugen gelautet, man habe von Streikbrechern gesprochen. Die Darstellung des Entlastungszeugen, Versicherungsagent Rundi, sei die wahrscheinliche.

Die Anklagebehörden gehen durch ein Vorgehen der geschickten Weise, wie dringend erforderlich ein Schuß, insbesondere der Zeugen, gegen sie im Interesse der Rechtsicherheit und der Eruterung der Wahrheit ist. Eine Behandlung von Zeugen, wie sie allmählich Platz gegriffen hat, ist schlimmer als eine Folter. Nicht die einzelnen Vertreter der Anklagebehörden, die ja dem Gesetz entsprechend handeln, sondern das System trifft die Schuld. Fort mit einer unverantwortlichen und von einer politischen Verbände abhängigen Anklagebehörde und Erfah des „gelehrten“ Richtertums durch Laien, gewählt aus allen und von allen Kreisen der Bevölkerung!

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für Jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 9^{1/2}—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Sozialdemokratischer Diskussionsklub „Freie Zusammenkunft“. Heute Sonnabend, den 21. d. M.: Sitzung im Gemerkshaus, Zimmer 16. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kreplin über „Die Wahlen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen.

Allgemeine Familien-Zierbetriebe. Morgen: Jahrbuch Nr. 123 bei Bielefeld, und Mariannenstr. 48 bei Nebehmischel von 3—6 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Zierbetriebe der Metallarbeiter. (E. N. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 3. Sonnabend, den 21. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, bei Kayser, Neidenburgerstr. 157. — Filiale Berlin 4. Heute abend bei Kerkow, Androstr. 26. — Filiale Berlin 5. Sonntag vormittag 9^{1/2} Uhr bei Schrum, Badstr. 19. — Filiale Berlin 9. Sonnabend, den 21. d. M., abends 9^{1/2} Uhr, bei Gundlach, Waidenferstr. 24. — Filiale Rixdorf. Heute abend bei Thiel, Bergstr. 151.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Dankzettel und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

E. B. 30. Auch ohne Stempel ist die Urkunde gültig. Die Bank wird den erforderlichen Stempel verwenden haben. — **H. G. 27.** Lassen Sie sich die Gesundheitsgefährlichkeit bescheinigen und klagen auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz. — **Wüller 28.** 1. Den Mädchenommen. 2. Ist zulässig, zweifelhafte und kostenlos. Der Vater sollte auch das Kind als dasjenige anerkennen. Dadurch erhält es alle Rechte eines ehelichen.

S. J. 30. Die Witwe und ihr Kind sind die alleinigen Erben. Ist das Kind vor dem Vater verstorben, so erbt die Witwe die eine, die Eltern die andere Hälfte des Nachlasses. Die Witwe erhält aber als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitsgeschenke.

S. 166. Das Zeugnis ist gebührt; vielmehr nicht eine Rücksicht mit dem Rektor. — **G. N. 100.** Wenden Sie sich an die Lokalkommission des Kreises. — **C. G. 25.** Ob die Klage Erfolg haben und ob das Urteil vom Gericht verlangt werden wird, läßt sich nicht voraussagen.

W. S. 2. Eine Beleidigung liegt nicht vor. — **M. S. 31.** Sie haben recht. — **B. 42, J. B. Weihenker, C. B. 99.** Ja. — **M. S.** Bis zum Jahre 1893. — **C. P. 91.** Die geschiedene Frau soll 10 Monate bis zur neuen Heirat warten, kann aber auf Antrag von dieser Wartzeit durch das Amtsgericht dispensiert werden. Inwieweit ist es, dem Antrag ein Urteil eines Arztes oder einer Debatte darüber beizufügen, daß andere Umstände nicht vorliegen.

Tegel 45. „Sie animiert mich zum Geben“ ist richtig. — **H. P. 95.** Ohne Einsicht in die Versicherungsbedingungen ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — **B. 1906, G. G. 1000.** (1. und 2.) Nein. — **M. 67.** Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg. — **Räthel, Steuerrei.** — 570. Sehen Sie das Stundbuch ein oder erhaltigen Sie sich auf einer der amtlichen Anstaltsstellen (Votsdamer Bahnhof, Alexanderplatz usw.). — **H. 12.** Uns nicht bekannt. — **G. G. 1.** Ihrer Schwester stehen 200, nicht das Doppelte zu.

Rheinland. Der Antrag wäre an die Staatsanwaltschaft zu richten, hätte aber wenig Aussicht auf Erfolg. — **G. S. Streitsache.** 1. Nichts. 2. R. ist gebühren. Die früheren Nummern können Sie in der Expedition einsehen. — **C. P. 6.** 1. und 2. Ja. 3. 4. 5. Nein. 6. 7. Ja. — **G. N. 100.** 1. und 2. Gegen das Amtsgerichtsurteil in einer Zivilsache ist durch einen Anwalt Berufung bei dem Landgericht einzulegen. 3. Ja. 4. Eine 5. Mark. — **H. S. 17.** Eine Klage auf Schadenersatz hätte in Ihrem Falle Aussicht auf Erfolg. Zuständig ist das Amtsgericht. — **H. S. 33.** Nachdem Sie leider auf den Vergleich eingegangen sind, würden weitere Schritte Ihresseits unzulässig sein. — **Spandau 100.** Warten Sie die Klage ab; es wird kaum viel nachkommen.

S. 2. 100. Nein; die Witwe und, falls eine solche nicht vorhanden, die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren haben einen Anspruch auf Erhaltung der Wartendeitrag, wenn der Vater (der Gemann) gestorben ist, nachdem mindestens 200 Wochen Beiträge für ihn entrichtet waren und bevor ihm eine Rente durch eine ihm zugestellte Entscheidung bewilligt war.

H. D. 126. Die Firma würde zum Erfolg nicht verpflichtet sein (§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuch). — **Breben 2.** 1. und 2. Ja. 3. Ja 30 Jahren. 4. An den Regierungspräsidenten. 5. bis 8.: Sie müssen Einspruch gegen das Urteil einlegen. — **P. 18.** Die können grundsätzlich bestimmte Firmen nicht empfehlen. — **Neuendorf.** Reineswegs sagt die Militärbehörde für Ihre Ferienkolonnen Forderungen ein. Ueberdies steht nach Ihrem Vortrag nicht dem Betreffenden gegen Sie, sondern Ihnen gegen ihn eine Forderung zu. — **G. G.** Wir würden zur Befreiung des Beschlages raten. Anders läge es, wenn die Berufsgenossenschaft das Zeugnis hätte. — **M. W. 10.** Nein. — **H. C. 2.** 1900. — **S. 91.** Ja,

Duckdruckeri u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.